

Aufbau und Bedeutung privater Pensionskassen in der Schweiz

INAUGURAL-DISSERTATION
zur Erlangung der Würde eines Doktors
der Staatswissenschaften
der Philosophisch-Historischen Fakultät
der Universität Basel

vorgelegt von

HANS-PETER SCHAR

von Basel

VERLAG P. G. KELLER - WINTERTHUR 1958



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41546715_0046

Aufbau und Bedeutung privater Pensionskassen in der Schweiz

INAUGURAL-DISSERTATION

zur Erlangung der Würde eines Doktors
der Staatswissenschaften
der Philosophisch-Historischen Fakultät
der Universität Basel

vorgelegt von

HANS-PETER SCHÄR

von Basel



VERLAG P. G. KELLER - WINTERTHUR 1958

Genehmigt von der Philosophisch-Historischen Fakultät auf
Antrag der Herren

Prof. Dr. E. Salin und Prof. Dr. G. Bombach

Basel, den 30. Januar 1958

sign. Prof. Dr. Heinrich Wagner

Dekan

Diese Arbeit erscheint unter dem gleichen Titel im gleichen
Verlag im Buchhandel

Meiner Frau gewidmet

Vorwort

Die vorliegende Arbeit hat ihren Ursprung in Diskussionen, die ich mit dem verstorbenen Herrn Dr. Johann Rudolf Ernst, Winterthur gepflogen habe. Seine Aufmerksamkeit hat er in den letzten Jahren seines Lebens speziell den Problemen der privaten Pensionskassen gewidmet und so hat denn auch seine unerschöpfliche Sachkenntnis und seine unermüdliche Beschäftigung mit diesen Fragen auf meine Arbeit sehr befruchtend eingewirkt.

Die Arbeit ist in vier Teile gegliedert. Der erste Teil versucht die Bestimmungsgründe und die Linien der Entwicklung wiederzugeben. Im nächsten Teil folgt eine analytische Darstellung der Systeme und Grundlagen, während die Aufgabe von Teil drei in einer kritischen Beurteilung unter spezieller Berücksichtigung der Anlagevorschriften und ihrer Konsequenzen besteht. Der letzte Teil endlich ist der Bedeutung der privaten Pensionskassen gewidmet. An Hand von theoretischen Modellen wird die volkswirtschaftliche Bedeutung aufzuzeigen versucht, worauf noch eine Analyse der sozialen und soziologischen Bedeutung folgt.

Speziellen Dank schulde ich meinem verehrten Lehrer, Herrn Professor Dr. Edgar Salin, für seine beratende und aufmunternde Anteilnahme an meiner Arbeit und meinem Studium überhaupt. Auch den verschiedenen Unternehmungen, die mir einen Einblick in ihre Pensionskassenunterlagen gewährt haben, Herrn Dr. H. F. Moser, dem Präsidenten des Interkantonalen Verbandes für Personalfürsorge, der mir wertvolle Hinweise vermittelte, dem Justizdepartement von Basel-Stadt, das mir einen vertraulichen Einblick in die Verhältnisse sämtlicher Personalwohlfahrtsstiftungen gewährte, sowie den vielen andern Helfern, die meine Arbeit durch persönliche oder schriftliche Auskunfterteilung erleichtert und bereichert haben, sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

INHALTSÜBERSICHT

I. Geschichte

1. Kapitel: Historischer Rückblick	9
2. Kapitel: Die Ursachen der Entwicklung	11
1. Die Voraussetzungen	11
a) Die soziologischen Veränderungen in Europa	11
b) Die ökonomischen Bedingungen	12
2. Die Auswirkungen der Industrialisierung	14
3. Die Verlängerung der menschlichen Lebensdauer	15
4. Der Zerfall des Rentner- und Sparertums	15
5. Wachsendes Sozialbewusstsein	16
3. Kapitel: Die Linien der Entwicklung	17
1. Die Massnahmen auf privater Basis	17
2. Der Einfluss des Staates	19
a) Die direkten Massnahmen	21
b) Das Vorbild des Bundes	23

II. Aufbau und Stellung

4. Kapitel: Gliederung der Systeme	24
A. Nach der Form	24
1. Institutionen mit Versicherungscharakter	24
a) Autonome Kassen	24
b) Gruppen- und Rückversicherungen	25
2. Institutionen mit Fürsorgecharakter	25
a) Wohlfahrtsfonds	26
b) Spareinlegerkassen	26
c) Ruhegehaltsordnungen	27
B. Nach der Leistung	27
1. Die Art der Leistung	27
2. Die Wahl der Leistungen	28
a) Die Leistungen für alle Arbeitnehmer sind die gleichen	29
b) Die Leistungen sind abhängig von einzelnen Lohnklassen ..	29
c) Die Leistungen sind differenziert	29
5. Kapitel: Die technischen Grundlagen	30
1. Die Finanzierungssysteme	30
a) Das Umlageverfahren	31
b) Das Kapitaldeckungsverfahren	31
ba) Anspruchsdeckung	31
bb) Prämiendeckungsverfahren	32
c) Das gemischte Verfahren	33

2. Bestimmung und Verteilung der Kosten	33
3. Die Rechnungsgrundlagen	35
a) Die Sterbetafeln	36
b) Die statistischen Grundlagen der Hinterbliebenenversicherung	37
c) Die Invaliditätstafel	37
d) Die Auswirkungen von Austritten und Neueintritten	38
4. Die versicherungstechnische Bilanz	38
6. Kapitel: Die Stellung der privaten Pensionskassen	39
1. Die rechtliche Stellung	39
a) Die bisherigen Rechtsgrundlagen	39
b) Der neue Gesetzesentwurf	41
2. Die Beaufsichtigung	44
3. Die Stellung gegenüber der Eidgenössischen AHV	45

III. Beurteilung

7. Kapitel: Die Wahl der Grundlagen	46
1. Die Bestimmungsgründe	46
a) Der Personalbestand	46
b) Die Wahl der Finanzierungssysteme	48
2. Darstellung der Verhältnisse	50
a) Die Verteilung auf die diversen Systeme	50
b) Die Verteilung der Aktivmitglieder auf die Institutionen ..	52
c) Die Mittel der autonomen Kassen	53
3. Die Personalwohlfahrtsstiftungen des Kantons Basel-Stadt ..	55
4. Untersuchungen bei zehn privaten Pensionskassen	56
8. Kapitel: Die Probleme in einer wechselnden Wirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der Anlage der Deckungskapitalien ..	59
1. Die Probleme	59
a) Die Auswirkungen der konjunkturellen Schwankungen	59
b) Die Zinsfluktuationen	61
c) Die Geldwertveränderung	61
d) Die Konsequenzen der staatlichen Anlagevorschriften	63
e) Folgerungen	64
2. Vergleich der Anlagebestimmungen mit andern Ländern	65
a) Deutschland	65
b) Schweden	66
c) Vereinigte Staaten von Nord-Amerika	66
3. Anlagepolitik der Lebensversicherungsgesellschaften	68
4. Prüfung der Anlagemöglichkeiten für private Pensionskassen ..	69
a) Liegenschaften	71
b) Aktien	72
c) Anlage als Forderung gegen das Unternehmen	74
d) Gründung eines Investmentfonds für private Personalwohl- fahrtseinrichtungen	75
5. Schlussbemerkungen zum Problem der Sachwertanlage	76

IV. Bedeutung

9. Kapitel: Die volkswirtschaftliche Bedeutung	78
1. Auswirkungen auf Arbeitsmarkt und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit	78
2. Der Einfluss auf Sparbildung und Zins	81
a) Das Sparen der Unselbständigerwerbenden	81
b) Das Sparangebot der Pensionskassen	82
c) Der Einfluss des Sparangebotes auf den Zinsfuß	85
ca) Darstellung einer Kredittheorie des Zinses	85
cb) Einbezug des Sparangebotes der Pensionskassen	87
d) Rückwirkungen auf Beschäftigung und Volkseinkommen	88
3. Die Bedeutung in den wirtschaftlichen Wechsellagen	90
10. Kapitel: Die soziale Bedeutung	93
1. Grundsätzliche Betrachtungen zur Sozialpolitik	94
2. Die Bestimmung der Sozialpolitik	96
3. Die Gestaltung der Altersvorsorge	96
4. Die Ergänzung von staatlicher und privater Altersvorsorge ..	97
11. Kapitel: Die soziologische Bedeutung	98
1. Die Verwurzelung der Arbeitnehmer	99
2. Aktive Mitträgerschaft der Arbeitnehmer	100
3. Bildung einer Betriebs- und Schicksalsgemeinschaft	101
4. Sicherheit in einer individualistischen Ordnung	102
Allgemeine Literatur- und Quellenangabe	104
Periodika, Statistische Quellen	106

I. GESCHICHTE

1. Kapitel

Historischer Rückblick

Die Entwicklung von Pensionskassen ist eine Erscheinung unseres Jahrhunderts. Sie stellt eine der Konsequenzen der soziologischen und ökonomischen Umschichtungen dar, die sich als Folge des Hochkapitalismus in allen industrialisierten Ländern vollzogen haben. Die Vorsorge für den Schutz einer mehr oder weniger begrenzten Schicht von Menschen vor den materiellen Folgen des Alters, des Todes und der Invalidität ist zu einem der wichtigsten Glieder der heutigen Sozialpolitik geworden.

Sozialpolitische Massnahmen sind schon in der Antike und im Mittelalter angewandt worden¹. Eigentliche Altersrenten wurden jedoch bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts nur selten gewährt. Im römischen Reich sollen Alterspensionen an zurückgezogene Militärpersonen ausgerichtet worden sein². Die wohl aussergewöhnlichste Erscheinung hat sich im „ancien régime“ entwickelt. Bevorzugte und treue Diener des Königs, worunter frühere Minister, Würdenträger, Generäle, kriegsinvalid Offiziere, Mitglieder der Regierung und selbst königliche Kurtisanen und Günstlinge, die nicht im öffentlichen Dienst gestanden hatten, kamen in den Genuss einer königlichen Pension, die vielfach ein erbliches Recht verbürgte³. In der Antike, in Babylon und in Israel, in Hellas und in Rom, war die Sozialpolitik im wesentlichen agrarisch bestimmt. Sie beschränkte sich dort vor allem auf Massnahmen, die verhindern sollten, dass in der Zeit der kultur-, macht- und wirtschaftspolitischen Entwicklung der Polis die Bauern in die Abhängigkeit stadsässiger Grossgrundbesitzer gerieten, oder verhalfen den in die Stadt geströmten proletarisierten Schuldbauern durch Rücksiedlung zu einem freien bodenständigen Bauerntum⁴. Die

1) Vgl. Edgar Salin: Von der Sozialpolitik zum Recht auf Arbeit, in Schweiz. Wirtschaftsfragen, Festgabe für Fritz Mangold, Basel 1941, S. 256 ff.

2) Vgl. Paul Studenski: Pensions, in Encyclopaedia of the Social Sciences, New York 1934, S. 65 ff.

3) Ebenda.

4) Vgl. Edgar Salin a. a. O., S. 258.

unentgeltliche Verteilung von Getreide und zeitweise auch von anderen Lebensmitteln an das hauptstädtische Proletariat kennzeichnete die Sozialfürsorge von Rom zur Zeit der ausgehenden Republik und der Kaiserzeit. Im Mittelalter waren es vor allem die Kirche und die Zünfte, die im Rahmen der Gemeinschaft fürsorglich tätig waren. Eine besondere Bedeutung kommt den dank dem Einfluss der Kirche innerhalb der Ringmauern der mittelalterlichen Stadt errichteten Spitälern, Armen- und Siechenhäusern zu. Auch lassen bereits verschiedene Zunftbriefe aus dem 14. Jahrhundert das Bestreben erkennen, armen Meistern und Gesellen in der Not zu helfen. Da dem mittelalterlichen Bürgerrecht der Begriff des Heimatrechtes fremd war und im Verarmungsfalle kein Anspruch auf Unterstützung durch die Gemeinde bestand, lag in diesen Selbsthilfemassnahmen im Rahmen der ständischen oder kirchlichen Gemeinschaft eine ausserordentliche Bedeutung⁵.

Der bedeutsamste und zugleich natürlichste Schutz war innerhalb der Familiengemeinschaft gewährleistet. Mit der Industrialisierung und Verstädterung beginnt eine Entwicklung, die zum Zerfall der Familie führt und die gegenseitige Verantwortung der Familienglieder auf ein Minimum reduziert. Ein Überbleibsel dieser an sich natürlichsten Form der Fürsorge hat sich zum grossen Teil noch im Bauernstand schweizerischer Prägung erhalten, wo sich die nur noch gering arbeitsfähigen Alten ins „Stöckli“ zurückziehen und ihren Lebensabend im Kreise ihrer Familie verbringen, wobei es selbstverständlich ist, dass die Jungen, die das Gut bewirtschaften, für den Unterhalt der Alten sorgen. Es ist meines Wissens bisher auch noch nie verlangt worden, eine Pensionskasse für Bauern ins Leben zu rufen.

Eine der ersten Institutionen, die bereits als Pensionskasse angesprochen werden kann, war wohl das im Jahre 1564 geschaffene Kammergut der reformierten Landesgeistlichkeit des Kantons Basel⁶. Dazu gesellten sich im 17. und 18. Jahrhundert etwa ein Dutzend Prediger-, Witwen- und Waisenkassen⁷.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts vollzieht sich eine grundlegende Änderung, die für die weitere Entwicklung richtung-

5) Für eine ausführliche Darstellung sei auf die Schrift von Walter Heinrich: Die soziale Frage, Jena 1934, hingewiesen.

6) Vgl. Carl Gauss: Geschichte des Kammergutes der reformierten Landpfarrer des ehemaligen Gesamtkantons Basel (Witwen-, Waisen- und Pensionskasse).

7) Vgl. Willi Grütter: Pensionskassen, in Hb. der Schweiz. Volkswirtschaft, 1955, Bd. II, S. 237 ff.

weisend ist. Während bisher die Fürsorge im Rahmen der Familie, der Kirche und der Zünfte geübt wurde und fast ausschliesslich der Linderung von Not im Rahmen einer eng begrenzten Gemeinschaft diente, entwickeln sich nun Formen von planmässiger Fürsorge. Diese finden ihren ersten Niederschlag in Verbindung mit dem Arbeitsplatz.

2. Kapitel

Die Ursachen der Entwicklung

1. Die Voraussetzungen

Die Ursachen, die gegen Ende des 19. und vor allem im Laufe des 20. Jahrhunderts zur organisierten Fürsorge im Zusammenhang mit dem arbeitgebenden Betrieb, insbesondere zur Gründung von Pensions- und Invalidenkassen geführt haben, sind mannigfaltiger Natur. Eine erschöpfende Untersuchung kann nicht unsere Aufgabe sein. Es können jedoch einige Erscheinungen, die für das ganze Wirtschaftsleben und die soziologischen Veränderungen bestimmend waren, herauskristallisiert werden.

a) Die soziologischen Veränderungen in Europa

Zwei grosse Revolutionen haben den überkommenen Stand der Gesellschaft in Europa erschüttert: die politisch-gesellschaftliche, die 1789 begann und den staatlich-gesellschaftlichen Aufbau ins Wanken brachte, und die industrielle Revolution, die seit 1770 datiert mit der Entstehung der ersten Fabriken in der Baumwoll- und Eisenindustrie in England¹. Die französische Revolution und die Industrialisierung wirken in ähnlicher Richtung. Der alt überkommene Gesellschaftsaufbau verschwindet, die Grundherrschaften sowie auch die vielen alten lokalen Selbstverwaltungskörper, die Stände und die Zünfte. Alte Kulturformen und Ordnungen, die sich im Laufe der Jahrhunderte gebildet und gefestigt haben, zerbrechen, ehe neue Zeit haben, sich zu bilden². Wohl bleibt die Welt der

1) Vgl. Walter Eucken: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Bern und Tübingen 1952, S. 13/14.

2) Vgl. Herbert von Beckerath: Grossindustrie und Gesellschaftsordnung, Zürich und Tübingen 1954, S. 4/5.

zahlreichen kleinen handwerklichen Produzenten mit ihren eigenen Sitten und ihrem eigenen Gruppenbewusstsein bestehen, doch bildet sich daneben nun die neue soziale Schicht der industriellen Arbeiter. Gleichzeitig werden Monarchie, Adel und Bürgertum in weiten Gebieten aus der alten Führerstellung verdrängt. Diese Entwicklung hat von Europa aus viele andere Länder der ganzen Erde ergriffen. Überall zerfallen die alten Formen sozialen Lebens³.

In der Schweiz war der Einfluss dieser Entwicklung nur beschränkt wirksam. Die Gründe liegen weitgehend in der soziologischen und ökonomischen Entwicklung unseres Landes. Am bedeutsamsten ist wohl, dass die französische Revolution auf den schweizerischen Gesellschaftsaufbau keinen grossen Einfluss ausüben konnte, da unser Land von der Feudalherrschaft verschont blieb und eine ausserordentlich grosse Verteilung und Zerstückelung des Grundbesitzes aufwies. Auf dieser Grundlage hat sich denn auch die industrielle Revolution nicht in jenem Masse auf die gesellschaftliche Struktur im Sinne einer Verproletarisierung auswirken können, wie etwa in Deutschland und England im 17. und 18. Jahrhundert, wo die Vernichtung des Bauernstandes zugunsten der Feudalbesitzer das Reservoir für das industrielle Proletariat geliefert hat⁴.

b) Die ökonomischen Bedingungen

Die natürlichen ökonomischen Bedingungen haben der industriellen Entwicklung in der Schweiz von Anfang an gewisse Grenzen gesetzt. Durch die Armut an Bodenschätzen und Energiequellen waren die Voraussetzungen zur Bildung von Mammutbetrieben, wie sie sich in andern Ländern gebildet haben, nicht gegeben, so dass auch die Entwicklung zum Kolossalkapitalismus ausblieb.

Aus einer Studie von Böhmert⁵ aus dem Jahre 1873 können für den Stand der damaligen Industrie wertvolle Schlüsse gezogen werden. Es wird daraus besonders deutlich, dass in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch keine absolute Abhängigkeit der industriellen Arbeitnehmer vom Betrieb bestand. Die Haupt-

3) Vgl. Walter Eucken a. a. O., S. 13 ff.

4) Vgl. Wilhelm Röpke: Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart, Zürich 1942, S. 182 ff.

5) Vgl. Victor Böhmert: Arbeiterverhältnisse und Fabrikeinrichtungen in der Schweiz, 2 Bde., Zürich 1873.

industriestweige der Schweiz beruhten auf Heimarbeit, wobei sich jedoch die Betriebe selbst in voller fabrikmässiger Arbeitsteilung entwickeln konnten⁶. Diese Konstellation erlaubte es den Arbeitern, ein Stück Feld oder Garten nebenher zu bearbeiten und ermöglichte es den Landwirten, ihre Mussestunden einer industriellen Nebenbeschäftigung zu widmen.

In erster Linie galt dies für den damals wichtigsten Industriezweig der Schweiz, dem Textilgewerbe, vorab der Baumwoll- und Seidenindustrie. Auch die Uhrenfabrikation mit ihren Nebenzweigen, die sich damals schon über das grösste Gebiet der französischen Schweiz verteilte, bestand in einer Vielzahl von kleinen mehr oder weniger bedeutsamen Werkstätten. Einzig im Maschinenbau, der Werkzeugfabrikation und der Kleinmechanik machten sich schon einige grössere Fabriken geltend, was wohl dadurch bedingt war, dass sich dieser Zweig für die Heimarbeit nicht eignete.

Von grösserer Bedeutung war bereits die Schuhfabrikation; die Firma C. F. Bally in Schönenwerd beschäftigte bereits gegen 1000 Personen. Die Maschinenfabrik Escher Wyss & Co. hatte bereits Anno 1873 über 1400 Angestellte und Arbeiter, die Nordostbahn in ihrer Zürcher Werkstätte deren 345. Die Firmen Gebrüder Sulzer, J. J. Rieter & Co. und die Lokomotivfabrik Winterthur wiesen zusammen schon mehr als 2000 Arbeiter auf.

„Am verbreitetsten ist der eigentliche Bauernstand noch in den Kantonen Bern, Luzern, Aargau, Solothurn, Freiburg und Waadt. In den übrigen Kantonen treibt der Landwirth entweder mehr Viehzucht und Alpenwirtschaft, wie in Uri, Schwyz, Unterwalden, im Berner und St. Galler Oberland und Wallis, oder er ist zum grossen Theile zugleich Hausindustrieller oder Fabrikarbeiter und steht nur mit einem Fusse in der Landwirthschaft, mit dem anderen in der Industrie, wie in den Kantonen Neuenburg, Zürich, dem Waadtländer Jura, Glarus, St. Gallen, Appenzell-Ausser rhoden, Baselland, Thurgau, Schaffhausen. Die Schweiz ist das klassische Land der Kleincultur und eines sehr zerstückelten Grundbesitzes. Die Kantone, in denen die Zerstückelung am weitesten geht, sind indessen wegen der dort am meisten blühenden Industrie zugleich die wohlhabendsten“⁷.

6) Vgl. Victor Böhmert a. a. O., S. 35, Bd. I.

7) Vgl. Victor Böhmert a. a. O., S. 27.

2. Die Auswirkungen der Industrialisierung

Während um 1870 Betriebe mit einer sehr grossen Zahl von Arbeitnehmern, die in der Fabrik selbst tätig waren, ausser in der Maschinenindustrie kaum bestanden, setzte sich nun diese Form der industriellen Produktion auch auf andern Sektoren durch. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts und vor allem im Laufe des 20. Jahrhunderts bildeten sich mehr und mehr Grossbetriebe, vor allem in der Form der Aktiengesellschaft. Die immer grösser werdende Spezialisierung der Arbeit, verbunden mit einer mechanisierten Produktionsweise begünstigte die Konzentration von Arbeitskräften, ohne dass jedoch monströse Zusammenballungen die Folge gewesen wären⁸.

Während in ländlichen Gegenden das bäuerliche Heimwesen nebst der industriellen Tätigkeit einiger Familienglieder vielerorts bestehen blieb, wurde die Abhängigkeit vom Arbeitsplatz überall dort vollkommen, wo sich diese neue Schicht in Städten angesiedelt hatte. Dazu kommt, dass sich der prozentuale Anteil der Unselbständigerwerbenden auf Kosten der Selbständigerwerbenden ständig vergrösserte. Die nachstehende Tabelle zeigt diese Entwicklung deutlich auf⁹.

Die Wohnbevölkerung der Schweiz nach Erwerbszugehörigkeit

	1888	1920	1950
Berufstätige	447	482	457
Selbständige	136	113	87
Mitarbeitende Familienglieder	58	52	28
Angestellte, Arbeiter	226	293	323
Hausangestellte	27	24	19
Nichtberufstätige Erwerbende	17	19	39
Rentner, Pensionierte	8	17	30
Personen mit unbek. Erwerb	9	2	9
Nichterwerbende Familienangehörige	497	466	483
Andere Nichterwerbende in Anstalten und fremden Familien	39	33	21
	1000	1000	1000

8) Vgl. Carl Brüscheiler: Industrialisierung und Verstädterung in der Schweiz, in: Die Schweiz als Kleinstaat in der Weltwirtschaft, hrsg. v. Schweiz. Institut für Aussenwirtschaft und Marktforschung an der HHS St. Gallen.

9) Quelle: Stat. Jahrbuch der Schweiz 1955, S. 61.

Der wohl wichtigste Aspekt für unsere Betrachtung liegt in der Tatsache, dass diejenigen Arbeitnehmer, die infolge von Alter oder Invalidität den Anforderungen des in Hast und Ungeduld dahinrollenden Wirtschaftslebens nicht mehr gewachsen sind, zum Hemmschuh werden. Sie müssen aus dem Betrieb, in dem sie vielleicht jahrzehntelang gedient haben, ausgeschaltet werden.

Die Verschiebung von den Selbständigerwerbenden auf abhängige Arbeitnehmer und die Notwendigkeit ihrer Ausschaltung im Alter hat der Altersvorsorge den eigentlichen Anstoss gegeben.

3. Die Verlängerung der menschlichen Lebensdauer

Als einen der grossen Erfolge der ärztlichen Wissenschaft unseres Jahrhunderts darf die Verlängerung der menschlichen Lebensdauer betrachtet werden. Seit 1900 hat sich der Anteil der über 65jährigen beinahe verdoppelt, so dass diese gegen 10% der schweizerischen Wohnbevölkerung ausmachen.

*Die Altersgliederung der schweizerischen Wohnbevölkerung*¹⁰

	1860	1900	1950
0—14 Jahre	295	310	235
15—39 Jahre	414	407	362
40—64 Jahre	240	225	307
65 und mehr Jahre	51	58	96
	1000	1000	1000

Diese Entwicklung, die immer noch im Zunehmen begriffen ist, hat für unsere Betrachtung ausserordentliche Bedeutung, macht sie doch die Altersvorsorge überhaupt erst notwendig.

4. Der Zerfall des Rentner- und Sparertums

Der Schweizer hat sich weit über seine Landesgrenzen hinaus durch seine Sparsamkeit einen Namen gemacht. Die soziologische und volkswirtschaftliche Bedeutung des schweizerischen Mittelstandes ist legendär und wird oft als Beispiel zitiert. Nicht zuletzt

¹⁰⁾ Quelle: Stat. Jahrbuch der Schweiz 1955, S. 29.

auf der Grundlage einer breiten Schicht von Sparern hat sich unsere Volkswirtschaft entwickeln können.

Hat diese Gruppe der Sparer einerseits einen bedeutenden Anteil an der Entfaltung unseres Landes auf wirtschaftlichem Gebiet gehabt, so stellte sie andererseits ein sehr wichtiges soziologisches Element dar. Als Gegenpol zum „industriellen Proletariat“ mit seiner wachsenden Abhängigkeit vom Betrieb, sorgte die Klasse der kleinen und mittleren Sparer aus eigener Kraft für kranke und alte Tage vor.

Die ausserordentliche Stabilität des Geldwertes von 1815 bis 1914 bildete die Grundlage dieser Erscheinung. Das Wort „Spare in der Zeit, so hast Du in der Not“ hat in dieser Zeit echte Geltung gehabt, wobei sich das Kapital innert 25 Jahren mit Zins und Zinseszinsen erst noch verdoppelt hat, und zwar sowohl nominell als auch „real“.

Seit dem ersten Weltkrieg hat sich diese Situation grundlegend geändert. Die anhaltende Kaufkraftentwertung des Schweizer Frankens führte zu einer legalen Expropriation der Rentner und Sparer, die ihre Ersparnisse zum grössten Teil in nominellen Werten angelegt hatten, vor allem in Form von Sparguthaben und „sichern“ Staatsobligationen¹¹. Das Anziehen der Steuerschraube und der Zinszerfall taten das ihrige, um die Vorsorge des kleinen Mannes für Krankheit, Invalidität und Alter weitgehend illusorisch zu machen. Alle jene, die ihre Ersparnisse im Vertrauen auf die Sicherheit der Anlagen auf die Bank getragen oder Staatspapiere gekauft hatten, sahen sich nun um die hart erarbeiteten Früchte, die ihnen ein sorgloses Alter bescheren sollten, betrogen.

Dass nun auch für den Mittelstand, den tragenden Teil einer Gesellschaft, eine andere Form der Vorsorge gefunden werden musste, stellt ein ernsthaftes soziologisches Krankheitssymptom dar.

5. Wachsendes Sozialbewusstsein

Mit der Entfaltung der Fabrikindustrie gegen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts und der massenhaften Bildung der Kapitalgesellschaft als Form der industriellen Unternehmung nahm auch die soziale Reife ihrer Führer zu. Der Fabrikant musste nun vielfach auch versuchen, seine Arbeiter, die nunmehr in der Regel

11) Vgl. Rentner und Sparer ohne Schutzpatron, in Basler Nachrichten 10. 10. 51; siehe dazu auch Christian Gasser und Werner Meyer: Der schweiz. Kapitalmarkt, 2 Bde., Zürich und St. Gallen 1952.

ausser dem Arbeitslohn keine andere Existenzgrundlage mehr hatten, durch die Krise hindurchzubringen, um sie nicht endgültig zu verlieren. Mehr und mehr wuchs das Verantwortungsgefühl führender Industrieller den Arbeitern und der Allgemeinheit gegenüber, wie sich deutlich während dem ersten Weltkrieg zeigte¹².

Von dieser Einstellung zeugen verschiedene Einrichtungen zugunsten der Arbeitnehmer, die schon zu Beginn der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bestanden. Böhmert stellt den Fabrikanten das Zeugnis aus, dass ihre Massnahmen getragen gewesen seien von der immer mehr sich durchsetzenden Überzeugung, dass die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer niemals durch den Geldteufel allein, sondern auch durch die rechte Gesinnung reguliert und geadelt werden müssen¹³.

Die der Unternehmerinitiative entstammenden Wohlfahrts-einrichtungen fanden auf Arbeitnehmerseite nicht von Anfang an volle Zustimmung. Vorwürfe und Verurteilung, die in Ausdrücken wie „Wohlfahrtsschwindel“ und der „teuflischen Erfindungen“ solcher Einrichtungen gipfelten, waren bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts keine Seltenheit, machten jedoch bald durchwegs einer positiven Einstellung Platz¹⁴.

3. Kapitel

Die Linien der Entwicklung

1. Die Massnahmen auf privater Basis

Bei den Personalwohlfahrtseinrichtungen, die uns aus dem 19. Jahrhundert bekannt sind, handelte es sich vor allem um Kranken- und Sterbekassen, denen Arbeitnehmer bestimmter Berufsgruppen oder aber die Arbeiter einer Firma freiwillig angehörten¹. Zudem bestanden die Leistungen dieser Institutionen mehr oder weniger in Unterstützungen, die je nach den Bedürf-

12) Vgl. Gerold Ermatinger: Kapital und Ethos, Erlenbach-ZH 1936, S. 56, und die Schrift: Dreissig Jahre Aktiengesellschaft vormals Georg Fischer Schaffhausen.

13) Vgl. Dietegen Aebli: Wohlfahrtseinrichtungen privater Unternehmen, in Hb der Schweiz. Volkswirtschaft, 2. Ausgabe 1955, S. 620 ff.

14) Vgl. Gerold Ermatinger, ebenda, S. 44.

1) Vgl. Pensionskassen-Statistik in Hb. der Schweiz. Volkswirtschaft, Ausgabe 1955, Bd. 2 S. 401.

nissen verschieden gehandhabt wurden. Eigentliche Pensionskassen bestanden bis zum ersten Weltkrieg nur sehr wenige. Es ist dabei bemerkenswert, dass die ersten bedeutenden Massnahmen zum Schutze der Arbeitnehmer von Firmen ergriffen wurden, die bereits eine Konzentration von Arbeitskräften aufwiesen. Die Form des Schutzes war aber sehr verschiedenartig.

Im Jahre 1896 hat die auf dem Textilsektor tätige Firma Gugelmann & Cie. AG., Langenthal, eine Personalwohlfahrtseinrichtung und im Jahre 1897 die Gesellschaft der Ludwig von Rollschen Eisenwerke, Gerlafingen, eine Pensionskasse eingerichtet². Die drei Hilfskassen der Maschinenfabrik Escher Wyss & Co. in Zürich, die in den Jahren 1835, 1837 und 1858 gegründet wurden, hatten den Zweck, ihre Mitglieder gegen Mangel wegen Krankheit, Alter, Invalidität, Abwesenheit im Militärdienst und gegen andere ausserordentliche Umstände zu sichern. Die Nordostbahn suchte den Schutz ihrer Arbeiter durch den Abschluss einer Kollektivversicherung Anno 1863 mit der Schweizerischen Lebensversicherungs- und Rentenanstalt zu gewährleisten. Von dieser Möglichkeit machte auch die Firma Gebrüder Sulzer in Winterthur Gebrauch, die ihren Arbeitnehmern Prämienbeiträge an Lebensversicherungen gewährte. J. J. Rieter in Winterthur wiederum stellte ihren Leuten Wohnhäuser zu einem sehr billigen Mietzins zur Verfügung, unter der Bedingung, dass sie sich bei der Schweizerischen Lebensversicherungs- und Rentenanstalt mit einer jährlichen Einlage von mindestens Fr. 50.— versichern³. Im Jahre 1855 wurde im Kanton Glarus eine Alterskasse ins Leben gerufen, der alle Fabrikarbeiter des Kantons beitreten konnten. Vier Unternehmungen des Kantons bedachten diese Kasse bei der Gründung mit Fr. 10 000.— und verpflichteten ihre Arbeiter und Arbeiterinnen zum Beitritt⁴. Im Kanton Glarus fasste übrigens die Vorsorge für die Arbeitnehmer viel früher Fuss, als in andern Gegenden der Schweiz. Der Verein der Spinnerei- und Webereibesitzer begründete im Jahre 1861 eine Invalidenkasse⁵. Bei der Gesellschaft für Chemische

2) Quelle: Hans Gerold Wirz: Die Personal-Wohlfahrtseinrichtungen der Schweiz. Privatwirtschaft — ihre Stellung im Steuerrecht und ihre Beaufsichtigung, Ausgabe B, Stäfa 1955, S. 13.

3) Vgl. Hans Müller: Die Pensionskassen und Gruppenlebensversicherungen privater Unternehmungen in der Schweiz, Diss. Volkswirtschaft, Zürich 1949, S. 18 ff.

4) Vgl. H. Speich: Betrachtungen zur Glarnerischen Sozialpolitik, Diss. rer. pol. Bern 1926, S. 74.

5) Vgl. Gerold Ermatinger a. a. O., S. 51.

Industrie in Basel wurde bereits im Jahre 1891 eine Schenkung zum Zwecke der Errichtung einer Pensionskasse gemacht und diese am 11. Mai 1916 mit einem Anfangskapital von 1,25 Millionen Franken gegründet.

Soweit Institutionen zum Schutze der Arbeitnehmer schon vor dem ersten Weltkrieg bestanden, waren sie dort anzutreffen, wo sich die Probleme einer grossen besitzlosen Arbeiterschaft schon frühzeitig stellten und dienten vor allem der Linderung von Not. Definitive Formen der Pensions-Versicherungen oder ähnlichen Einrichtungen waren noch kaum bekannt. Zudem waren die damals bestehenden Einrichtungen weitgehend auf freiwilliger Basis und der Selbstverantwortung der Einzelnen aufgebaut. Erst während und vor allem nach dem ersten Weltkrieg haben sich die Pensionskassen bei den privaten Industrie-Unternehmungen und sonstigen Betrieben allmählich eingebürgert⁶.

2. Der Einfluss des Staates

Der Vergleich der staatlichen Altersversicherungen der europäischen Länder zeigt, dass unsere Nachbarländer in der Sozialversicherung vorangegangen sind, wie aus folgender Übersicht deutlich wird.

Überblick über die Entwicklung der Sozialversicherung⁷

	Invalidenversicherung	Alters- und Hinterbliebenenversicherung
Belgien	Zwangsversicherung 1844: Seeleute Staatsbürgerversorgung 1920: Minderbemittelte Zwangsversicherung 1924: Sämtl. Arbeitnehmer	Staatsbürgerversorgung 1920: Minderbemittelte Zwangsversicherung 1924: Sämtl. Arbeitnehmer
Bulgarien	Zwangsversicherung 1924: Sämtl. Arbeitnehmer	Zwangsversicherung 1924: Sämtl. Arbeitnehmer

6) Vgl. Willy Grütter a. a. O., S. 237 ff.

7) Quelle: Übersicht über die Entwicklung der Sozialversicherung etc., in Hb. der Staatswissenschaften, 7. Bd., 4. Auflage, Jena 1926, S. 644 ff. Siehe dazu auch: C. H. Farman: Old age, survivors and invalidity programs throughout the world, Washington 1954.

	Ivalidenversicherung	Alters- und Hinterbliebenen- versicherung
Dänemark		Staatsbürgerversorgung 1891: Minderbemittelte 1913: Waisenzulagen an Witwen
Deutschland	Zwangsversicherung 1889: Lohnarbeiter 1911: Angestellte	Zwangsversicherung 1889: Altersversicherung für Arbeiter 1911: Hinterbliebenen- versicherung für Arbeiter 1911: Alters- u. Hinter- bliebenenvers. f. Angestellte
Frankreich	Staatsbürgerversorgung 1905: Minderbemittelte Zwangsversicherung 1910: Sämtl. Arbeitnehmer	Staatsbürgerversorgung 1905: Minderbemittelte Zwangsversicherung 1910: Sämtl. Arbeitnehmer
Grossbritannien	Zwangsversicherung 1911: Sämtl. Arbeitnehmer	Staatsbürgerversorgung 1908: Minderbemittelte
Italien	Zwangsversicherung 1923: Sämtl. Arbeitnehmer	Zwangsversicherung 1923: Sämtl. Arbeitnehmer
Norwegen		Staatsbürgerversorgung 1923: Minderbemittelte
Österreich	Zwangsversicherung 1906: Angestellte in Gewerbe und Handel	Zwangsversicherung 1906: Angestellte in Gewerbe und Handel
Portugal	Zwangsversicherung 1919: Alle Unselbständig- u. Selbständigerwerbenden	Zwangsversicherung 1919: Alle Unselbständig- u. Selbständigerwerbenden
Rumänien	Zwangsversicherung 1912: Arbeitnehmer im Gewerbe	Zwangsversicherung 1912: Arbeitnehmer im Gewerbe
Russland	Zwangsversicherung 1922: Sämtl. Arbeitnehmer	Zwangsversicherung 1922: Sämtl. Arbeitnehmer
Schweden	Zwangsversicherung 1913: Sämtliche Staatsangehörige	Zwangsversicherung 1913: Sämtliche Staatsangehörige
Schweiz	Zwangsversicherung 1913: Kt. Glarus	Zwangsversicherung 1913: Kt. Glarus
Spanien	Zwangsversicherung 1919: Sämtl. Arbeitnehmer	Zwangsversicherung 1919: Sämtl. Arbeitnehmer

Bei oberflächlicher Betrachtung dieser Zusammenstellung wäre man leicht geneigt anzunehmen, dass die Schweiz ihrer sozialen Aufgabe lange nicht bewusst gewesen sei. Ein solches Urteil würde jedoch die Sachlage vollkommen verkennen. Wir haben bereits dargelegt, dass die Industrialisierung und Technisierung in unserem Land kein Massenproletariat zur Folge gehabt hat. Auch waren es bereits die ersten grösseren Betriebe, die aus eigener Initiative Fürsorgeeinrichtungen für ihre Betriebsangehörigen einrichteten.

Der Staat hat zwar, wohl auch im Bewusstsein der Grenzen seiner Möglichkeiten, den Aufbau und die Entwicklung dieser Institutionen der privaten Initiative überlassen, aber durch verschiedene Massnahmen darauf Einfluss genommen und damit die Entwicklung stark gefördert. Der Vergleich mit Ländern, die die ganze Last dem Staat aufgebunden haben, spricht für die Richtigkeit des schweizerischen Vorgehens. Ich werde im folgenden die wichtigsten Massnahmen darstellen.

a) Die direkten Massnahmen

Der direkte staatliche Einfluss beschränkte sich auf gesetzliche Erlasse und fiskalische Vorschriften. Da ich im sechsten Kapitel die rechtliche Seite behandle, beschränke ich mich hier auf die fiskalischen Massnahmen.

Durch steuerliche Begünstigungen der Personalwohlfahrtseinrichtungen versuchte vor allem der Bund, solche Institutionen zu fördern. Die Kriegssteuer von 1915 sah erstmals die Steuerbefreiung der Wohlfahrtsfonds der Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften sowie der Zuweisungen von Genossenschaften für Wohlfahrtszwecke vor⁸. Die Kriegsgewinnsteuer aus dem Jahre 1916 machte die Steuerbefreiung der Wohlfahrtszuwendungen von dem Nachweis abhängig, dass diese für die vorgesehenen Zwecke sichergestellt sind⁹. Auch die Neue ausserordentliche Kriegssteuer von 1919 gestattete die steuerbefreiten Zuwendungen für Wohlfahrtszwecke nur unter der Bedingung der Sicherstellung der zweckmässigen Verwendung¹⁰. Durch die Eidgenössische Krisenabgabe von 1934 wurde der Kreis der Begünstigung weiter aus-

8) BB betr. die Eidg. Kriegssteuer vom 22. 12. 1915, Art. 3, 20, 24.

9) BRB betr. die Eidg. Kriegsgewinnsteuer vom 18. 9. 1916, Art. 7, Ziff. 4, lit. b.

10) BB betr. die Neue ausserordentliche Kriegssteuer vom 28. 9. 1920, Art. 17, Ziff. 3, Art. 66 u. 68.

gedehnt. Nebst den ausschliesslich gemeinnützigen Anstalten und Körperschaften wurden die Versicherungskassen befreit, die der Arbeitslosen-, Kranken-, Alters-, Invaliditäts- oder Hinterbliebenenversicherung dienen¹¹. Geschäftliche Betriebe und juristische Personen durften Zuwendungen für Zwecke der Wohlfahrt des eigenen Personals abziehen, wobei wiederum Sicherstellung gegen jegliche zweckwidrige Verwendung verlangt wurde.

Mit dem Jahre 1940 ist eine Einschränkung der Steuerbefreiung festzustellen. Die Kriegsgewinnsteuer aus diesem Jahre setzte die steuerbefreiten Zuwendungen auf 10 % der Lohn- und Gehaltssumme fest, wobei jedoch ein BRB vom Jahre 1941 die Quote auf Drängen der Wirtschaftskreise auf 15 % erhöhte¹². Das Einmalige Wehropfer des Jahres 1940 gewährte die Steuerfreiheit nur denjenigen Versicherungskassen, welche der Arbeitslosen-, Kranken-, Invaliditäts- oder Hinterbliebenenversicherung dienen, wobei den nicht versicherungsmässig aufgebauten Wohlfahrtsfonds keinerlei steuerliche Privilegien eingeräumt wurden. Die starke Kritik nötigte schliesslich den Bundesrat dazu, auch die nach Art. 80 ff. ZGB errichteten Stiftungen zu befreien, deren Vermögen dauernd für Zwecke der Wohlfahrt von Angestellten und Arbeitern einer oder mehrerer Unternehmungen gewidmet ist, und deren Einkommen ausschliesslich für solche Zwecke verwendet wird¹³. Der BRB über die Erhebung einer Wehrsteuer von 1940¹⁴ und das Neue Wehropfer von 1942¹⁵ stellte schliesslich auf die Grundsätze, wie sie für das Einmalige Wehropfer von 1940 Geltung hatten, ab.

Der Einfluss des Bundes machte sich bald auch bei den kantonalen Steuerbehörden geltend. Nach und nach befreiten oder begünstigten alle Kantone die Personalwohlfahrtseinrichtungen sowie auch die Arbeitgeberzuwendungen an solche Einrichtungen in ihren Steuergesetzen oder in der Praxis¹⁶. Die industriellen Kantone gingen dabei mit dem Beispiel voran. In letzter Zeit versuchen

11) BRB über die Eidg. Krisenabgabe vom 19. 1. 1934, revidiert durch BRB vom 18. 1. und 6. 2. 1936, Art. 15, Ziff. 3 u. 4, Art. 22 u. 48.

12) BRB über die Erhebung einer Kriegsgewinnsteuer vom 12. 1. 1940, revidiert durch BRB vom 18. 11. 1941, Art. 5, lit. a u. b.

13) BRB über die Erhebung eines Einmaligen Wehropfers vom 19. 7. 1940, revidiert durch BRB vom 7. 5. 1941, Art. 12.

14) BRB über die Erhebung einer Wehrsteuer vom 9. 12. 1940, Art. 16, Ziff. 4 u. 4bis, Art. 22 lit. f, Art. 49 Abs. 2.

15) BRB über die Erhebung eines Neuen Wehropfers vom 20. 11. 42, Art. 4.

16) Vgl. Hans Gerold Wirz a. a. O., S. 149 ff.

einige Kantone die Abzugsmöglichkeiten auf einen gewissen Prozentsatz der gesamten Lohn- und Gehaltssumme festzulegen.

Die Steuerpraxis von Bund und Kantonen, die die Personalwohlfahrtseinrichtungen und die Zuwendungen der Arbeitgeber an solche Institutionen weitgehend von den direkten und teilweise auch von den indirekten Steuern befreit hat, hat dadurch die grosse Entwicklung der Personalwohlfahrt, insbesondere der organisierten Fürsorge für Alter, Invalidität und Tod stark beeinflusst. Schon die Kriegsgewinne des ersten Weltkrieges haben vielfach zur Begründung und Aufnung von Unternehmungspensionskassen geführt. Die Statistik zeigt denn auch nach dem ersten Weltkrieg ein starkes Anwachsen dieser Institutionen.

b) Das Vorbild des Bundes

Als bedeutungsvoll für die Entwicklung der Altersfürsorge in der Schweiz war auch das bahnbrechende Vorgehen des Bundes. Im Jahre 1921 trat ein Bundesgesetz in Kraft, das das Personal der Post-, Telephon- und Telegraphenverwaltung sowie dasjenige der übrigen Bundesverwaltung versicherte. Diese Versicherung umfasste damals einschliesslich Bundesbahnangestellte ca. 64 000 Personen ¹⁷.

Der Anreiz einer Staatsstelle mit Pensionsberechtigung muss damals auf viele Arbeitnehmer gross gewesen sein, so dass sich die Privatwirtschaft auch aus Gründen der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt genötigt sah, ihren Angestellten und Arbeitern eine ähnliche Sicherung zu garantieren.

17) Vgl. Hans Gerold Wirz a. a. O., S. 104.

II. AUFBAU UND STELLUNG

4. Kapitel

Gliederung der Systeme

Die freiheitliche Gestaltung und das organische Herauswachsen der Altersvorsorge aus dem Unternehmen, seinen Möglichkeiten und Bedürfnissen, hat sich in einer Vielzahl von verschiedenen Systemen manifestiert. Sowohl die in der Schweiz örtlich, betrieblich und branchenmässig verschiedenen Verhältnisse, die voneinander abweichenden individuellen Auffassungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, als auch der Wille zur Gestaltung nach persönlicher Überzeugung haben diesen Einrichtungen den Stempel aufgedrückt. Ich versuche in diesem Kapitel, die grundsätzlich verschiedenen Systeme darzustellen.

A. Nach der Form

1. Institutionen mit Versicherungscharakter

Die Aufgabe einer Pensionskasse besteht in der Vorsorge für den Schutz ihrer Mitglieder vor den materiellen Folgen von Alter, Tod (Hinterbliebenenschutz) und in vielen Fällen von Invalidität. Geschieht diese Vorsorge planmässig, so macht sie einen versicherungsmässigen Aufbau zur Deckung zukünftiger Risiken notwendig¹. Nach dem Träger des Risikos können wir grundsätzlich zwei verschiedene Einrichtungen feststellen.

a) Autonome Kassen

Die autonomen Kassen tragen das Risiko selber, d. h. sie versichern ihre Mitglieder auf eigene Rechnung und Gefahr². Naturgemäss kommt die Übernahme des Risikos auf eigene Gefahr nur

1) Vgl. A. Matti: Die Versicherungseinrichtungen, in NZZ Nr. 1925 vom 7. 8. 1954.

2) Der Begriff „Versicherung“ ist für autonome Kassen nicht ganz

für eine Kasse in Frage, die eine so grosse Mitgliederzahl aufweist, dass das Gesetz der grossen Zahl Geltung hat. Die autonome Kasse ist die typische betriebliche Pensionskasse; in unsern Ausführungen beziehen wir uns deshalb fast ausschliesslich auf autonome Einrichtungen, wenn wir von privaten Pensionskassen sprechen, wobei die Fürsorgeeinrichtungen als Hilfs- oder Übergangsinstitutionen mit einbezogen werden.

b) Gruppen- und Rückversicherungen

Bei dieser Form der Versicherung wird das Risiko mit Hilfe eines Gruppenversicherungsvertrages auf eine private konzessionierte Versicherungsgesellschaft abgewälzt, die damit zum Träger des versicherten Risikos wird³. Solche Verträge können auch von betrieblichen Versicherungskassen unter Wahrung ihrer Selbständigkeit abgeschlossen werden, wobei dann die Gruppenversicherung die Funktion einer Rückversicherung erhält. Der Weg der Gruppenversicherung als Personalversicherung wird begreiflicherweise häufiger von kleinen Kassen gewählt.

Für unsere Betrachtung ist die Gruppenversicherung nicht relevant. Die enge Verbindung zwischen Unternehmung und Kasse, wie sie bei den autonomen Einrichtungen besteht, macht hier einem lockeren Verhältnis Platz, das sich ebenso gut im Rahmen eines Berufsverbandes oder gar als Einzelpolice, an die der Arbeitgeber einen Beitrag zahlt, aufrechterhalten lässt.

Die Gruppenversicherung erfreut sich in letzter Zeit einer steigenden Beliebtheit bei kleinen Firmen und Berufsverbänden. Sie erscheint vor allem dort als gegeben, wo der Personalbestand für den Risikoausgleich zu gering erscheint⁴.

2. Institutionen mit Fürsorgecharakter

Die Verwirklichung von Pensionskassen auf privater Basis im Sinne von planmässiger Deckung zukünftiger Risiken verlangt schon bei der Gründung enorme finanzielle Mittel. Wird die Kasse, wie dies fast immer der Fall ist, vom Arbeitgeber gegründet und ver-

genau. Während bei einer Versicherung ein Rechtsanspruch auf eine feste vereinbarte Leistung besteht, haben sich viele autonome Kassen das Recht vorbehalten, die Leistungen zu kürzen, wenn der finanzielle Status der Kasse eine Sanierung notwendig machen sollte.

3) Vgl. Willi Grütter a. a. O., S. 237 ff.

4) Vgl. A. Matti a. a. O.

pflichtet sich dieser zu dauernden festgelegten Beiträgen, so wird dadurch dem Unternehmen eine Last aufgebürdet, die normalerweise mit der Zeit noch wächst und je nach der wirtschaftlichen Entwicklung die finanziellen Grundlagen einer Unternehmung erschüttern kann. Darin scheint mir die Ursache zu liegen, dass die versicherungsmässig aufgebauten Pensionskassen erst als zweite Stufe erscheinen und in den allermeisten Fällen aus einer gewöhnlichen Fürsorgeeinrichtung herausgewachsen sind. Das bereits angesammelte Kapital konnte dann als Basis dienen. Der Vielzahl von heute noch bestehenden Fürsorgeeinrichtungen privatwirtschaftlicher Betriebe kommt also im Rahmen unserer Betrachtung eine nicht geringe Bedeutung zu, können sie doch weitgehend als Vorstufe der eigentlichen Pensionskassen aufgefasst werden. Grundsätzlich treten sie in drei verschiedenen Formen auf.

a) Wohlfahrtsfonds

Der Wohlfahrtsfonds tritt mehrheitlich als Stiftung in Erscheinung⁵. Unter diesem Begriff werden Wohlfahrts-, Fürsorge- oder Unterstützungsfonds zusammengefasst, die in der Regel ohne besonderen Finanzplan Alters-, Invaliden- und Hinterlassenenleistungen nach Massgabe der vorhandenen Mittel und der Notwendigkeit gewähren. Unter dem Wohlfahrtsfonds gibt es zahlreiche Spielarten, vom einfachen Fonds, welcher Leistungen nach Ermessen der Stiftungsorgane macht, bis zum Fonds, dessen Leistungen nach bestimmten Normen erfolgen. Daneben haben viele Wohlfahrtsfonds die Bedeutung freier Reserven für reglementarische versicherungsmässige Einrichtungen. Der Wohlfahrtsfonds wird gespeisen durch freiwillige Zuwendungen oder Beiträge der Arbeitgeber evtl. gemeinsam mit den Arbeitnehmern⁶.

b) Spareinlegerkassen

Eine besondere Form der Altersfürsorge, die sich einer konstanten Entwicklung erfreut, bilden die vom Arbeitgeber allein oder auch mit Beiträgen der Arbeitnehmer finanzierten und auf dessen Namen angelegte Sparhefte. Im Gegensatz zu gewöhnlichen Sparkassen stehen die Guthaben dem Einzelnen nicht jederzeit zur

5) Vgl. Schweiz. Pensionskassenstatistik 1941/42, Bern 1947, S. 73.

6) Vgl. A. Matti a. a. O.

Verfügung, sondern werden erst bei Auflösung des Dienstverhältnisses ausbezahlt. Oft bilden sie dann die Grundlage für den Kauf einer Altersrente bei einer privaten konzessionierten Lebensversicherungsgesellschaft⁷.

Bei der Sparversicherung wiederum wird nebst der Aufnung von Alterskapitalien während der Zeit, da der Begünstigte arbeitet, das Todesfallrisiko durch eine temporäre sinkende Todesfallversicherung bei einer Lebensversicherungsgesellschaft gedeckt. Im Todesfall wird dann durch die Versicherungsgesellschaft derjenige Teil des Sparkapitals, das durch den Todesfall nicht mehr wie vorgesehen geäufnet werden konnte, ausbezahlt, während andererseits auch die bereits angesammelten Gelder zur Verfügung der Hinterlassenen stehen.

c) Ruhegehaltsordnungen

Die sogenannten Ruhegehaltsordnungen beruhen auf keiner speziellen Institution oder einem geäufneten Kapital. Sie bestehen in Fürsorgeleistungen an ehemalige langjährige Arbeitnehmer. Die Mittel dazu werden vom Arbeitgeber allein aus laufender Rechnung aufgebracht. Sie stützen sich zumeist nicht auf bindende Verpflichtungen, sondern solche Rentenleistungen werden von Fall zu Fall festgelegt⁸.

B. Nach der Leistung⁹

1. Die Art der Leistung

Je nach Leistungsart wird zwischen Rentenkassen, Kapitalkassen und kombinierten Kassen unterschieden. Während sich die beiden erstgenannten nur auf eine Leistungsart beschränken, gewähren die kombinierten Kassen Leistungen sowohl in Renten- als auch in Kapitalform. Die Rentenkassen gewähren ihre Leistungen nur in Form von dauernden Renten, die erst mit dem

7) Vgl. Dietegen Aebli a. a. O.

8) Vgl. Schweiz. Pensionskassenstatistik 1941/42 a. a. O., S. 74.

9) Für eine ausführliche theoretische Darstellung sei auf die Arbeit von Marcel Wirth: *Le choix des prestations d'une caisse de retraite*, Diss. rer. pol. Lausanne 1955, hingewiesen. Die dortige grundlegende Arbeit erlaubt mir, mich in diesen Punkten kurz zu fassen.

Tode des Begünstigten aufhören. Kapitalauszahlungen finden nur ausnahmsweise während einer Karenzzeit statt, beispielsweise zur Abfindung von Witwen bei ihrer Wiederverheiratung oder als Sterbegeld zusätzlich zur Hinterlassenenrente.

Kapitalkassen erfüllen ihre Verpflichtungen in der Form einmaliger Kapitalauszahlungen, während die kombinierten Kassen meistens im Falle von Alter und Invalidität eine Pension entrichten, beim Ableben des Versicherten hingegen die Hinterbliebenen durch eine einmalige Kapitalleistung abfinden.

Die Erkenntnis, dass der soziale Schutzzweck durch Renten besser gewährleistet ist, als bei Kapitalauszahlungen hat dazu geführt, dass die betrieblichen Pensionskassen in erster Linie auf dem Rentensystem aufgebaut sind. Bei den Gruppen- und Rückversicherungen hingegen überwiegen im privaten Sektor die Kapitalleistungen. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Verhältnisse 1941/42 für beide Gruppen.

*Leistungsart bei autonomen Kassen und Gruppenversicherungen 41/42*¹⁰

Leistungsart	absolute Zahlen		Prozentverteilung	
	autonome Kassen	Gruppen-Rückvers.	autonome Kassen	Gruppen-Rückvers.
Rentenkassen	578	563	88	38
Kapitalkassen	38	647	6	44
Kombinierte Kassen	41	256	6	18
	657	1 466	100	100

2. Die Wahl der Leistungen

Die Bestimmung der Leistungen für die einzelnen Versicherten bildet ein wichtiges Element in der privaten Sozialversicherung. Wie bei den einzelnen Systemen zeigt sich auch bei der Wahl der Leistungen eine grosse Vielfältigkeit und Differenziertheit. Einerseits sind die Gründe durch die finanziellen Möglichkeiten der Kasse bestimmt, andererseits sind die zu befriedigenden Bedürfnisse verschieden gelagert.

¹⁰) Vgl. Schweiz. Pensionskassenstatistik 1941/42 a. a. O., S. 22, mit Einschluss der gemischtwirtschaftlichen und öffentlichen Kassen.

a) Die Leistungen für alle Arbeitnehmer sind die gleichen

Diese Lösung ist zweifellos die einfachste, indem allen Mitgliedern unabhängig von der Höhe des Einkommens, der Mitgliedsjahre etc. die gleichen Leistungen ausgerichtet werden. Sie vereinfacht alle rechnerischen und administrativen Arbeiten. Die damit verbundene Nivellierung, wie auch die Nicht-Berücksichtigung der individuellen Begebenheiten haben dieser Leistungsart bei uns keinen Eingang verschafft.

b) Die Leistungen sind abhängig von einzelnen Lohnklassen

Den verschiedenen Einkommen wird dadurch Rechnung getragen, dass auch die Leistungen nach Lohnklassen abgestuft werden. Eine Lohnerhöhung, die zum Eintritt in eine andere Lohnklasse führt, hat eine Anpassung der Versicherung zur Folge. Die Bedeutung dieser Art ist in der Schweiz nicht gross.

c) Die Leistungen sind differenziert

Im allgemeinen kommt in der Schweiz das System zur Anwendung, das die Leistungen von folgenden Faktoren abhängig macht: Einkommen, geleistete Dienstjahre resp. Mitgliedschaftszeit bei der Kasse, Eintrittsalter, erreichtes Alter bei Eintritt des versicherten Risikos.

Für die Kasse bilden zweifellos die Jahre der Mitgliedschaft resp. die Zeit, die notwendig ist, um das Kapital, das schlussendlich dazu dienen soll, die Altersrenten auszurichten, ein sehr wichtiges Datum. Deshalb wird von vielen Reglementen bei Eintritt in die Kasse in einem Alter, das höher als die versicherungsmässige Norm ist, eine Einkaufssumme verlangt, oder aber der Pensionsberechtigte hat nur Anspruch auf eine reduzierte Altersrente. Selbstverständlich steht es dem Arbeitgeber frei, das notwendige Deckungskapital zu Lasten des Betriebes zu übernehmen, was speziell dann in Frage kommt, wenn die Firma einen älteren Angestellten, den sie nicht aus Gründen der Pensionskasse ausschliessen will, engagieren möchte.

Schwieriger stellen sich die Probleme bei Eintritt von Tod oder Invalidität in jungen Jahren. Die daraus resultierende starke Belastung für die Kasse hat viele davon dazu geführt, die Leistungen in diesem Falle vom Alter des Versicherten bei Eintritt des ver-

sicherten Risikos oder von den Mitgliedsjahren abhängig zu machen. Solche Massnahmen können zu bedeutenden Härten führen. Es ist unlogisch, dass die Leistungen für jüngere Betroffene bedeutend kleiner sind, wo naturgemäss das Bedürfnis am höchsten ist. Es sollte im Todes- und Invaliditätsfall mehr dem Fürsorgebedürfnis entsprechend gehandelt werden und auf alle Fälle ein Minimum festgelegt sein.

5. Kapitel

Die technischen Grundlagen

Das vorhergehende Kapitel hat die verschiedenen Massnahmen und Einrichtungen aufgezeigt, die der Alters-, Hinterbliebenen- und Invalidenfürsorge dienen. In diesem Kapitel sollen die versicherungstechnischen Grundlagen dargestellt werden, wie sie für planmässige Vorsorge angewandt werden. Dabei beschränke ich mich, meinem Thema gemäss, auf diejenigen Grundlagen, die bei der grossen Mehrzahl der privaten Pensionskassen Verwendung finden. Die eigentlichen Gruppenversicherungen werden deshalb in die folgenden Untersuchungen nicht mehr einbezogen.

1. Die Finanzierungssysteme

Das heikelste Problem bei der Errichtung einer Pensionskasse besteht zweifellos in der Finanzierung des geplanten Sozialwerkes. Besteht einerseits der Wunsch, den Arbeitnehmern und ihren Familien einen möglichst umfassenden Schutz zu gewähren, so muss andererseits auf die vorhandenen Mittel, die für den vorgesehenen Zweck zur Verfügung stehen, Rücksicht genommen werden. Damit eine solche Institution auf unbestimmte Dauer ihrer Aufgabe gerecht werden kann, muss sie zudem auf solide Füsse gestellt werden. Nach der Art der Bereitstellung der zur Deckung der auftretenden Eventualbedarfe notwendigen Deckungsmittel sind zwei Möglichkeiten gegeben: das Umlageverfahren und das Kapitaldeckungsverfahren¹.

1) Vgl. Hans Müller a. a. O., S. 75 ff.

a) Das Umlageverfahren

Bei dieser auch als Aufwanddeckungssystem bekannten Einrichtung werden die in jeder Versicherungsperiode entstandenen Eventualbedarfe² auf den Kreis der deckungspflichtigen Versicherungsnehmer verteilt. M. a. W. werden die Renten für die pensionierten Kassenmitglieder direkt durch die Prämien der aktiven Arbeitnehmer aufgebracht. Normalerweise werden dabei keine Rücklagen für die Zukunft gemacht. Die aufzubringenden Prämien müssen auf Grund der im laufenden Jahre fällig werdenden Jahresbeträge der Renten bestimmt werden und entbehren deshalb einer gewissen Konstanz. Der Jahresbedarf steigt von Jahr zu Jahr solange aktive Arbeitnehmer pensioniert werden, bis ein Beharrungszustand in der Höhe der Beiträge eintritt, d. h. bis der relative Betrag der in Wegfall kommenden Jahresrenten gleich dem der neu entstehenden ist. Beim reinen Umlageverfahren bezahlen also, einfach ausgedrückt, die jüngeren Generationen für die Alten, wenn es sich z. B. um eine Altersrente handelt³.

Das Moment der Sicherheit der späteren Auszahlung ist beim Umlageverfahren sehr bescheiden. Da für die in Zukunft fällig werdenden Renten i. A. keine Reserven gebildet werden, könnten falls diese Einrichtungen ihre Tätigkeit aus irgendeinem Grunde einstellen müssten, weder an bereits pensionierte noch an die aktiven Angestellten Renten mehr ausbezahlt werden.

b) Das Kapitaldeckungsverfahren

Beim Kapitaldeckungsverfahren wird die Sicherheit der Auszahlung der einmal fällig werdenden Renten durch die Anlage von Reserven gewährleistet⁴. Dies kann grundsätzlich durch folgende Methoden geschehen:

ba) Anspruchsdeckung⁵

Das System der Anspruchsdeckung verlangt enorme anfängliche Einlagen in die Kasse. Es müssen dabei entweder nur die vollen Deckungskapitalien für die Rentenempfänger bereits zu Beginn der

2) Das heisst die auf Grund von Wahrscheinlichkeitstafeln und andern versicherungstechnischen Grundlagen vorausgerechneten Fälligkeiten.

3) Vgl. W. Saxer: Die zeitliche Verteilung der Kosten der Personalfürsorge, in Personalfürsorge, Bd. 1, Nr. 4, 1957, S. 227.

4) Siehe auch: Schweiz. Pensionskassenstatistik a. a. O., S. 64.

5) Vgl. Johann Rudolf Ernst: Die Wertbeständigkeit in der Lebensversicherung, S. 13, Studie beim Verfasser.

Pensionierung zur Verfügung der Kasse stehen, oder es muss zu jedem Zeitpunkt für jedes Kassenmitglied bereits so viel Vermögen bereitgestellt sein, dass daraus unter Einrechnung des Zinses sämtliche künftigen Kassenleistungen für das betr. Mitglied bestritten werden können. Was das bedeutet, fällt weniger auf bei einem älteren Angestellten, als bei der Aufnahme eines neuen jungen Arbeitnehmers in die Kasse. Statt nämlich die Deckungsmittel im Laufe der rund 30- bis 40jährigen Arbeitszeit allmählich anzusammeln, ist für den Neueintretenden gewissermassen schon zu Beginn seiner Anstellung das ganze Kapital bereitzustellen, was je nach Eintrittsalter in der Grössenordnung von mehreren Jahresgehältern liegt.

Meines Wissens ist diese Art der Finanzierung nur in einer privaten Pensionskasse von Bedeutung angewandt, wobei diese eine Stiftung des Unternehmens darstellt und von diesem allein geäufnet wird. Der Grund der geringen Verbreitung dieser Finanzierungsart liegt wohl in der Unmöglichkeit der meisten Kassen und Unternehmen, derart grosse Deckungskapitalien zum voraus bereitzustellen. Vom Standpunkt der Sicherheit der Rentenzahlung aus gesehen, aber auch da nur geldmässig betrachtet, bietet die frühzeitige Bereitstellung der notwendigen Deckung die grösste Gewähr. Im Falle der Auflösung der Kasse sind die Mittel zur Liberierung der eingegangenen Verpflichtungen bereits vorhanden.

Eine solche Methode verschlingt jedoch, besonders wenn es sich um eine vom Arbeitgeber allein gespiesene Stiftung handelt, bis zur Erreichung des Beharrungszustandes womöglich den grössten Teil des Betriebsgewinnes, ja kann die finanzielle Struktur des Betriebes gefährden.

bb) Prämiendeckungsverfahren

In den weitaus meisten Fällen wird für private Pensionskassen das Prämiendeckungsverfahren gewählt. Durch Prämien, die meistens von Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam aufgebracht werden und gewöhnlich in einem bestimmten Verhältnis zur Lohnsumme stehen, wird das Deckungskapital im Laufe der Aktivitätsdauer des Kassenmitgliedes bei der Firma geäufnet, wobei der Zins auf dem bereits angesammelten Kapital eine weitere wichtige Einkommenskomponente bedeutet. In der Regel werden solche Prämien erhoben, dass mit dem Zins auf dem Deckungskapital die Versicherungskosten etwa zu 40—60 % aus den Prämien und zu 60—40 % aus dem Zins auf dem Deckungskapital finanziert wer-

den⁶. Die Prämien auf Grund der Deckungskapitalmethode sind also fast immer mindestens um die Hälfte kleiner als die reinen Umlageprämien unter der Voraussetzung, dass die Pensionskasse bereits mindestens seit 10 Jahren besteht.

Der grundsätzliche Unterschied zwischen den beiden Methoden besteht darin, dass beim Prämiendeckungsverfahren jede Versichertengeneration die Mittel für den eigenen Schutz selber bereitstellt, während wir beim Umlageverfahren gesehen haben, dass dort die Prämien der Aktiven zur Bezahlung der Renten der nicht mehr arbeitsfähigen Mitglieder dienen.

c) Das gemischte Verfahren

Wie der Titel sagt, stellt das gemischte Verfahren eine Kombination von Umlage- und Kapitaldeckungsverfahren dar. Grundsätzlich handelt es sich um ein Kapitaldeckungsverfahren, wobei jedoch nicht das ganze Deckungskapital, das auf Grund versicherungstechnischer Berechnungen zusammen mit den Prämien zur Deckung der künftigen Leistungen für den vorhandenen Versichertenbestand nötig wäre, vorhanden ist. Das berechnete Manko wird versicherungstechnisches Defizit genannt. Zum Ausgleich müssen deshalb gegebenenfalls Umlageprämien bezahlt werden.

Als Beispiel einer gemischten Kasse sei die Eidg. Alters- und Hinterbliebenenversicherungskasse erwähnt. Durch die vierte Revision der AHV dürfte sich der Ausgleichsfonds bei normaler wirtschaftlicher Entwicklung auf ca. 6 Milliarden Franken stabilisieren⁷. Bedenkt man, dass bei individueller Kapitalisierung der Versicherungsbeiträge (inkl. Kopfquote aus öffentlicher Hand) ein Fonds von rund 50 Milliarden entstehen würde, so kann gesagt werden, dass die AHV zu $\frac{7}{8}$ auf dem Umlageverfahren und nur zu $\frac{1}{8}$ auf dem Deckungskapitalverfahren beruht.

2. Bestimmung und Verteilung der Kosten

Unabhängig vom Finanzierungssystem stellt sich die Frage, nach welchen Gesichtspunkten die Beiträge bemessen, von wem sie aufgebracht und wie sie gegebenenfalls auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgeteilt werden.

6) Vgl. W. Saxer a. a. O., S. 228.

7) Vgl. E. Kaiser: Grundzüge der vierten Revision der AHV und der vorgesehenen Eidg. Invalidenversicherung, in Personalfürsorge, Bd. 1, Nr. 4, 1957, S. 221.

Für die Finanzierung scheinen vorerst zwei Möglichkeiten in Betracht zu kommen. Der Einfachheit halber halte ich die beiden Fälle als A und B auseinander. Die Firma A bezahlt ihren Arbeitnehmern normale Löhne und verlangt von den Kassenmitgliedern Beiträge an die Pensionskasse, während die Firma B um die Beiträge tiefere Löhne bezahlt und die Kasse selber finanziert. Die Lösung B hat vor allem steuerliche Vorteile, indem diese Firma eine grössere Marge für die Verteilung der Einlagen auf die guten und schlechten Jahre hat, was ihr ebenfalls erlaubt, die progressiven Steuern auszugleichen⁸. Für das Mitglied, das vorzeitig aus der Kasse austritt, hat jedoch diese Finanzierungsart den Nachteil, dass es ohne gegenständige Bestimmung in den Statuten keinen Rechtsanspruch auf seinen Anteil am Kassenvermögen hat, während im Falle B die Kasse verpflichtet ist, dem Arbeitnehmer mindestens die von ihm geleisteten Beiträge zurückzuerstatten, wenn er nicht in den Genuss der Wohlfahrtseinrichtung gelangt ist⁹.

Eine Differenzierung der Löhne zwischen einem Unternehmen, das die Pensionskasse vollumfänglich selber finanziert und einem, das Beiträge der Arbeitnehmerschaft vorsieht, ist in der Praxis weitgehend theoretischer Natur. Gesamtarbeitsverträge, Konkurrenzfragen auf dem Arbeitsmarkt, standortpolitische Gründe u. ä. machen einen Unterschied weitgehend illusorisch. Ich habe bei meinen Umfragen wiederholt festgestellt, dass die Arbeitnehmer eine Pensionskasse, an die sie selber Beiträge leisten, bevorzugen, weil sie einmal damit einen Rechtsanspruch auf Leistung besitzen und zweitens, weil dabei meistens höhere Renten gewährt werden können.

Die Bestimmung der Prämie, die der Begünstigte zur Deckung der versicherungsmässigen Kosten einmalig oder in periodischen Zahlungen aufzubringen hat, richtet sich nach dem Deckungssystem. Individuelle Prämien sind nach dem Alter des Versicherten beim Eintritt in die Kasse abgestuft. Dabei bezahlt grundsätzlich jeder im Verhältnis zum Preis seiner Versicherung. Die individuelle Prämie ist kennzeichnend für Gruppen- und Rückversicherungen, wobei bei dieser Form jedoch auch andere Prämiensysteme vorkommen, besonders wenn eine Stiftung die Gruppenprämie entrichtet. Dabei werden die an die Stiftung geleisteten Beiträge von Arbeitnehmer und Arbeitgeber als massgebend betrachtet.

Für die autonomen bilanzierten Kassen wird mehrheitlich eine Durchschnittsprämie festgesetzt. Dessen Höhe wird durch die

8) Vgl. Marcel Wirth a. a. O., S. 161 ff.

9) Vgl. OR Art. 673/862, Abs. 4.

Alterszusammensetzung des ganzen Versichertenbestandes bestimmt, so dass eine sichtbare Abhängigkeit vom Eintrittsalter des Einzelnen nicht mehr besteht.

Nichtbilanzierte autonome Kassen¹⁰ ersetzen die statutarischen Prämien weitgehend durch freiwillige Zuwendungen des Arbeitgebers. Diese sind abhängig vom Geschäftsergebnis und stellen keine Verpflichtung des Unternehmens an die Kasse dar.

Die Schweizerische Pensionskassenstatistik weist für 1941/42 die in der folgenden Tabelle zusammengestellte Verteilung auf. Es kann mit einiger Bestimmtheit angenommen werden, dass sich seither das Hauptgewicht noch mehr auf die gemeinsam von Arbeitgeber und -nehmer finanzierten Institutionen verteilt hat.

*Die Finanzierung der Pensionskassen*¹¹

Versicherungsbeiträge werden aufgebracht durch	Versicherungs- einrichtungen	Aktivmitglieder
Arbeitgeber allein	615 (29 %)	71 058 (24 %)
Arbeitgeber u. -nehmer	1 468 (69 %)	219 334 (75 %)
Arbeitnehmer allein	40 (2 %)	3 635 (1 %)

Das starke Überwiegen derjenigen Institutionen, die als Gemeinschaftswerk bestehen, tritt aus dieser Tabelle deutlich hervor. Dabei trägt der Arbeitgeber meistens den grösseren Teil der Kosten; die gleichmässige Verteilung erfolgt nur bei einem Fünftel aller Einrichtungen.

3. Die Rechnungsgrundlagen¹²

Die Bestimmung der Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber sowie die Gewährung von festen Renten oder Kapitalabfindungen bei Alter, Tod oder Invalidität erfolgen auf Grund bestimmter Annahmen über die Verzinsung der Kassengelder, den

10) Der Unterschied zwischen bilanzierten und nichtbilanzierten Kassen wird auf S. 38 erklärt.

11) Inkl. öffentliche und gemischtwirtschaftliche Institutionen.

Quelle: Schweiz. Pensionskassenstatistik 1941/42, S. 35.

12) Allgemein werden heute die Grundlagen von P. Nolfi: Technische Grundlagen für Pensionsversicherungen VZ 1950, 3 % und 2½ % als die aktuellsten anerkannt. Für diesen rein technischen Abschnitt, der jedoch für das Verständnis eine notwendige Voraussetzung bildet, beziehe ich mich deshalb weitgehend auf diese grundlegenden Ausführungen.

Verlauf der Sterblichkeit, der Invalidität und anderer Vorgänge im Versichertenbestand sowie den Betriebskosten. Diese Annahmen bilden in ihrer Gesamtheit die Rechnungsgrundlagen. Sie bestimmen das Ausmass der zur Deckung laufender und anwartschaftlicher Verpflichtungen erforderlichen Mittel.

Der technische Zinssatz ist eine Annahme, dessen Höhe im Rahmen einer durchschnittlich erzielbaren Rendite jede Kasse im voraus bestimmen muss. Der rechnerische Zinsfuss muss dabei vom wirklich auf dem Kapitalmarkt erzielten unterschieden werden.

Feststehende Grössen sind einzig die Betriebskosten, sofern diese nicht laut Reglement vom Unternehmen getragen werden. Alle andern Grundlagen beruhen auf Annahmen oder Beobachtungen in der Vergangenheit, sei es bei der gesamten Bevölkerung, bei Personeneinheiten einer Versicherungsanstalt oder einer Versicherungskasse. Die wenigsten Kassen verfügen über einen genügend grossen Bestand an Mitgliedern, um kasseneigene Grundlagen erstellen zu können. Das bedingt, dass meistens fremde Rechnungsgrundlagen verwendet werden müssen.

Bei der Anwendung von fremden Grundlagen wird meistens ein Sicherheitszuschlag eingerechnet, weil sich gezeigt hat, dass Sterblichkeit und Invalidität für die einzelnen Personengemeinschaften oft ganz anders verlaufen. Das ist speziell zu berücksichtigen bei Betrieben mit grosser Arbeiterzahl, wo der Einfluss der Arbeitsbedingungen auf die Gesundheit ganz andere Auswirkungen haben kann, als beispielsweise bei einem Beamtenapparat.

a) Die Sterbetafeln

Für die privaten Pensionskassen ist die Sterbetafel die wichtigste Wahrscheinlichkeitstafel. Wie ich bereits erwähnt habe, zeigt die Statistik einen dauernden Rückgang der Sterbeintensitäten. Nolfi hat auf Grund des statistischen Materials der städtischen Versicherungskasse Zürich eine prozentuale Reduktion der einjährigen Durchschnittsintensitäten in der Periode von 1942 bis 1950 von insgesamt rund 15 % festgestellt, wobei alle Altersstufen einigermaßen gleichmässig daran beteiligt sind¹³. Das zeigt, dass auch ganz aktuelle Sterbetafeln Fehlerquellen aufweisen. Vielfach wird deshalb durch einen aus der Erfahrung gewonnenen Angleichungsfaktor mittels eines Extrapolationsverfahrens dieser Rückgang zu berücksichtigen versucht.

13) Vgl. P. Nolfi a. a. O., S. 3.

Der Sterblichkeitsverlauf zeigt bei den beiden Geschlechtern einen andern Verlauf. Das Eidg. Versicherungsamt unterscheidet deshalb in seinen „Minimalgrundlagen“ zwischen Männern und Frauen¹⁴. Die Lebenserwartung des weiblichen Geschlechts liegt etwa 10 bis 12 % über derjenigen der Männer. Nach den Beobachtungen von Nolfi war die Sterblichkeit der Witwen allein etwas grösser als die der weiblichen Gesamtheit. Die Waisensterblichkeit fällt kaum ins Gewicht. Einen wesentlich andern Verlauf als die Sterblichkeit der Gesamtheit zeigt hingegen die Invalidensterblichkeit. Sie fällt vor allem bei der Invalidität in jungen Jahren stark ins Gewicht und gleicht sich dann allmählich der normalen Kurve an.

b) Die statistischen Grundlagen der Hinterbliebenenversicherung

Für die Hinterbliebenenversicherung kommen ausser den Sterblichkeitstafeln noch andere statistische Unterlagen in Betracht. So hat für die Witwenversicherung die Wahrscheinlichkeit, verheiratet zu sein, wie auch das Alter der Ehefrau einen bedeutenden Einfluss auf die Kosten. Dazu gesellt sich die Wahrscheinlichkeit für die Unverheirateten, zu heiraten. Die Berechnung der Waisenrenten ist direkt abhängig von den Sterbetafeln der beiden Geschlechter.

c) Die Invaliditätstafel

Die Invaliditätsversicherung bedeutet für jede Pensionskasse eine Belastung, die i. A. 2 bis 6 % der jährlichen Besoldung ausmacht. In ihrem Einfluss auf die Höhe der Kosten spielen das Alter des Versicherten, seine berufliche Tätigkeit und die Höhe und Form der Leistungen eine wichtige Rolle. Häufig nehmen Pensionskassen für die Invalidenrenten Abstufungen nach der Zahl der Dienstjahre vor. Solche Massnahmen laufen einem Fürsorgeverhältnis zuwider. Tritt die Invalidität in jungen Jahren ein, so ist das Bedürfnis nach einem Ersatzeinkommen für den Betroffenen und seine Angehörigen normalerweise nicht kleiner als in späteren Jahren. Wenn wir annehmen, dass ein Arbeitnehmer in jungen Jahren invalid wird und nur eine Invalidenrente von beispielsweise 30 %

14) Vgl. Heinrich Temperle: Über Aufbau und Einrichtung von Pensionsversicherungen, St. Gallen 1941, S. 11.

erhält, so beträgt in diesem Falle auch die Altersrente nur 30 %. Durch die Mitversicherung der Invaliditätsleistungen werden also die Kosten der Altersversicherung in solchen Fällen reduziert.

d) Die Auswirkungen von Austritten und Neueintritten

Das Ausscheiden aus der Kasse infolge Stellenwechsel oder Verheiratung bei weiblichen Mitgliedern ermöglicht den meisten Kassen einen sogenannten Austrittsgewinn. In den meisten Fällen werden den Austretenden nur ihre Beiträge evtl. unter Vergütung eines Zinses ausbezahlt, nicht aber die von der Unternehmung einbezahlten Deckungskapitalien. Die Neueintritte wiederum bringen für die Kasse zusätzliche Belastungen mit sich. Da sich weder Ein- noch Austritte vorausberechnen lassen und einen kompensatorischen Effekt haben, können sie bei den Berechnungen unberücksichtigt bleiben.

4. Die versicherungstechnische Bilanz

Auf der Basis der dargestellten Rechnungsgrundlagen wird für jede sogenannte „bilanzierte Kasse“ die versicherungstechnische Bilanz erstellt. Sie muss darüber Aufschluss geben, wie weit das Vermögen der Kasse zur Befriedigung der Ansprüche der Destinatäre ausreicht. Die vermutlichen zukünftigen Einnahmen werden für den vorhandenen Versichertenbestand auf den Bilanztag diskontiert und der Summe sämtlicher auf den Bilanztag diskontierter voraussichtlichen Verpflichtungen der Kasse gegenübergestellt.

Zukünftige Versicherte werden in der Bilanz der geschlossenen Kasse nicht berücksichtigt. Der Eintritt neuer Mitglieder und der vorzeitige Austritt wird in der Bilanz für die offene Kasse berücksichtigt. Dieses Prinzip der offenen Bilanzierung findet aber, seiner Problematik wegen, nur selten Anwendung¹⁵.

Wir haben festgestellt, dass die Annahmen, die einer versicherungstechnischen Bilanz zugrunde liegen, keine absoluten Zahlen darstellen und beträchtlichen Schwankungen ausgesetzt sind. Dazu kommt nun, dass der Zinsfuß, zu welchem die im Laufe vieler Jahrzehnte fällig werdenden Pensions- und andern Verpflichtungen auf den Bilanztag diskontiert werden, vom auf dem Kapitalmarkt erzielten Zins stark abweichen kann. Da das heute zu errechnende

15) Vgl. Schweiz. Pensionskassenstatistik 1941/42, S. 65.

notwendige Deckungskapital zum überwiegenden Teil durch die Diskontierung der erst in einer fernen Zukunft zu Verfall kommenden Verpflichtungen zum technischen Zinsfuss bestimmt wird, hat beispielsweise eine Senkung dieses Zinsfusses zur Folge, dass ein höheres Deckungskapital notwendig ist¹⁶. Es erhellt daraus, dass dem Zinsfuss eine eminente Bedeutung zukommt. Ich werde im Laufe dieser Arbeit in anderm Zusammenhang darauf zurückkommen.

6. Kapitel

Die Stellung der privaten Pensionskassen

Bis zur Einführung der Eidg. AHV im Jahre 1948 war in der Schweiz die Vorsorge für Alter, Tod und Invalidität, von einigen kantonalen Einrichtungen abgesehen, auf rein privatwirtschaftlichen Boden gestellt. Die direkte Einflussnahme des Staates bestand vor allem darin, dass er diese Institutionen durch steuerliche Privilegien bewusst stark förderte, sie durch gesetzliche Erlasse und Vorschriften in gewisse Bahnen lenkte und andererseits als Hüter die Rechte der Begünstigten, insbesondere die zweckmässige Verwendung und Verwaltung der angesammelten Vermögen überwachte. Nachdem ich die steuerliche Behandlung bereits dargelegt habe¹, will ich in diesem Kapitel die wichtigsten rechtlichen Massnahmen aufzeigen.

1. Die rechtliche Stellung

a) Die bisherigen Rechtsgrundlagen

Eine spezielle Rechtsform für Pensionskassen wurde bis auf den heutigen Tag nicht geschaffen. Es dienten vielmehr bereits bestehende Rechtsformen als Mantel. Das revidierte Obligationenrecht verlangt für die Personal-Wohlfahrtseinrichtungen die Form der Stiftung², wenn das Unternehmen eine Kapitalgesellschaft oder

16) Vgl. Paul Riebesell: Das Deckungskapital in seiner Abhängigkeit vom Zinsfuss und von der Sterblichkeit, in Mitteilungen Schweiz. Versicherungsmathematiker, Bd. 48, Heft 1, S. 57.

1) Vgl. S. 21 ff.

2) Vgl. OR Art. 673 und 862.

Genossenschaft ist³. In der Praxis werden auch Genossenschaften zugelassen⁴.

Seit dem ersten Weltkrieg gewähren sowohl der Bund als auch die meisten Kantone die Steuerfreiheit nur denjenigen Personalwohlahrtseinrichtungen, die die Form juristischer Personen aufweisen. Diese Vorschrift der rechtlichen Verselbständigung, wie sie vom OR und dem Steuerrecht verlangt werden, verfolgt den Zweck, das Vermögen solcher Einrichtungen unabhängig vom Unternehmen sicherzustellen. Die wenigen Institutionen, die vor dem ersten Weltkrieg existierten, bestanden meist als Teil des Vermögens der Unternehmung, worüber der Arbeitgeber frei verfügen konnte, solange diese Fonds den Destinatären nicht unbedingte Rechtsansprüche auf Auszahlung gewährleisteten. Im Konkursfalle waren diese Vermögensteile in keiner Weise privilegiert.

Der massgebende Artikel im Obligationenrecht hat folgenden Wortlaut⁵:

„Die Statuten können insbesondere auch Fonds zur Gründung und Unterstützung von Wohlfahrtseinrichtungen für Angestellte und Arbeiter des Unternehmens vorsehen. Werden Vermögensteile Wohlfahrtswirken erkennbar gewidmet, so sind sie aus dem Vermögen der Gesellschaft auszuschneiden und in eine Stiftung überzuführen.

In der Stiftungsurkunde kann bestimmt werden, dass das Stiftungsvermögen in einer Forderung an die Gesellschaft besteht.

Werden zur Äufnung von Wohlfahrtswirken neben Beiträgen der Gesellschaft auch solche der Angestellten oder Arbeiter einbezahlt, so ist diesen bei Auflösung des Dienstverhältnisses mindestens die Summe der von ihnen geleisteten Zahlungen herauszugeben, sofern sie nicht in den Genuss des Wohlfahrtswirken eintreten.“

Das Mitspracherecht der Arbeitnehmer im Rahmen der Pensionskassen war bisher nur für jene Betriebe und ihre Arbeitnehmer rechtlich gesichert, welche unter das Fabrikgesetz fielen. Es hat aber weitgehend Eingang gefunden. Das Fabrikgesetz und seine Vollzugsverordnung enthalten folgende zwingende Vorschriften für Fabrikkassen, die Beiträge der Arbeitnehmer vorsehen⁶:

„Den Arbeitern ist nach Massgabe ihrer Beiträge in der Ver-

3) Vgl. OR Art. 764, Abs. 2 und 805.

4) Vgl. Guhl Theo, Das Schweiz. Obligationenrecht, 4. Auflage, Bern 1948, S. 493.

5) Vgl. Art. 673 und in ähnlichem Wortlaut Art. 862.

6) Vgl. FG Art. 79 und 80, VV-FG Art. 192 und 193.

waltung eine Vertretung einzuräumen. Abgeordnete der beteiligten Arbeitnehmer können Einsicht in die Rechnungen nehmen. Diese Arbeitervertreter sind von der Arbeiterschaft aus ihrer Mitte zu wählen.

Die Kassenstatuten unterliegen der Genehmigung der Kantonsregierung, welche berechtigt ist, Sicherstellung des Vermögens zu verlangen und darüber zu wachen, dass im Falle der Auflösung der Kassen ihr Vermögen statutengemäss verwendet wird.“

Da das Stiftungsrecht ein Mitspracherecht der Arbeitnehmer und eine Vertretung im Stiftungsrat nicht vorsieht und nicht alle Kassen unter die Vorschriften des Fabrikgesetzes fallen, haben in einigen Kantonen die Steuerbehörden eingegriffen. So schreiben z. B. die Steuerbehörden der Kantone Bern und Solothurn die Vertretung der Destinatäre im Stiftungsrat vor⁷.

Der oben zitierte Artikel 673 OR und der ähnlich lautende Artikel 862 OR haben das private Fürsorgewesen nur summarisch geregelt⁸. Die Motion Keller und vor allem die Motion Gitermann in den Jahren 1942 und 1945 verlangten eine eindeutige Klarstellung⁹. Seither sind sowohl auf Veranlassung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, als auch von Bundesseite aus verschiedene Vorstösse gemacht worden¹⁰, die sich nun in einem neuen Gesetzesentwurf manifestiert haben.

b) Der neue Gesetzesentwurf

Am 18. September 1957 wurde im Ständerat mit 35 zu 0 Stimmen das folgende Bundesgesetz angenommen, das in das Dienstvertragsrecht und in das Stiftungsrecht einige zusätzliche Bestimmungen aufnimmt¹¹.

Der neue Artikel 343 OR erhält folgende Fassung:

„Werden vom Dienstherrn zugunsten seiner Dienstpflichtigen oder ihrer Rechtsnachfolger Vermögensteile zu Wohlfahrtszwecken erkennbar gewidmet, so sind sie aus seinem Vermögen auszuscheiden

7) Vgl. Schweiz. Pensionskassenstatistik 1941/42, S. 20.

8) Vgl. Wolfhart F. Bürgi: Zu den neuen Bestimmungen im Dienstvertrags- und Stiftungsrecht, in Schweiz. Zeitschrift für Sozialversicherung, 1. Jg. Heft 2, Bern 1957, S. 141 ff.

9) Vgl. Hans Gerold Wirz a. a. O., S. 120/21.

10) Vgl. Personalfürsorge a. a. O., Nrn. 1/2, 1955, S. 20.

11) Vgl. NZZ Nr. 2644 vom 18. 9. 1957.

und an eine Stiftung oder Genossenschaft zu übertragen, sofern sie nicht von geringer Bedeutung sind.

Der Dienstherr hat dem Dienstpflichtigen über die Rechtsansprüche, die ihm zufolge einer solchen Widmung zustehen, den erforderlichen Aufschluss zu erteilen. Entrichtet auch der Dienstpflichtige Beiträge an die Stiftung oder Genossenschaft, so ist ihm bei Auflösung des Dienstverhältnisses mindestens die Summe der von ihm geleisteten Beiträge herauszugeben, sofern er nicht nach den massgeblichen Bestimmungen in den Genuss der Wohlfahrts-einrichtungen gelangt oder namentlich durch Deckung eines Risikos bereits gelangt ist.“

Die Absätze 2, 3 und 4 der Artikel 673 und 862 werden aufgehoben. Der neue Artikel 89bis ZGB wird wie folgt stipuliert:

„Für Wohlfahrtsstiftungen, die gemäss Artikel 343bis des Obligationenrechts errichtet worden sind, gelten überdies noch folgende Bestimmungen:

Die Stiftungsorgane haben den Begünstigten über die Organisation, die Tätigkeit und die Vermögenslage der Stiftung den erforderlichen Aufschluss zu erteilen. Entrichten auch die Dienstpflichtigen Beiträge an die Stiftung, so sind sie an der Verwaltung wenigstens nach Massgabe dieser Beiträge zu beteiligen. Die Dienstpflichtigen haben ihre Vertreter in der Regel aus dem Personal zu wählen.

Das Stiftungsvermögen darf in der Regel in dem den Beiträgen der Dienstpflichtigen entsprechenden Verhältnis nicht in einer Forderung an den Dienstherrn bestehen, es sei denn, diese werde sichergestellt.

Die Begünstigten können auf Ausrichtung von Leistungen der Stiftung klagen, wenn sie Beiträge an diese entrichtet haben oder wenn ihnen nach den Stiftungsbestimmungen ein Rechtsanspruch auf Leistungen zusteht.“

Die Absätze III und IV des Gesetzes haben folgenden Wortlaut:

„Sind Vermögensteile, die unter Artikel 343bis des Obligationenrechts fallen, beim Inkrafttreten dieses Gesetzes nicht auf eine Stiftung oder Genossenschaft übertragen, so hat dies binnen fünf Jahren zu geschehen. Beim Inkrafttreten dieses Gesetzes bestehende Wohlfahrtsstiftungen für das Personal haben binnen einer Frist von fünf Jahren ihre Bestimmungen an Artikel 89bis ZGB anzupassen.

Soweit die Anlage des Stiftungsvermögens dem Absatz 4 des Artikels 89bis ZGB nicht entspricht, ist sie binnen fünf Jahren dieser Bestimmung anzupassen.

Der Bundesrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes.“

Das neue Gesetz kann als eine Bestätigung und gesetzliche Verankerung der in der Praxis bereits weitgehend verwirklichten, fast selbstverständlichen Sicherungen zugunsten der Arbeitnehmer resp. der Kassenmitglieder aufgefasst werden.

Das Recht auf Rückerstattung der vom Arbeitnehmer geleisteten Beiträge bei Auflösung des Dienstverhältnisses, wenn er nicht in den Genuss der Wohlfahrtseinrichtung gelangt, wie auch das Auskunftsrecht entsprechen einem allgemeinen Rechtsempfinden.

Gesetzlich verankert und für alle Kassen, die Beiträge der Mitglieder vorsehen, verbindlich, ist nun auch das Recht der Dienstpflichtigen nach Massgabe ihrer eigenen Beiträge an der Verwaltung teilzunehmen. Diese Vorschrift wird verschiedentlich neu durchgesetzt werden müssen. Nach meinen Untersuchungen haben diejenigen Firmen, die eine Vertretung der Destinatäre in der Pensionskassenverwaltung vorsehen, damit sehr gute Erfahrungen gemacht, während ich auch der Meinung begegnet bin, dass auf diesem Wege eine kalte Sozialisierung angestrebt werden könnte, besonders dort, wo ein bedeutender Teil des Stiftungsvermögens in der Unternehmung angelegt ist.

Durch Gesetz geregelt ist nun auch die Frage der Anlage des Stiftungsvermögens in der Firma. Bis jetzt haben verschiedene Kantone auf möglichst ganze Ausscheidung gepocht. Die jetzige Regelung ist schon unter dem Gesichtspunkt der weiteren Gebefreudigkeit der Unternehmung wichtig, schafft sie doch die psychologischen und technischen Voraussetzungen dazu. Zwangsmässige wirtschaftliche Ausscheidung¹² des ganzen Stiftungsvermögens müsste insbesondere in Zeiten der Geldknappheit die Spendebereitschaft mittlerer und schwächerer Betriebe hemmen. Auch für die Grossindustrie wäre die Herausnahme der Wohlfahrtsgelder, die in einzelnen Fällen mehr als 20 Millionen Franken betragen, kein einfaches Problem. Zum Schluss sei noch darauf hingewiesen, dass die Bestimmungen, die bisher nur für Kapitalgesellschaften und Genossenschaften galten, auf alle Personengesellschaften ausgedehnt wurden.

Mit diesem Gesetz¹³ ist eine langandauernde Unsicherheit in der Personalfürsorge beendet worden, ohne dass schwerwiegende Anpassungsprobleme zu erwarten sind. Der freiheitliche Geist, der auch dem neuen Gesetz innewohnt, lässt eine weitere starke Ent-

12) Im Gegensatz zu der rechtlichen Verselbständigung.

13) Dieses Gesetz trat am 1. Juli 1958 mit einigen unwesentlichen Abänderungen in Kraft, nachdem die Referendumsfrist am 25. Juni 1958 unbenützt abgelaufen war.

wicklung der privaten Pensionskassen und der Personalwohlfahrt im allgemeinen wahrscheinlich sein.

2. Die Beaufsichtigung

So wenig wie für die Pensionskassen eine eigene Rechtsform geschaffen wurde, so wenig besteht eine allgemein zuständige Aufsichtsbehörde. Je nach der Rechtsform der Kasse befassen sich verschiedene Instanzen damit.

Für die privaten Pensionskassen sind ausschliesslich kantonale Stellen massgebend. Es sind dies die Fabrikkassenaufsicht, die Stiftungsaufsicht und die steueramtliche Kontrolle¹⁴. Das BG betr. die Arbeit in den Fabriken vom 18. Juni 1914¹⁵ beschränkt die Aufsicht des Kantons auf Versicherungseinrichtungen, die von den Arbeitern Beiträge erhalten. Die Kantonsregierung muss die Statuten der betrieblichen Versicherungseinrichtungen genehmigen und kann Sicherstellung des Vermögens verlangen; bei Auflösung der Einrichtung überwacht sie die statutengemässe Verwendung. Da die meisten Kassen in die Form der Stiftung gekleidet sind, kommt der Stiftungsaufsicht das Primat zu. Ihre eigentliche Aufgabe besteht in der Sorge für die stiftungsgemässe Verwendung des Vermögens.

Die Aufsicht der kantonalen Steuerverwaltungen erstreckt sich auf die Prüfung der Voraussetzungen zur steuerlichen Privilegierung und auf die Überwachung der Verwaltung sowie auf die zweckgemässe Verwendung der steuerlich privilegierten Gelder¹⁶.

Die Kompetenzen dieser drei Aufsichtsbehörden greifen teilweise ineinander. In einigen Kantonen besteht eine Zusammenarbeit zwischen Stiftungsaufsichtsbehörden und Steuerverwaltungen; in anderen erfolgt eine gelegentliche Fühlungnahme in bestimmten Fällen. So wird beispielsweise das Steuerrecht nicht selten dazu benützt, Forderungen der Stiftungsaufsichtsbehörden durchzusetzen. Nur zwei Kantone, Genf und Thurgau, vereinigen die steuerrechtliche und die Stiftungsaufsicht. Die Doppelspurigkeit der Aufsicht ist auf die bestehenden Rechtsgrundlagen zurückzuführen. Für Genossenschaften und rechtlich unverselbständigte Pensionskassen besteht ausser der Steuerverwaltung keine Aufsichtsbehörde. Die Aufsichtsfunktion der Steuerbehörden hat sich denn auch daraus speziell ergeben.

14) Vgl. Hans Gerold Wirz a. a. O., S. 182 ff.

15) Vgl. Amtliche Sammlung der BG, 30. Bd., S. 535 ff.

16) Vgl. Hans Gerold Wirz a. a. O., S. 193 ff.

Das Fehlen einer einheitlichen Rechtsform für Pensionskassen und die daraus folgende verschiedenartige Behandlung von gleichartigen Einrichtungen hat eine überflüssige und hemmende Komplikation zur Folge. Zudem entspricht weder die Form der Stiftung noch diejenige der Genossenschaft dem Zweck einer Pensionskasse.

3. Die Stellung gegenüber der Eidgenössischen AHV

Das AHV-Gesetz vom 20. Dezember 1946 beschränkte sich auf zwei Methoden der Berücksichtigung der bereits bestehenden privaten Versicherungseinrichtungen bei der AHV, der Anerkennung und der Nicht-Anerkennung¹⁷.

Die Anerkennung der Kasse hat zur Folge, dass zwischen die AHV und den Versicherten die betriebliche Institution als Rechtsträger eingeschoben wird. Die gesetzlichen Beiträge werden nicht mehr unmittelbar vom Versicherten und seinem Arbeitgeber, sondern von der Pensionskasse an die AHV erbracht. Umgekehrt kommt auch nicht der einzelne Versicherte in den Genuss der AHV-Renten, sondern die Kasse. Die Anerkennung darf aber nur zugelassen werden, wenn die Kasse auf dem von ihr erfassten Einkommen Prämien erhebt und diese mindestens den Beiträgen an die AHV entsprechen. Die Leistungen sollen grundsätzlich den Renten, auf welche die Versicherungseinrichtung nach Gesetz für den einzelnen Versicherten Anspruch hat, zum mindesten entsprechen.

Die Nichtanerkennung belässt der Kasse ihre volle Selbständigkeit. Die Mitglieder sind dann sowohl der betrieblichen Pensionskasse als auch der AHV angeschlossen. Die Abrechnung erfolgt vollkommen unabhängig voneinander. Es liegt also praktisch eine Doppel- oder Zusatzversicherung vor.

Von der Möglichkeit der Anerkennung haben nur ganz wenige Pensionskassen Gebrauch gemacht.

17) Vgl. W. F. Bürgi: Der Wohlfahrtsfonds privatwirtschaftlicher Unternehmungen im schweizerischen Recht, Zürich und St. Gallen 1950, S. 77 ff.

III. BEURTEILUNG

7. Kapitel

Die Wahl der Grundlagen

In diesem Kapitel sollen die Voraussetzungen für die Anwendung der im zweiten Teil dargestellten Systeme untersucht und daraus für die autonomen Kassen die Schlüsse gezogen werden. Die Darstellung der Verhältnisse in der Schweiz begegnete ausserordentlichen Schwierigkeiten. Seit der Veröffentlichung der Schweizerischen Pensionskassenstatistik 1941/42, die in vielen Teilen überholt ist, liegen keine neueren Unterlagen vor. Die neue Erhebung 1955/56 ist noch nicht abgeschlossen, so dass von dieser Statistik erst provisorische Ergebnisse erhältlich waren, die teilweise auf Schätzungen beruhen. Die Statistik über die Personalwohlfahrtsstiftungen 1952, die das Justizdepartement für den Kanton Basel-Stadt durchgeführt hat, vermittelte mir wertvolle Hinweise. Schliesslich konnte ich in einige Pensionskassen selbst Einsicht nehmen, wobei ich jedoch auf Wunsch der betreffenden Firmen die Ergebnisse meiner Untersuchungen ohne Nennung der Kassen aufführe.

1. Die Bestimmungsgründe

a) Der Personalbestand

Für eine autonome Pensionskasse müssen in erster Linie zwei Bedingungen erfüllt sein: Eine minimale Grösse des Personalbestandes und ein mehr oder weniger dauerhaftes Mitgliederverhältnis. Die zweite Voraussetzung braucht keine weitere Erklärung. Für ein öfters wechselndes Personal ist die betriebliche Pensionskasse nicht die geeignete Form der Altersversicherung. Hier tritt vielmehr die Verbandsversicherung oder die Einzelversicherung bei einer konzessionierten Lebensversicherungsgesellschaft als einzig mögliche Art der Vorsorge in die Bresche.

Die autonome Pensionskasse muss den Ausgleich der Risiken im eigenen Bestand finden. Das setzt aber einen so grossen Mit-

gliederbestand voraus, dass der Zufall nach Möglichkeit ausgeschaltet wird. Die Anwendung von fremden Wahrscheinlichkeitstafeln, die aus vielen Tausenden hergeleitet worden sind, auf eine kleine Gruppe ist ein höchst problematisches Verfahren, das die finanzielle Basis einer Kasse in kürzester Zeit in Frage stellen kann¹. Die Meinungen über den minimalen Bestand, der einen grösstmöglichen Risikenausgleich erlaubt, gehen weit auseinander. Eine Angleichung der Erfahrungswerte an die Wahrscheinlichkeitstabellen wird zweifellos erst bei einer Mitgliederzahl von mehreren Hundert der Fall sein. Auch dann noch können aber bedeutende Unterschiede durch die Zusammensetzung der Versicherten auftreten.

Die enge Verbindung zwischen Unternehmen und Pensionskasse, die sich darin manifestiert, dass die private Pensionskasse trotz dem rechtlichen Eigenleben im weiteren Sinn als Dienstzweig des Betriebes besteht, bedingt, dass dieser im Rahmen seiner Möglichkeiten die Verantwortung für den finanziellen Stand der Kasse trägt. Diese Bestimmung wird zwar in keinen Statuten zu finden sein, doch trägt die Praxis diesem Prinzip weitgehend Rechnung. Die Fälle sind sehr häufig, wo aus dem Reingewinn nebst den statutarisch festgesetzten Arbeitgeberbeiträgen Vergabungen an die Pensionskassen gemacht werden, um Reserven für unvorhergesehene Belastungen zu schaffen oder um ein bestehendes versicherungstechnisches Defizit zu verringern.

Bei finanziell starken Firmen scheint mir die Gefahr deshalb gering, die sich durch einen ungenügenden Risikoausgleich bei einem kleineren Bestand für die Kasse ergibt. Eine Möglichkeit zum Risikoausgleich bei kleinen Kassen ist im Zusammenschluss mehrerer Kassen gegeben, wie das Beispiel der schweizerischen Elektrizitätswerke zeigt.

Die folgende Tabelle zeigt deutlich, dass in der Praxis autonome Kassen bei grösseren Personalbeständen die Regel sind, während für kleine Bestände die Gruppen- und Rückversicherungen überwiegen.

1941 hielten sich die autonomen Kassen bei einem Mitgliederbestand zwischen 21 und 50 die Waage mit den Gruppen- und Rückversicherungen. Während nur 37 % der autonomen Kassen 50 und weniger Mitglieder aufweisen, sind es bei den Gruppen- und Rückversicherungen bereits 84 %.

1) Siehe dazu auch: Guido Nonella: Die Gruppenversicherung als Personalfürsorge-Einrichtung, Diss. rer. pol. Bern 1950.

Versicherungseinrichtungen nach der Zahl der Aktivmitglieder ²

Zahl der Aktivmitglieder	Absolute Zahlen		Prozentverteilung	
	Autonome Kassen	Gruppen- und Rückversicherungen	Autonome Kassen	Gruppen- und Rückversicherungen
0 ³	12	21	2	1
1—10	67	683	10	47
11—20	46	269	7	18
21—50	117	264	18	18
51—100	128	125	19	8
101—200	96	55	15	4
201—500	96	38	15	3
501—1 000	53	9	8	1
1 001—2 000	24	2	4	0
2 001—5 000	14	—	2	—
5 001—10 000	2	—	0	—
10 001—20 000	—	—	—	—
20 000 und mehr	2	—	0	—
Zusammen	657	1466	100	100

b) Die Wahl der Finanzierungssysteme

Wir haben als mögliche Finanzierungssysteme für autonome Kassen das Kapitaldeckungs-, das Umlage- und verschiedene Arten von gemischten Verfahren erklärt. Der Wahl des Deckungssystems kommt insofern besondere Bedeutung zu, als die Sicherheit der Auszahlung der Leistungen bei Eintritt des versicherten Risikos vom System direkt abhängig ist. Sollte eine Kasse z. B. infolge Liquidation einer Firma aufgelöst werden müssen, so wären beim Umlageverfahren weder die Weiterzahlung der Renten an die Pensionierten noch eine Abfindung an die aktiven Mitglieder möglich, da die Mittel hiezu jeweils direkt von den aktiven Arbeitnehmern aufgebracht werden. Beim Deckungskapitalverfahren müssen die Reserven zum mindesten nominell vorhanden sein.

Ein reines Umlageverfahren scheint mir aus den obigen Gründen überall dort nicht angebracht, wo mit grossen, vor allem konjunkturbedingten Schwankungen im Personalbestand gerechnet werden muss oder wo keine absolute Gewähr für eine dauerhafte Weiterexistenz der Unternehmung besteht. Offensichtlich steht aber jede private Firma vor dem Risiko einer späteren Liquidation oder doch der Möglichkeit, dass sie bei Umschichtung der wirt-

2) Vgl. Schweiz. Pensionskassenstatistik 1941/42, S. 44.

3) Kassen ohne Aktivmitglieder, nur Rentenbezüger.

schaftlichen oder politischen Verhältnisse zur Bedeutungslosigkeit herabsinkt. Erwähnt seien die möglichen Auswirkungen, die sich durch die industrielle Verwertung der Atomenergie oder durch einen politischen Zusammenschluss Europas ergeben könnten. Eine nominelle Reserve sollte deshalb bei jeder privaten Pensionskasse vorhanden sein. Nach Ansicht von Saxer⁴ sollte eine Pensionskasse jederzeit in der Lage sein, die von den Versicherten bezahlten Prämien und Einlagen, evtl. unter Zuschlag eines einfachen Zinses, zuzüglich das nach vorsichtigen Grundsätzen berechnete Deckungskapital für die laufenden Renten und die Anwartschaft der Rentner auf Hinterbliebenenschutz auszuzahlen.

Beim Kapitaldeckungsverfahren⁵ sind die Arbeitgeberbeiträge in festen Prozentsätzen der gesamten Lohnsumme festgelegt. Sie verändern sich also proportional zu dieser. Beim Umlageverfahren hingegen werden die Leistungen laufend aufgebracht. Verkleinert sich der Personalbestand aus irgendeinem Grunde, so erhöht sich bei vorerst gleichbleibendem Gesamtaufwand an Kassenleistungen die relative Belastung. Normalerweise dürfte bei zurückgehendem Personalbestand die Leistungsfähigkeit des Unternehmens eher abnehmen. Auch unter diesem Gesichtspunkt müssen wir einer Reservenbildung zustimmen.

Für die Durchführung stellt sich die Frage: Soll das Deckungskapitalverfahren von Anfang an verlangt oder soll es das schliessliche Ziel der Kasse sein? In der Praxis findet weitgehend das gemischte Verfahren Anwendung. Da die meisten Kassen noch jüngeren Datums sind und trotzdem der Wunsch besteht, den Pensionierten angemessene Leistungen auszurichten, blieb in vielen Fällen gar kein anderer Weg. Die Zusammengehörigkeit von Unternehmung und Pensionskasse lassen dieses Vorgehen um so mehr verantworten, als jede Firma, die eine solche Einrichtung gründet, daran interessiert sein muss, dass dieser eine gesunde finanzielle Grundlage gegeben wird.

Die Ansichten über die Deckungsgrundsätze sind jedoch sehr geteilt⁶. Von Versicherungsmathematikern wird immer wieder

4) Vgl. W. Saxer a. a. O., S. 230.

5) In den folgenden Ausführungen verstehen wir darunter nur das Prämiendeckungsverfahren. Die Anspruchsdeckung hat für die Schweiz fast keine Bedeutung.

6) Vgl. W. Grütter: Die Deckungsfrage in der privaten und in der öffentlichen Versicherung, in Mitteilungen der Vereinigung schweiz. Versicherungsmathematiker, Bern, 50. Bd., Heft 1, S. 25, und Walter Saxer, gleicher Titel, eine Entgegnung, S. 35.

die Ansicht vertreten, dass eine private Pensionskasse ein selbständiges und unabhängiges Gebilde darstelle, so dass in erster Linie auf vollständige Deckung gepocht werden müsse, selbst auf Kosten der Leistungen. Sollte diese Ansicht auch von den staatlichen Aufsichtsbehörden geteilt werden, so würden sich die Konsequenzen in erster Linie in einer Kürzung der Leistungen an die Rentenbezüger manifestieren. Auch auf die Errichtung neuer Kassen könnte eine solche Einstellung nicht gerade fördernd wirken.

Der Aufbau einer betrieblichen Pensionskasse verlangt enorme Mittel und kann normalerweise erst im Laufe vieler Jahre verwirklicht werden. Wenn anfangs ein gemischtes Verfahren, das weitgehend auf dem Umlageprinzip aufgebaut ist, zur Anwendung kommt, darf das nicht übertriebene Kritik auslösen, um so mehr, als dadurch bereits an austretende Arbeitnehmer von Anfang an Leistungen erbracht werden können. Es ist wohl besser, überhaupt eine Pensionskasse zu haben, auch wenn diese erst im Laufe der Jahre auf die volle Deckung gebracht werden kann, als gar keine. Die bisherige Entwicklung zeigt, dass sich die meisten heute gut fundierten Pensionskassen aus kleinen Anfängen heraus entwickelt haben, wobei die versicherungsmässigen Deckungsprinzipien erst im Laufe vieler Jahre erreicht werden konnten. Viele davon sind aus einem Wohlfahrtsfonds herausgewachsen, was den Vorteil hatte, dass bereits bei der Gründung der Kasse auf ein bestehendes Kapital gegriffen werden konnte.

Beim Kapitaldeckungsverfahren muss schon hier auf ein wichtiges Problem aufmerksam gemacht werden. Die Bildung von Reserven hat ausschliesslich den Zweck, die Auszahlung der versicherten Leistungen in einer fernen Zukunft zu garantieren. Dieses System wird also vor allem aus Sicherheitsgründen angewandt, damit die Leistungen unabhängig von den wirtschaftlichen Geschehnissen, insbesondere unabhängig vom Schicksal der Firma gewährt werden können. Diese Sicherheit ist jedoch nur vorhanden, wenn auch die Basis sicher ist, nämlich der Geldwert. Wir werden im nächsten Kapitel diese Probleme eingehend untersuchen und daraus für die Anlage der Deckungskapitalien die Schlüsse ziehen.

2. Darstellung der Verhältnisse

a) Die Verteilung auf die diversen Systeme

Die Verteilung auf die verschiedenen Institutionen für die Jahre 1941 und 1955 ist in der folgenden Tabelle dargestellt. Ich

möchte nochmals betonen, dass es sich bei den Zahlen für 1955 um vorläufige Ergebnisse der Erhebung des Eidgenössischen Statistischen Amtes handelt, die teilweise auf Schätzungen beruhen.

Art der Institution	Statistik 1941/42 ⁷	Schätzung 1955/56 ⁸
Autonome Kassen	460	970
Gruppen-Rückversicherung	1 316	3 760
Spareinlegerkassen	340	?
Wohlfahrtsfonds	1 007	?
Ruhegehaltsordnung	161	?

Die vorliegende Tabelle erfasst die Institutionen der privaten und gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen. Seit 1941 ist ein starkes Anwachsen festzustellen. Über die Entwicklung der Fürsorgeeinrichtungen liegen keine neueren Zahlen vor, doch darf auch hier mit einer starken Zunahme gerechnet werden. Allein in den Jahren 1942 bis 1946 wurden nahezu 2000 Versicherungs- und Fürsorgeeinrichtungen für das Personal neugegründet ⁹. Bei einem Teil der Neugründungen handelt es sich allerdings um bereits bestehende Wohlfahrtseinrichtungen, die unter dem Druck des Steuerrechts in eine eigene juristische Form überführt worden sind.

Einen interessanten Einblick gewährt die Unterteilung dieser Institutionen in Berufsgruppen. Sie bestätigt z. B. unsere Annahme, dass die Bedeutung der privaten Pensionskassen für die Landwirtschaft gleich Null ist ¹⁰. Die in dieser Tabelle aufgeführten Gruppenversicherungen wurden nicht von bäuerlichen Heimwesen im engeren Sinne, sondern von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und einer Geflügelfarm für ihre Angestellten abgeschlossen.

Industrie und Handwerk beschäftigten 1941 rund 43 % aller Berufstätigen. Ungefähr die Hälfte aller Unternehmungen mit Versicherungs- und Fürsorgeeinrichtungen entfielen denn auch auf diese grösste Erwerbsklasse, wobei die Metall- und Maschinenindustrie mit 75 autonomen Kassen, 147 Gruppen- und Rückversicherungen an erster Stelle stand, gefolgt von der Textilindustrie mit 76 autonomen, 109 Gruppen- und Rückversicherungs- und 198 Fürsorgekassen. Eine besonders niedrige Besetzung fällt

7) Vgl. Schweiz. Pensionskassenstatistik 1941/42 a. a. O., S. 184 u. 185.

8) Quelle: Provisorische Ergebnisse der Schweiz. Pensionskassenstatistik 1955/56, Bern September 1957, S. 4.

9) Vgl. Schweiz. Pensionskassenstatistik 1941/42 a. a. O., S. 100.

10) Vgl. S. 10.

Die Verteilung der Institutionen auf die Berufsgruppen ¹¹

	Autonome Kasse		Gruppen- und Rückvers.	Spar- einleger- kassen	Wohl- fahrts- fonds	Ruhe- gehalts- ordnungen
	mit Bilanz	ohne Bilanz				
Landwirtschaft,						
Gartenbau	—	—	3	—	—	—
Bergbau,						
Steinbruch	1	—	3	—	1	—
Industrie,						
Handwerk	153	134	613	138	659	112
Handel, Bank,						
Versicherungen	68	31	420	113	246	31
Gastgewerbe	—	1	13	3	10	—
Verkehr	22	2	81	44	28	5
Übrige Erwerbe	22	16	152	37	38	9
Anstalten	5	5	31	5	25	4
	271	189	1316	340	1007	161

im Baugewerbe auf, was weitgehend durch den saisonalen Charakter dieses Gewerbes und dem damit verbundenen häufigen Arbeiterwechsel erklärt werden kann. Bei der Gruppe Handel, Bank, Versicherung entfallen etwa zwei Drittel aller Einrichtungen auf die Firmen des Gross- und Kleinhandels. Die 619 Handelsunternehmen besaßen nur 35 autonome Kassen, dagegen 267 Gruppen- und Rückversicherungen und 285 Fürsorgeeinrichtungen.

Bei der Betrachtung der beiden Tabellen nehmen die autonomen Kassen im Vergleich zu den Gruppen- und Rückversicherungen einen bescheidenen Platz ein. Das erklärt sich aus der Tatsache, dass die autonomen Kassen im allgemeinen einen bedeutend grösseren Mitgliederbestand aufweisen als jene. Ein richtiges Bild kann erst beim Vergleich der aktiven Mitgliederbestände gewonnen werden.

b) Die Verteilung der Aktivmitglieder auf die Institutionen

Institutionen	Statistik 1941/42 ¹²	Schätzung 1955/56 ¹³
Autonome Kassen	124 053	220 000
Gruppen- und Rückvers.	50 455	122 400
Total bei privaten und gemischtwirtschaftl. Kassen	174 508	342 400

¹¹⁾ Zusammengestellt auf Grund der Tabellen S. 184 Schweiz. Pensionskassenstatistik 1941/42.

Die überragende Bedeutung der autonomen Pensionskassen tritt aus dieser Aufstellung deutlich hervor. Dass sich der aktive Mitgliederbestand seit 1941 fast verdoppelt hat, zeigt, wie sehr diese Einrichtungen an Bedeutung gewinnen, obschon seit 1948 eine eidgenössische Alters- und Hinterbliebenenversicherung besteht.

Einen interessanten Hinweis auf die Entwicklung der privaten Pensionskassen und Fürsorgeeinrichtungen gibt die Zunahme der Stiftungen seit 1941. Dabei ist zu beachten, dass etwa $\frac{4}{5}$ aller Stiftungen der Personalwohlfahrt dienen¹⁴. Von 2567 stiegen die Stiftungen auf die Zahl von 8777 im Jahre 1954.

c) Die Mittel der autonomen Kassen

Das gesamte Deckungskapital der autonomen Kassen der privaten, gemischtwirtschaftlichen und öffentlichen Unternehmen und Körperschaften betrug im Jahre 1941 die Summe von 2 306 838 000 Franken. Nach den Schätzungen des Eidgenössischen Statistischen Amtes haben die vorhandenen Mittel der autonomen Kassen bis Ende 1949 auf 3 764 Millionen Franken zugenommen. Professor Christian Gasser hält diese Schätzung als zu tief gegriffen¹⁵. Obschon in der Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit weitgehend Gewinne aus dieser Periode zur Neugründung und zur Stärkung bereits bestehender Kassen dienten, kann damit gerechnet werden, dass sich die Mittel seit 1941 mindestens verdoppelt haben.

Bei den aufgeführten Zahlen sind auch die Deckungskapitalien der öffentlichen Kassen inbegriffen. Zur Verdeutlichung sind in der folgenden Tabelle die Deckungskapitalien unterteilt aufgeführt und gleichzeitig für das Jahr 1941 die vorhandenen Mittel pro versicherte Person dargestellt.

12) Aus Tabelle 10, S. 21, Schweiz. Pensionskassenstatistik 1941/42 a. a. O. zusammengestellt.

13) Quelle: Provisorische Ergebnisse der Schweiz. Pensionskassenstatistik 1955/56, a. a. O. S. 4.

14) Vgl. Hans Gerold Wirz a. a. O. S. 17/18 und Dietegen Aebli, a. a. O. S. 620 ff.

15) Vgl. Gasser Christian und Meyer Werner: Der schweizerische Kapitalmarkt, Zürich und St. Gallen 1952, 1. Teil, S. 76.

*Die Deckungskapitalien der autonomen Kassen im Jahre 1941*¹⁶

Institutionen	Total für Kassen		pro versicherte Person	
	mit Bilanz	ohne Bilanz	mit Bilanz	ohne Bilanz
Öffentliche	1 332 656	13 440	8 236	1 473
Gemischtwirtsch.	204 676	105	15 312	2 395
Private	649 609	106 352	8 313	2 138

Der unterschiedliche Versicherungsschutz zwischen bilanzierten und nicht bilanzierten Kassen tritt in dieser Tabelle deutlich vor Augen. Die Deckungskapitalien der privaten und gemischtwirtschaftlichen Institutionen pro versicherte Person sind im Durchschnitt bedeutend höher, als jene des Bundes, hingegen sind die Kassen der Gemeinden und internationalen Ämter sehr stark dotiert. Die hohe Totalsumme der Deckungskapitalien der öffentlichen Kassen überrascht. Sie zeigt aber lediglich, dass 1941 die öffentlichen Kassen bedeutend grössere Bestände aufweisen. Die Zweckmässigkeit der Anhäufung von derart grossen Deckungskapitalien durch öffentliche Kassen soll hier nicht in Frage gestellt werden¹⁷.

Die umfangreichsten Deckungsmittel standen den bilanzierten Kassen der chemischen Industrie, gefolgt von den Banken, zur Verfügung. In den Erwerbszweigen der Textilindustrie, der Metall- und Maschinenindustrie und in der Uhrenindustrie waren die kleinsten Durchschnittswerte feststellbar. Verschiedene Gründe bestärken die Annahme, dass sich seit 1941 die Pensionskassen in jenen Branchen am meisten entwickelt haben, wo 1941 die durchschnittlichen Deckungswerte noch sehr bescheiden waren und welche Anteil am konjunkturellen Aufschwung hatten. So hat die Uhrenindustrie, die 1941 zwar schon viele aber unbedeutende Kassen aufwies, diese stark ausgebaut. Auch für die gesamte Metall- und Maschinenindustrie können ähnliche Folgerungen aus der Entwicklung des Sozialaufwandes dieses Wirtschaftszweiges gezogen werden¹⁸.

Im Jahre 1941/42 waren rund ein Viertel der schweizerischen Arbeitnehmer (ohne Land- und Forstwirtschaft) einer Pensionskasse angeschlossen¹⁹. Bei den öffentlichen Körperschaften gehörten

16) Zusammengestellt aus den Tafeln 46* und 47*, S. 56/57 der Schweiz. Pensionskassenstatistik 1941/42 a. a. O.

17) Siehe dazu: Grütter W. und Saxer Walter a. a. O.

18) Vgl. Tabelle auf S. 620 ff. im Hb der Schweiz. Volkswirtschaft, 2. Ausgabe 1955.

19) Vgl. Willy Grütter a. a. O.

rund zwei Drittel, in der Privatwirtschaft dagegen nur etwa ein Sechstel aller Arbeitnehmer einer Pensionskasse an. Die seitherige Zunahme hat sich zum grösseren Teil bei der Privatwirtschaft ausgewirkt. Der ausserordentlich hohe Beschäftigungsgrad in der Schweiz hat die Personalfürsorge zu einem Instrument der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt gemacht, so dass ein Unternehmen, das für sein Personal keine Vorsorge trifft, bei der Anwerbung ins Hintertreffen gerät.

3. Die Personalwohlfahrtsstiftungen des Kantons Basel-Stadt

Einen ausgezeichneten Einblick in die Verhältnisse konnte ich durch Einblick in die Statistik, die das Justizdepartement des Kantons Basel-Stadt in seiner Eigenschaft als Stiftungsaufsichtsbehörde für das Jahr 1952 durchführte, erhalten. Die nebenstehende Tabelle gibt die Totalergebnisse wieder. Da nur ein verschwindend kleiner Teil der Kassen nicht die Form der Stiftung aufweist, ist in der vorliegenden Aufstellung der grösste Teil der privaten und öffentlichen Pensionskassen enthalten. Daneben enthalten sie aber auch sämtliche Wohlfahrtsfonds und sonstigen Personalwohlfahrtseinrichtungen in der Form der Stiftung. Es zeigt sich aber bei der Prüfung der Ausgaben, dass die Rentenleistungen bei weitem überwiegen.

Interessant ist für unsere Betrachtung das Verhältnis der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerbeiträge zueinander. Die Zuweisungen der Unternehmung betragen fast das Vierfache derjenigen der Arbeitnehmer. Stiftungsvermögen und Anzahl der Destinatäre ist überraschend gross. Ein Vergleich mit den betreffenden Zahlen für die gesamte Schweiz scheint mir jedoch nicht angebracht, da die Grundsätze der statistischen Erhebungen nicht die gleichen sind.

Nicht ganz ein Viertel der Deckungs- resp. Stiftungsgelder sind beim Unternehmen direkt angelegt. Wir werden später sehen, dass sich dieses Verhältnis auch gesamtschweizerisch betrachtet für das Jahr 1941 feststellen lässt.

Gesamthaft betrachtet, dürfte der Kanton Basel-Stadt in der Personalfürsorge in den vordersten Reihen figurieren. Schon 1941 wurden die höchsten Leistungen in Basel erbracht. Seither haben vor allem die Pensionskassen und Gruppenversicherungen stark zugenommen.

*Statistik über die Personalwohlfahrtsstiftungen des Kantons Basel-Stadt
per 31. 12. 1952²⁰*

Eigenversicherung und Wohlfahrtsfonds	339
Gruppenversicherung	233
Kombination beider Systeme	49
Stiftungsvermögen	Fr. 410 716 852
Deckungskapital bei Gruppenversicherung	Fr. 100 796 716
Deckungskapital, bei Firma angelegt	Fr. 92 882 126
Pensionierte, Witwen, Kinder	4 216
Gesamtzahl, Destinatäre	50 055

Einnahmen

Zuweisungen, Firma	Fr. 38 331 251
Prämien und Einkaufssummen, Arbeitnehmer	Fr. 10 639 316
Ertrag: Wertschriften, Liegenschaften etc.	Fr. 13 402 078
Sonstige Einnahmen	
Realisierte Kursgewinne	Fr. 159 467
Gewinnanteile der Versicherung	Fr. 645 008
Sonstige Einnahmen	Fr. 25 022
Kantine	Fr. 169 063 Fr. 998 560

Ausgaben

Pensionen, Witwen-, Waisenrenten, inkl. Teuerungszulagen	Fr. 13 043 555
Kapitalabfindungen, Unterstützungen	Fr. 1 074 000
Einmaleinlagen in Versicherung und Versicherungsprämien	Fr. 11 621 959
Sonstige Ausgaben	
Unterhalt von Immobilien	Fr. 135 060
Passivzinsen	Fr. 147 377
Realisierte Kursverluste	Fr. 2 237
Spesen	Fr. 150 522
Sonstige Ausgaben	Fr. 205 729 Fr. 640 925

4. Untersuchungen bei zehn privaten Pensionskassen

Bei zehn Firmen verschiedener Branchen konnte ich Einblick in die Pensionskassen nehmen und mir auf diese Weise ein Bild machen. Ich habe bei der Auswahl einen willkürlichen Querschnitt gewählt. Die Wahl beschränkte sich auf industrielle Unternehmungen mit vielen Arbeitern und wenig Angestellten oder um-

²⁰⁾ Ohne Genossenschaften und Vereine, Abrechnung 1951/52, 1952 oder 1952/53.

gekehrt, auf reine Verwaltungsbetriebe, auf grosse und mittlere Betriebe.

Von den zehn Firmen haben acht ihre Pensionskassen in die Form der Stiftung gekleidet, während in einem Fall eine Genossenschaft und einmal ein Genossenschaftsverband die Rechtsform bilden.

Nur fünf Betriebe haben eine einzige Pensionskasse für ihr Personal; die restlichen machen eine Trennung in Beamten- oder Angestelltenpensionskasse und in eine Arbeiterpensionskasse. Zudem bestehen nebst diesen als Angestellten- oder Arbeiterpensionskassen in Erscheinung tretenden Institutionen spezielle Fürsorgeeinrichtungen, die für Angestellte und Arbeiter in Betracht kommen, welche wegen ihres Gesundheitszustandes oder infolge vorgerückten Alters nicht mehr in die reguläre Pensionskasse aufgenommen werden können. Von den acht Firmen mit autonomen Kassen weisen fünf eine oder mehrere Spareinlegerkassen auf. Firma und Personal bezahlen darin die gleichen Beiträge wie in die Pensionskasse. In zwei Fällen ist die Spareinlegerkasse kombiniert mit einer sinkenden Todesfallversicherung. Zwei Kassen sind auf dem Prinzip der Gruppenversicherung aufgebaut.

Sämtliche untersuchten Pensionskassen versichern Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenrenten. Von den acht autonomen Kassen verlangen sieben Beiträge der Mitglieder und eine Kasse wird vom Unternehmen allein geäufnet. Die nachstehende Tabelle zeigt die Unterschiede deutlich auf.

Beiträge und Leistungen von acht autonomen Pensionskassen

Mitgliederbeiträge (in Gehaltsprozenten)	5%	5%	7%	5,5%	6%	6%	6%	—
Firmabeiträge	7%	10%	14% ²¹	8%	8%	7%	9%	frei-
Maximale								willig
Pensionsleistungen (in Prozenten des anrechenbaren Gehaltes)	60%	80%	80%	60%	50%	51%	70%	70%

Der Einfachheit halber sind in der vorstehenden Tabelle lediglich die maximalen Altersrenten als Vergleichsmassstab aufgeführt. Die Invalidenrenten decken sich im allgemeinen mit den Alterspensionen.

Diejenigen Kassen, die sowohl Arbeitnehmer- als auch Arbeitgeberbeiträge vorsehen, gewähren höhere Leistungen als jene Kasse,

21) Bis das versicherungstechnische Defizit ausgeglichen ist. Nachher verpflichtet sich die Firma nur zu 7%.

welche vom Unternehmen allein geöfnet wird. Die Kassen, die 80 % des anrechenbaren Gehaltes als maximale Alterspension gewähren, sind allerdings im Vergleich mit den gesamtschweizerischen Verhältnissen eine Seltenheit. Es handelt sich denn auch bei diesen in obiger Tabelle um Kassen von sehr finanzstarken Unternehmungen.

Alle untersuchten Institutionen verlangen bei Gehaltserhöhungen, mit Ausnahme der letztgenannten, einen zusätzlichen Beitrag vom Versicherten und der Firma. Er variiert für die Mitglieder von 25 bis 50 % der Besoldungserhöhung. Auch bei späterm Eintritt in einem Alter, das über einer festgesetzten Grenze liegt, wird ein sogenanntes Eintrittsgeld erhoben.

Der versicherungstechnische Zinsfuss variiert bei den einzelnen Kassen zwischen $2\frac{1}{2}$ und 4 %. Eine Firma garantiert den Zinsfuss von 4 %, d. h. sie übernimmt bei einer Minderrendite die Differenz auf ihre Kosten. Durch die Problematik, die sich auf Grund der gegenseitigen Abhängigkeit von Deckungskapital und Zinsfuss ergibt²², lassen sich die versicherungstechnischen Bilanzen nicht ohne weiteres miteinander vergleichen. Alle Kassen lassen versicherungstechnische Bilanzen erstellen, und zwar je nach den Vorschriften alle ein bis fünf Jahre. Bei einem versicherungstechnischen Defizit, das eine angegebene Grenze überschreitet, behalten sich alle autonomen Kassen das Recht vor, die Leistungen zu kürzen oder die Beiträge zu erhöhen. Eine der untersuchten Kassen musste im Laufe ihrer Geschichte die Leistungen infolge eines hohen Defizites der Kasse und zu einer Zeit, in der auch die Unternehmung keine rosigen Zeiten hatte, auch an bereits Pensionierte kürzen. Dies dürfte jedoch eine Ausnahme bilden. Die anderen Kassen konnten in der Hauptsache seit der Gründung ihre Leistungen und gleichzeitig die Deckungsmittel erhöhen. Diejenigen Kassen, in deren versicherungstechnische Bilanz ich einblicken konnte, weisen alle zum technischen Zinsfuss ein Defizit auf, das jedoch in keinem Falle untragbar ist. Bei einem tiefen versicherungstechnischen Zinsfuss kann zudem kaum von einem Defizit gesprochen werden.

Die Statuten der Pensionskasse, die vom Unternehmen allein geöfnet wird, schreiben vollständige Anlage der Deckungskapitalien beim Arbeitgeber vor, zwei Kassen sehen ausdrücklich die Anlage eines Teils des Deckungskapitals in der Firma vor, eine Institution lässt als Anlage Aktien schweizerischer Unternehmen und andere Sachwerte bis höchstens 10 % des Vermögens zu,

22) Vgl. S. 38/39.

während alle andern Statuten mündelsichere Anlagen oder andere erstklassige Werte, erste Hypotheken, Immobilien u. ä. vorschreiben.

8. Kapitel

Die Probleme in einer wechselnden Wirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der Anlage der Deckungskapitalien

Die privaten Pensionskassen haben in den letzten Jahren eine ungeahnte Entwicklung genommen und sind zu einem wichtigen Glied unserer Volkswirtschaft herangewachsen. Durch viele Bande sind sie direkt verbunden mit dem Schicksal unserer nationalen Wirtschaft. Die ungeheure Bedeutung und der Einfluss dieser Institutionen auf das wirtschaftliche Geschehen einerseits und ihre gegenseitige Abhängigkeit andererseits werfen neue Fragestellungen und Probleme auf, die zu Beginn dieser Entwicklung nicht voraussehbar waren. In diesem Kapitel sollen die Probleme einzelwirtschaftlich behandelt werden. Die Betrachtung unter gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten wird Aufgabe des folgenden Kapitels sein.

1. Die Probleme

a) Die Auswirkungen der konjunkturellen Schwankungen

Im fünften Kapitel wurden die technischen Grundlagen, auf denen die meisten privaten Pensionskassen aufgebaut sind, dargestellt. Es zeigt sich dabei, dass für die Berechnung der notwendigen Deckungskapitalien in der versicherungstechnischen Bilanz Konstanten angenommen werden, die in Wirklichkeit einer dauernden Veränderung unterworfen sind. Da aber jede Bilanz nur ein Momentbild oder in unserm Fall ein unter den heutigen Voraussetzungen entworfenes auf den heutigen Tag projiziertes Zukunftsbild darstellen kann, kann sie die wirtschaftlichen Veränderungen nicht berücksichtigen. Die versicherungstechnische Bilanz stellt deshalb kein absolut zuverlässiges Kriterium dar. Als Richtlinie für die Kasse möchte ich sie aber trotzdem befürworten. Ein starres Festhalten an den versicherungstechnischen Deckungsprinzipien kann sich direkt dem Sinn und Zweck einer

Pensionskasse entgegengesetzt auswirken. Das sei an folgender Darstellung gezeigt. In der Regel trägt der Arbeitgeber die Hauptlast der Beiträge an die Kasse. Die meisten dieser Einrichtungen sind zudem auf weitere freiwillige Beiträge der Firma angewiesen. Werden nun in Zeiten der Depression vermehrte Pensionierungen vorgenommen und ist es evtl. der Unternehmung infolge schlechten, durch den konjunkturellen Niedergang bedingten Geschäftsganges nicht mehr möglich, die Arbeitgeberbeiträge an die Kasse vollumfänglich vorzunehmen, so wird definitionsgemäss die versicherungstechnische Bilanz stark in Mitleidenschaft gezogen. Nach den Bestimmungen in vielen Statuten hat die Kasse die Möglichkeit, das versicherungstechnische Defizit durch Kürzung der Leistungen an die Pensionierten auszugleichen¹. Bei einer der von mir untersuchten Kassen wurde dieser Weg einmal beschritten.

Die beste Lösung wird darin liegen, dass die Konjunktur dazu genutzt wird, freie Reserven für die Pensionskassen zu schaffen, aus denen der Arbeitgeber und evtl. die Arbeitnehmer in der Depression die Beiträge entnehmen können². Dieser Weg wird neuerdings von verschiedenen Grossfirmen insofern beschritten, als sie eine allgemeine Dachstiftung gegründet haben. Dieser überweist die Firma ihre Beiträge nach Massgabe der Geschäftsergebnisse und die Dachstiftung wiederum leistet die statutarischen Firmabeiträge an die Pensionskasse.

Ein solches Vorgehen macht allerdings eine Revision der Steuerpolitik gewisser Kantone notwendig, welche die Arbeitgeberbeiträge an die Pensionskassen auf 10 % oder 15 % der gesamten Lohnsumme limitieren, während Zuwendungen, die diese Limite übersteigen, als Gewinn versteuert werden müssen. Es wird von keiner Unternehmung erwartet werden können, dass sie der Pensionskasse freiwillige Zuschüsse überweist, die sie zuerst als Gewinn versteuern muss. Andererseits darf aber auch denjenigen Stimmen, die eine vollkommene Trennung von Pensionskasse und Firma, d. h. eine freie Pensionsversicherung verlangen, kein Gehör geschenkt werden. Solche Postulate laufen der organischen Entstehungsgeschichte der privaten Pensionskassen in der Schweiz zuwider.

1) Es würde daraus sogar ein krisenverschärfender Einfluss resultieren, weil dadurch ein automatischer Stabilisator unwirksam gemacht würde. Vgl. S. 90 ff.

2) Stabilisierender Effekt durch Erhöhung der Konsumneigung, vgl. S. 92.

b) Die Zinsfluktuationen

Die gegenseitige Wirkung der Veränderung von Zinsfuss und Deckungskapital haben wir bereits erklärt³. Die Sterblichkeitsverbesserung hat die Wirkung des Zinses auf die Höhe des Deckungskapitals entscheidend vergrössert⁴. Die Problematik ist doppelter Natur:

1. Je niedriger der Zinsfuss ist, desto grösser sollten die Reserven sein, um so schwerer fällt es aber gleichzeitig, sie mit Kapitalerträgen zu äufnen.
2. Die wachsende Ansammlung von Deckungskapitalien, die vornehmlich auf dem Markt für mündelsichere Werte Anlage suchen, hat die Tendenz in Zeiten von Kapitalflüssigkeit einen drückenden Einfluss auf den Zinssatz auszuüben⁵.

Das stetige Abgleiten des Zinsfusses in den letzten Jahren hat manche Pensionskasse in Unordnung gebracht. Einige Firmen sind dazu übergegangen, der Kasse einen bestimmten Zinsfuss zu garantieren. Dass die Deckungsmittel dieser Institutionen mitverantwortlich waren am Absinken der Rendite für mündelsichere Werte, war eine der Folgen der staatlichen Anlagevorschriften, die diese Mittel vor allem auf den mündelsicheren Markt verwiesen.

Die nachstehende Tabelle gibt die Entwicklung der Zinssätze für mündelsichere Anlagen für die Jahre 1931 bis 1955 wieder.

c) Die Geldwertveränderung

Bei der Behandlung der einzelnen Systeme haben wir das Kapitaldeckungsverfahren, vom einzelwirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, als das unter normalen Umständen für private Pensionskassen geeignete Finanzierungssystem hervorgehoben. Diesem Finanzierungssystem droht aber von der Geldwertseite her eine grosse Gefahr. Es liegt auf der Hand, dass das Kapitaldeckungsverfahren, bei dem Reserven angesammelt werden, den Geldwertschwankungen in ganz anderem Ausmass unterworfen ist als das Umlageverfahren. Die Schwierigkeiten dieser Schwankungen wer-

3) Vgl. S. 38/39.

4) Vgl. Padrot Nolfi: Betrachtungen zum Beharrungszustand einer Pensionskasse, in Mitteilungen der Vereinigung Schweiz. Versicherungsmathematiker, Bern, 51. Bd., Heft 2, S. 181. Siehe auch: Rudolf Borkowsky: Gesamtwirtschaftliche Überlegungen zum Problem des Rentners und der Altersfürsorge, in Wirtschaft und Recht, Heft 3, 1955, S. 207.

5) Vgl. S. 87.

Die Verzinsung der mündelsicheren Kapitalanlagen 1931 bis 1955 ⁶

Jahr	Rendite von 12 Anleihen von Bund und SBB, Jahres- mittel, berechnet auf Grund der Fälligkeit	Zinssätze schweizerischer Banken für Hypotheken
1931	3,86	4,55
1932	3,80	4,30
1933	4,02	4,15
1934	4,16	4,15
1935	4,64	4,10
1936	4,43	4,20
1937	3,41	4,00
1938	3,24	3,75
1939	3,76	3,75
1940	4,06	3,88
1941	3,39	3,82
1942	3,15	3,75
1943	3,32	3,75
1944	3,27	3,75
1945	3,29	3,70
1946	3,10	3,55
1947	3,17	3,50
1948	3,42	3,53
1949	2,94	3,50
1950	2,67	3,50
1951	2,94	3,50
1952	2,84	3,50
1953	2,55	3,50
1954	2,62	3,50
1955	2,97	3,50

den von diesem ohne grosse Komplikationen überwunden, sofern die Beiträge in Prozenten der nominellen Löhne angesetzt sind und ein genügend grosser, stabiler Personalbestand vorhanden ist. Die Leistungen an die Rentner werden dabei in genau gleichwertigen Kaufkrafteinheiten ausbezahlt, wie die Beiträge von den aktiven Mitgliedern aufgebracht werden. Anders verhält es sich beim Kapitaldeckungsverfahren. Die Leistungen und Gegenleistungen erstrecken sich dabei auf einen Zeitraum, der sich nach Jahrzehnten bemisst. Wenn dieser Zeitraum, wie die letzten zwanzig Jahre, einem steten Geldwertschwund ausgesetzt ist, so bedeutet das nichts anderes, als dass die für versicherungstechnische Berechnungen als selbstverständlich angenommene Voraussetzung von Geldeinheit =

6) Quelle: Statistische Jahrbücher der Schweiz.

Geldeinheit oder Franken = Franken so wenig mehr stimmt wie die Aussage der Formel⁷

Barwert der Leistungen des Versicherungsnehmers (Prämien)
gleich
Barwert der Leistungen des Versicherers (Vers.-Leistungen)

Die unrichtige Aussage der Gleichung Realwert der Geldeinheit zum Zeitpunkt X = Realwert der Geldeinheit zum Zeitpunkt Y hebt auch die Gleichung Barwert der Leistungen des Versicherungsnehmers = Barwert der Leistungen des Versicherers auf, weil die auf der einen Seite der Gleichung stehenden Prämien und die auf der andern Seite stehenden Leistungen nie in die gleichen Jahre fallen.

Die Konsequenzen dieser unrichtig gewordenen Gleichung treten in verschiedenen Auswirkungen zutage. Entweder wird dem Rentner, wenn er in den Genuss der Altersrente kommt, die versprochene nominelle Rente gewährt, die nun entsprechend dem Kaufkraftschwund ungenügend ist, oder es werden Teuerungszulagen zu den Renten gewährt, die auf dem Umlageweg finanziert werden müssen. Der Grossteil der privaten Kassen wird jedoch nicht in der Lage sein, solche Zulagen ohne weiteres zu gewähren, es sei denn, die Kasse habe ihre Gelder in Werten angelegt, die nicht dem Kaufkraftschwund ausgesetzt waren. Es ist nicht schwer, einzusehen, dass das Deckungskapitalverfahren, wenn die Mittel in nominellen Werten angelegt sind, in einer Inflationsperiode genau proportional der Geldentwertung sinnlos ist; es vermag seinen eigentlichen Zweck, die Versicherungsleistungen für jede Generation, unabhängig von zukünftigen Prämien anderer Generationen, zu garantieren, nicht mehr zu erfüllen⁸.

d) Die Konsequenzen der staatlichen Anlagevorschriften

Die privaten Pensionskassen unterstehen dem Eidg. Versicherungsaufsichtsgesetz nicht. Theoretisch können also diese Institutionen die Anlage ihres Vermögens selber bestimmen. Die zuständigen Aufsichtsbehörden übten hingegen bisher einen beträchtlichen Druck auf die Kassen aus, damit die Mittel grösstenteils mündelsicher

7) Vgl. Christian Gasser und Werner Meyer a. a. O. II. Teil, S. 366.

8) Siehe auch Christian Gasser und Werner Meyer a. a. O. II. Teil, S. 371.

angelegt werden. Der grösste Teil der Deckungsmittel findet denn auch den Weg zum mündelsicheren langfristigen Kreditmarkt und vermehrt dort das Angebot⁹. Im Jahre 1941 beliefen sich die nicht auf dem mündelsicheren Kreditmarkt investierten Mittel auf 570 Millionen Franken, d. h. 23,5 % der gesamten den Versicherungseinrichtungen für Arbeitnehmer zur Verfügung stehenden Mittel¹⁰. Davon entfielen 235 Millionen auf Anlagen beim Arbeitgeber und 41 Millionen waren in Form von liquiden Mitteln vorhanden. Der Grundbesitz erreichte lediglich 39 Millionen. 255 Millionen liessen sich nicht weiter aufteilen. Ein grosser Teil dürfte auf nicht mündelsichere Industrieobligationen, ein kleinerer Teil auf Aktien entfallen.

Aktuellere Zahlen liegen leider noch nicht vor. Diejenigen untersuchten Kassen, in deren Vermögensanlage ich Einblick hatte, haben durchwegs einen minimalen Bestand an Sachwerten oder sogenannten kaufkraftbeständigen Papieren. Diese Anlagepolitik der privaten Pensionskassen ist einerseits bedingt durch überlieferte konservative Auffassungen über die „Sicherheit“ der Vermögensanlage von treuhänderischen Geldern, vor allem aber durch den starken Einfluss der Aufsichtsbehörden.

e) Folgerungen

Die obigen Ausführungen haben die Schwierigkeiten und Probleme aufgezeigt, die sich von der monetären Seite her für jene Kassen, welche auf dem Kapitaldeckungsverfahren aufgebaut sind, ergeben. Die letzten zwei Jahrzehnte waren gekennzeichnet durch einen stetigen Schwund der Kaufkraft des Geldes und den Zerfall des Zinses auf dem Markt für mündelsichere Werte. Die Hauptgefahr für solche Pensionskassen liegt denn auch im Wertschwund der angelegten Mittel.

Versicherungsmässig müssen die Anlagen für Deckungskapitalien den Anforderungen

grösstmögliche Sicherheit

angemessene Verzinsung

entsprechen. Damit ist genügend Gewähr dafür geboten, dass die versicherten Leistungen nominell garantiert sind. Vom ökonomischen Standpunkt kommt aber der Forderung

Erhaltung des inneren Wertes

eine ebenso grosse Bedeutung zu.

9) Vgl. ebenda S. 96 ff.

10) Vgl. Christian Gasser und Werner Meyer a. a. O. II. Teil, S. 206.

Bevor wir die Anlagemöglichkeiten untersuchen, die meiner Ansicht nach sowohl den Bedürfnissen der versicherungstechnischen Prinzipien als auch den ökonomischen Forderungen gerecht werden, wollen wir zum Vergleich die Bestimmungen in einigen andern Ländern untersuchen.

2. Vergleich der Anlagebestimmungen mit anderen Ländern

a) Deutschland

Ein interessantes Beispiel für unsere Betrachtung bilden die Verhältnisse in Deutschland. Die eigentliche Pensionskasse, die der Versicherungsaufsicht untersteht, war ehemals die Standardeinrichtung der betrieblichen Altersvorsorge in diesem Land ¹¹. Nachdem diese Institutionen jedoch innerhalb von 30 Jahren durch zwei Inflationen jeweils insolvent geworden sind und, soweit sie wieder ins Leben zurückgerufen wurden, dies nur durch grosse finanzielle Opfer der dahinterstehenden Firmen möglich war, hat diese Einrichtung stark an Reiz eingebüsst. Professor Weiss, der Leiter der deutschen Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung schreibt über die Versicherungsaufsicht:

„Die Versicherungsaufsicht ist heute nach den ‚Pleiten‘ in den Jahren 1924 und 1948 nicht mehr so streng, insbesondere hinsichtlich der Anlegung der Versicherungsgelder. Sie gestattet weitgehend Anlegung der Darlehen der Pensionskasse an die dahinterstehende Firma und lässt auch den Kauf von Aktien und Grundstücken zu, die sich als besonders wertsicher erwiesen haben.“

In Deutschland hat die private Altersversorgung jedoch in einer anderen Weise stark Platz gegriffen. Weitaus in den meisten Fällen erfolgt die zusätzliche Altersvorsorge unmittelbar durch die Firmen, indem diese entweder bindende Rechtsverpflichtungen übernehmen oder aber Leistungen in Aussicht stellen, die im Notfall gekürzt oder sogar eingestellt werden können. Die Unternehmungen sind dabei berechtigt, schon zu Beginn auf Grund einer übernommenen Versorgungsverpflichtung Rückstellungen zu machen, durch die das erforderliche Deckungskapital geäufnet wird. Altersversorgung und Deckungskapital bilden dabei einen

11) Vgl. A. Weiss: Die betriebliche Altersversorgung in Deutschland, in Personalfürsorge, Bd. 1, Nr. 4, 1957, S. 209 ff.

Bestandteil des Unternehmens. Eine eigene Rechtspersönlichkeit für die Kasse ist nicht notwendig. Die Verpflichtung findet ihren Niederschlag auf der Sollseite der Bilanz und mindert den steuerpflichtigen Gewinn entsprechend. Einige Firmen haben einen Teil des Risikos bei Versicherungsgesellschaften rückversichert, während andere die rückgestellten Kapitalien in Wertpapieranlagen umwandeln.

*b) Schweden*¹²

Nach der schwedischen Gesetzgebung können Pensionsfonds ihr Kapital gegen einfache Schuldverschreibung im Unternehmen investieren. Es bestehen keine besonderen Einschränkungen. Der Gesamtbetrag des so investierten Kapitals entspricht ungefähr der Hälfte des Eigenkapitals aller Gesellschaften mit mehr als fünfzig Arbeitern. Die Unternehmen müssen diese Deckungsgelder entsprechend verzinsen. Eine kurzfristige Kündigung seitens der Pensionsfonds ist nicht möglich. Nebst ihrer sozialen Rolle haben also in Schweden die Kapitalien dieser Fonds eine wichtige Aufgabe bei der Kapitalversorgung der Betriebe inne.

c) Vereinigte Staaten von Nord-Amerika

In Amerika sind die Vorschriften in den einzelnen Staaten verschieden. Im Staat New York dürfen die Verwalter von Mündelgeldern seit dem 1. Juli 1950 unter bestimmten Voraussetzungen bis zu 35 % dieser Kapitalien in Stammaktien anlegen. Aus speziellen Erhebungen geht hervor, dass die Pensionsfonds in Amerika die stärkste Quelle des dortigen Kapitalmarktes darstellen¹³. Die im Jahre 1954 auf die Zahl von ca. 20 000 angewachsenen Betriebspensionsfonds erfassten ungefähr 11 Millionen Arbeiter und verfügten über ca. 19 Milliarden Dollar Kapital- und Prämienreserven. Etwa 50 % davon sollen in Aktien und Industrieobligationen angelegt sein¹⁴.

12) Vgl. Zirkularmitteilung Nr. 86, 8/1952 des Schweiz. Verbandes für privatwirtschaftliche Personalfürsorge, Zürich, 19. 9. 1952.

13) Vgl. Betriebliche Altersversorgung, Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung, Heidelberg, 10. Jg., Folge 1, 15. 1. 1955, S. 17.

14) Siehe dazu auch: Willis D. Gradison jr.: Key Questions in Pension Funds Investment, in Harvard Business Review, Juli/August 1955, vol. 33, No. 4, p. 84 ff.

Eine äusserst originelle Idee stellt der „College Retirement Equities Fund“ dar¹⁵. Es handelt sich dabei um einen Fonds von Wertpapieren veränderlichen Ertrages und veränderlichen Wertes für Ruhegehälter der Collegelehrkräfte, mit dessen Hilfe die Altersrenten kaufkraftbeständig gemacht werden sollen. Die vom Versicherten geleisteten Prämien werden in Aktien und andern Wertpapieren mit Sachwertcharakter angelegt. Deckungskapital und Renten sind nicht in Dollars, sondern in Einheiten mit veränderlichem Dollarwert festgelegt, wobei die zeitliche Änderung des Wertes der Einheiten durch die Dividendenzahlungen und die Kursänderungen der Wertpapiere bewirkt wird. Durch die Prämienzahlung erwirbt der Versicherte eine gewisse Anzahl von Deckungskapitaleinheiten, deren Dollarwert die Kursgewinne und -verluste berücksichtigt. Nach Abschluss der Prämienzahlung werden die Deckungskapitaleinheiten auf der Basis des derzeitigen Wertes beider Arten von Einheiten in Renteneinheiten umgewandelt. Der Versicherte erhält dann von diesem Zeitpunkt an den zeitlich variablen Wert dieser unveränderlichen Zahl von Renteneinheiten als Rente ausbezahlt.

Auf Grund spezieller Formeln, die ich hier nicht näher ausführen will, wurden für zwei Rentenbezüger A und B, die beide mit 35 Jahren im Jahre 1900 in die Versicherung eingetreten sein sollen und in der Zeit von 1900 bis 1930 Prämien bezahlten, die Renten berechnet und den ausgeglichenen Lebenshaltungskosten gegenübergestellt. Obschon ich mir bewusst bin, dass die Aussagefähigkeit eines solchen auf Grund der Vergangenheit konstruierten Modells beschränkt ist, will ich an dieser Stelle darauf eingehen.

A zahlte jährlich \$ 100.— Prämie für eine feste Dollarrente und erhielt dafür vom Jahre 1930 weg, d. h. mit 65 Jahren, eine feste Rente von \$ 552.—. B zahlte während der gleichen Zeit \$ 50.— jährliche Prämie für eine feste Rente und \$ 50.— für eine Rente gemäss den obigen Bestimmungen. Die Höhe der beiden Renten für die Jahre 1930 bis 1950 spiegelt sich in der folgenden Tabelle wider. Die Rente von B passt sich der Änderung der Lebenshaltungskosten recht gut an. Die Tatsache, dass sich à la longue auch die durchschnittlichen Aktienkurse in ungefähr gleicher Richtung wie die Lebenshaltungskosten bewegen, werden wir an anderer Stelle für die Verhältnisse in der Schweiz darstellen¹⁶.

15) Vgl. A. Noack: Über eine in den USA eingeführte Altersrente, deren Höhe sich den Preisveränderungen der Sachwerte anpasst, in Schweiz. Versicherungs-Zeitschrift, Bern 1952/53, S. 292 ff.

16) Vgl. S. 73.

Jahr	Rente von B in Dollars	Ausgeglichener Index der Lebenshaltungskosten	Jahr	Rente von B in Dollars	Ausgeglichener Index der Lebenshaltungskosten
1930	907	724	1941	644	638
1931	689	659	1942	607	706
1932	503	592	1943	714	749
1933	570	560	1944	752	761
1934	611	580	1945	851	778
1935	636	595	1946	933	844
1936	780	601	1947	860	965
1937	786	622	1948	875	1038
1938	662	611	1949	874	1025
1939	693	602	1950	1007	1038

3. Anlagepolitik der Lebensversicherungsgesellschaften

Wertvolle Hinweise können auch auf Grund der Anlagepolitik der Lebensversicherungsgesellschaften gewonnen werden. Die Verteilung der Anlagen im Jahre 1951 in den drei bedeutenden „Versicherungsländern“ gestaltete sich wie folgt:

*Die Anlagen der Lebensversicherungsgesellschaften 1951*¹⁷

	Sachwerte		nominelle Werte
	Aktien	andere	
Schweiz	0,4 %	10,8 %	88,8 %
England	24,4 %	6,8 %	68,8 %
USA	3,3 %	2,4 %	94,3 %

Auffallend ist die bedeutende Anlage in Sachwerten, vor allem in Aktien bei den englischen Gesellschaften, während diese in der Schweiz kaum ins Gewicht fallen. Der Sachwertanteil hat sich allerdings in den letzten Jahren etwas erhöht¹⁸. Ganz gering ist der Sachwertanteil in den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika. Die Deckungspolitik der Lebensversicherungsgesellschaften ist dort viel konservativer, als diejenige für Pensionskassen.

In England war der Anteil der Sachwerte an den Kapitalanlagen schon in der Vergangenheit relativ hoch. Die Zusammensetzung der

17) Vgl. Walter Zürcher: Sachwerte als Kapitalanlagen von Versicherungsunternehmen, St. Gallen 1955, aus den Tabellen 16 und 17 auf S. 120 zusammengestellt.

18) Vgl. Jean Paul Robert: Les placements des caisses de pensions en valeurs dites «réelles», in Personalfürsorge, Bd. 1, Nr. 4, 1957, S. 234 ff.

Kapitalanlagen der sechs grössten „Industrial Assurance Companies“ zeigt schon im Jahre 1900 ein ähnliches Bild wie 1950¹⁹. Bemerkenswert ist, dass die Neuanschaffungen von Aktien bei den englischen Gesellschaften nur zu einem kleinen Teil auf der Börse erfolgen, sondern sehr oft durch direkte Verhandlungen mit den emittierenden Gesellschaften stattfinden. Die Ursachen des relativ hohen Anteils der Aktien an den Anlagen liegen vor allem darin, dass die englischen Versicherer in diesen am ehesten Schutz vor der Geldentwertung gefunden haben und dass diese Anlagekategorie seit Jahrzehnten einen über dem Durchschnitt liegenden Kapitalertrag ergab. Die Rentabilitätsaufstellung der Kapitalanlagen einer der grössten englischen Lebensversicherungsgesellschaften gibt einen interessanten Einblick²⁰.

*Rendite der Stammaktien einer englischen Lebensversicherungsgesellschaft
in den Jahren 1933 bis 1947*

1933	4,24 %	1938	4,51 %	1943	4,47 %
1934	4,28 %	1939	4,67 %	1944	4,63 %
1935	4,51 %	1940	4,65 %	1945	4,69 %
1936	4,77 %	1941	4,39 %	1946	4,84 %
1937	5,11 %	1942	4,40 %	1947	5,15 %

Diese Zahlen weisen eine bedeutsame Stabilität auf und ihr Durchschnitt ist bedeutend höher als derjenige der festverzinslichen Werte, die während dieser Periode erhältlich waren. Die englischen Lebensversicherungsgesellschaften haben es verstanden, dem Grundsatz der Substanzerhaltung der Kapitalanlagen weitgehend Rechnung zu tragen und gleichzeitig eine hohe Rendite ihrer Kapitalanlagen zu erreichen. In England besteht aber auch keine gesetzliche Vorschrift zur sogenannten „mündelsicheren“ Anlage, noch stellt die Kapitalanlage in Aktien für die Engländer etwas Ausserordentliches oder gar „Unsicheres“ dar.

4. Prüfung der Anlagemöglichkeiten für private Pensionskassen

Für die privaten Pensionskassen spielt die Frage der Kaufkraft-erhaltung eine ebenso grosse Rolle wie die „Sicherheit“ der Anlage. Soll den Pensionskassen und ihren Destinatären nicht das

19) Vgl. „The Review“, Vol. 82, No. 3828, November 23, London 1951, p. 1034.

20) Vgl. „A Report in Support of Proposed Amendment to Article 5, Section 81, of the New York Insurance Law“, New York 1951, S. 74.

gleiche Schicksal beschieden werden, wie den in die absolute Sicherheit der erstklassigen Staatspapiere vertrauenden Sparern, so müssen sowohl von den Aufsichtsbehörden aus als auch von den Kassenverwaltungen diejenigen Massnahmen ergriffen werden, die eine Gewähr dafür bieten, dass der Realwert der Deckungskapitalien und damit der versicherten Leistungen in höchstem Masse gewahrt bleibt. Soweit jedoch Gegenmassnahmen ins Auge gefasst worden sind, lassen sich diese auf den Wunsch zusammenfassen, dass mit allen Mitteln versucht werde, die Solidität des Geldes zu erhalten. Jean-Paul Robert gibt dafür ein typisches Beispiel. Er sagt ²¹:

„Même dans l'hypothèse où toutes les monnaies se déprécient inévitablement au cours des siècles, on doit se demander s'il appartient aux institutions d'assurance et de prévoyance, de pendre elles-mêmes des mesures préventives en plaçant une partie plus ou moins grande de leurs avoirs en biens réels. N'est-ce pas mettre en doute la solidité de la monnaie du pays et, de ce fait, ébranler la confiance du public sur laquelle repose précisément en grande partie la stabilité et la valeur de toutes les monnaies fiduciaires?“

Bei meinen Umfragen und Diskussionen bin ich mehrmals auf diese Einstellung gestossen, dass es nicht Aufgabe der Pensionskassen sein könne, die nötigen Vorkehrungen gegen die Geldentwertung zu treffen. Zudem scheint die Ansicht, dass jegliche Anlage von treuhänderischen Geldern, die nicht vorwiegend in mündelsicheren Werten getätigt wird, Spekulation darstelle und wegen des Verlustrisikos nicht in Frage komme, noch tief im Bewusstsein vieler zu sitzen.

Für die privaten Pensionskassen ist auch zweifellos die Anlage ihrer Deckungsmittel in Sachwerten viel problematischer, als beispielsweise für Versicherungsgesellschaften. Meistens fehlen solchen betrieblichen Institutionen die Organe, die überhaupt in der Lage sind, zwischen guten und schlechten Anlagen auszuwählen. Während die Versicherungsgesellschaften notwendigerweise Anlagespezialisten beschäftigen, die das Portefeuille den notwendigen Bedingungen anpassen können, wird die Grosszahl der privaten Kassen von delegierten Betriebsangehörigen verwaltet, die kaum eine Erfahrung in der komplizierten Materie der Vermögensverwaltung besitzen. Es liegt auf der Hand, dass aus diesen Gründen mündelsichere Anlagen für Pensionskassen einfacher zu tätigen sind.

²¹) A. a. O. S. 234 ff.

In diesem Abschnitt wollen wir die Anlagemöglichkeiten prüfen, die nach den bisherigen Erfahrungen der Bedingung der Kaufkrafterhaltung resp. Erhaltung des inneren Wertes Rechnung getragen haben und für Pensionskassen geeignet wären.

a) Liegenschaften

Ein Index der Liegenschaftspreise für die Schweiz fehlt leider. Es ist aber eine Erfahrungstatsache, dass die Liegenschaften der Geldentwertung weniger ausgesetzt sind als nominelle Schuldtitel. Der Substanzwert der Liegenschaften kann zwar auf die Dauer nicht vollständig erhalten bleiben, doch kann zum mindesten bei einer entsprechenden Abschreib- und Reservepolitik, wobei jeweils ein Teil des Bruttoertrages zur Neuanschaffung verwendet wird, der Realwert des gesamten Liegenschaftenbesitzes erhalten und das Durchschnittsalter konstant gehalten werden²².

Der Ertragswert der Liegenschaften ist abhängig vom Volkseinkommen. Konjunkturschwankungen können sich auf den Ertrag und damit den Verkehrswert der Liegenschaften auswirken. Eine besondere Gefahr aber droht vom Staat. Die staatlichen Eingriffe zugunsten der Mieter, wie Kündigungsverbot, Tiefhaltung der Mietzinse u. ä. wirken sich in einem Auseinanderklaffen zwischen Realwert und Ertragswert aus. Der realwerterhaltende Charakter der Liegenschaften hat sich sehr deutlich in Ländern gezeigt, die eine Inflation mitgemacht haben. In Deutschland bildete der Grundbesitz zweimal die stärkste Stütze.

Vom Ertragsstandpunkt aus kann unter den heutigen Umständen für neue solide Wohnhäuser mit einer Bruttorendite von $5\frac{3}{4}$ bis 6 % gerechnet werden. 20 bis 25 % der Bruttoeinnahmen müssen für fixe Kosten, Steuern, Unterhaltskosten und Abschreibungen reserviert werden. Die Versicherungsgesellschaften rechnen denn auch mit einer Nettorendite von ca. 4 %²³. Unter der Voraussetzung einer soliden Anlage- und Unterhaltspolitik ist eine Nettorendite von 4 % eine durchaus günstige für Pensionskassenanlagen. Auch ist die Anlage von Kassengeldern in Wohnhäusern überall dort speziell zu begrüßen, wo auf diese Weise Wohngelegenheiten für die eigenen Betriebsangehörigen geschaffen werden können.

22) Vgl. Walter Zürcher a. a. O. S. 125 ff.

23) Vgl. Jean Paul Robert a. a. O. S. 242 ff.

b) Aktien

Die Aktie gilt noch heute in weiten Kreisen als das klassische Mittel zur Spekulation, das für langfristige Kapitalanlagen nicht geeignet ist. Die Aktie verbürgt denn auch im Gegensatz zur Obligation kein Gläubigerrecht auf eine bestimmte Summe und eine bestimmte Rendite, sondern lediglich eine Teilhaberschaft an einer Unternehmung. Ihr Sachwert hängt direkt vom Wert der betreffenden Gesellschaft ab, d. h. repräsentiert einen Teil davon. Der Charakter der Aktie birgt das Risiko in sich, das in der besonderen Stellung des Aktionärs als Mitunternehmer begründet liegt. Konjunkturrückschläge, Absatzstockungen, eine unfähige Geschäftsleitung u. a. können den Wert dieses Papiers beeinflussen. Eine nicht weniger gefährliche Bedrohung liegt ferner in der falschen Bewertung der Aktie, die ihr die Börse im Zeitpunkt des Erwerbs zumisst. Bekanntlich sind es weitgehend psychologische Faktoren, die für die Schwankungen der Börsen verantwortlich sind. Die richtige Bewertung setzt deshalb eine genaue Kenntnis der Materie voraus. Samuelson sagt über die Aktien²⁴: „Their yield is higher, and they provide a better hedge against inflation. But they are not for amateurs.“

Es sind also verschiedene Faktoren, die die Realsicherheit der einzelnen Aktie bedrohen. Dies gilt aber nicht im gleichen Masse für eine Vielzahl von Aktien. Die einzelne Unternehmung und damit die Realsicherheit ihrer Aktien wird immer von irgendeiner Seite her bedroht sein. Der gesamte Aktienbestand einer Volkswirtschaft ist aber nie gleichzeitig bedroht. Er verkörpert einen grossen Teil des nationalen Produktionsapparates, auf den ein Volk angewiesen ist, damit es auf der einmal erreichten Produktionsstufe verbleiben kann.

Nach den Erfahrungen unseres Jahrhunderts lässt sich für die Gesamtheit von Aktien

- a) eine weitgehende Immunität gegenüber der Geldentwertung und
 - b) durch die Vergrösserung des Produktionsapparates und die erhöhte Produktivität eine Realwertsteigerung feststellen.
- Wenn man die Aktienindices den Indices der Lebenshaltungskosten gegenüberstellt, zeigt sich, dass, abgesehen vom Einbruch 1919 bis 1923 beide Kurven in der gleichen Richtung pendeln.

24) Vgl. Paul A. Samuelson: *Economics, An Introductory Analysis*, London 1952, 2nd ed., p. 221.

Schweizerische Aktien- und Lebenshaltungskostenindizes 1914-57

Jahresmittel	Lebenskosten	Aktienindex
1914	72	212,5
1915	82	?
1916	95	189,0
1917	118	190,0
1918	149	177,6
1919	162	127,0
1920	164	90,4
1921	146	82,6
1922	120	104,5
1923	120	117,0
1924	123	119,1
1925	123	133,7
1926	118	155,1
1927	117	182,9
1928	117	208,4
1929	117	196,8
1930	115	182,8
1931	109	146,0
1932	101	100,0
1933	96	112,5
1934	94	117,2
1935	93	104,4
1936	95	119,0
1937	100	173,5
1938	100	188,6
1939	100	165,0
1940	110	145,4
1941	127	164,7
1942	141	186,4
1943	148	186,4
1944	151	183,2
1945	152	189,2
1946	151	231,9
1947	158	248,7
1948	163	234,2
1949	162	229,2
1950	159	252,5
1951	167	287,6
1952	171	311,4
1953	170	323,7
1954	171	373,7
1955	173	429,2
1956	175	445,0
1957	178	414,1

Quelle: Statistische Jahrbücher der Schweiz, auf- oder abgerundete Zahlen

Bei der Betrachtung dieser Gegenüberstellung müssen noch einige Anpassungen vorgenommen werden. Diejenigen Aktien z. B., welche infolge Liquidation der betreffenden Firmen vom Markt verschwunden sind, sind in den jährlichen Indices nicht berücksichtigt. Aber selbst unter Einrechnung eines gewissen Korrektionsfaktors wird deutlich, dass die Gesamtheit der erfassten Aktien bei einer „long-run“-Betrachtung den Geldwertschwund mindestens wettgemacht haben.

Die Vorteile einer Vermögensanlage in Aktien auszunützen, ohne dass man ihre Risiken in Kauf zu nehmen braucht, verlangt auf Grund unserer Betrachtungen eine weitgehende Verteilung. Zudem müssen die Börsenreaktionen und der Lauf der einzelnen Unternehmungen verfolgt werden können. Ein solches Vorgehen verlangt aber ein grosses, vorsichtig zusammengestelltes Portefeuille und ein spezialisiertes Personal. Für die privaten Pensionskassen sind aber die Voraussetzungen nicht ohne weiteres gegeben. Die Vorteile einer teilweisen Anlage der Deckungskapitalien in Aktien scheinen mir aber andererseits bedeutend. Am Schluss dieses Kapitels soll ein Weg aufgezeigt werden, wie die Vorteile eines grossen Aktienbestandes auch den privaten Pensionskassen zugänglich gemacht werden können²⁵.

c) Anlage als Forderung gegen das Unternehmen

Eine Möglichkeit der Geldwerterhaltung auf indirektem Wege besteht in der Anlage eines Teils des Kassenvermögens im Unternehmen. Diese Methode, die in Schweden offiziell propagiert wird, hat auch in der Schweiz viele Anhänger. Wenn die Forderung der Pensionskasse gegen das Unternehmen nicht mit einer Wertsicherungsklausel versehen ist, so ist sie zwar, wie jede andere nominelle Forderung auch, dem Geldwertschwund ausgesetzt. Andererseits profitiert aber der Schuldner, in diesem Falle das Unternehmen, von diesem Wertschwund seiner Schulden, so dass es gerechterweise die Pensionskasse durch freiwillige ausserordentliche Zuwendungen daran partizipieren lassen sollte.

Für den Arbeitgeber kann die langfristige Kreditaufnahme bei der Pensionskasse Erhöhungen des Geschäftskapitals oder die Aufnahme von Bankschulden mit den damit verbundenen Dividendenlasten, Steuern und hohen Bankzinsen ersparen²⁶.

25) Vgl. lit. d.

26) Vgl. Johann Rudolf Ernst a. a. O. S. 10/11. In den meisten Kan-

d) Gründung eines Investmentfonds für private Personalwohlfahrtseinrichtungen

Die Anlage eines Teils der Pensionskassengelder in Aktien ist, wie wir unter lit. b gesehen haben, vor allem deshalb problematischer Natur, weil die Kassenorgane in den seltensten Fällen über die notwendigen Spezialkenntnisse verfügen.

Bei kleinen Kassen ist zudem die Möglichkeit einer breiten Risikoverteilung nicht gegeben. Andererseits aber sind die Vorteile einer teilweisen Anlage in Aktien hinsichtlich Rendite und Substanzerhaltung derart augenfällig, dass unbedingt von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht werden sollte. Wenn sich die staatlichen Aufsichtsbehörden i. a. gegen eine solche Vermögensanlage aussprechen, so liegt der Grund vor allem in den Gefahren, die sich durch eine ungenügende Risikoverteilung und mangelnde Kenntnis der Materie ergeben können.

Eine Möglichkeit, den privaten Pensionskassen und evtl. anderen Institutionen, die sich der Personalwohlfahrt widmen, die Vorteile einer Anlage in Aktien zugänglich zu machen und dabei die erwähnten Gefahren weitgehend auszuschalten, scheint mir in der Gründung eines zentralen Investmentfonds, ähnlich den Investmenttrusts der Schweizerischen Grossbanken, gegeben. Dieser Fonds könnte z. B. in der Rechtsform einer Stiftung gegründet werden und müsste wie die Pensionskassen von allen Steuern befreit werden. Die Aufgabe dieses Fonds bestände in der Anlage und Verwaltung eines weitverzweigten Portefeuilles von erstklassigen schweizerischen Dividendenwerten, deren Bestand nach Notwendigkeit variiert werden dürfte. Die Leitung stelle ich mir unter dem Patronat von interessierten Fachleuten, Banken, Versicherungen und Vertretern der Pensionskassenverbände vor.

In diesem Fonds könnten die privaten Pensionskassen einen Teil ihrer Deckungskapitalien nach freiem Wunsch und Ermessen anlegen. Ich stelle mir eine Stückelung in gleich grosse Anteile vor. Der Inventarwert würde auf Grund einer soliden und vorsichtigen Bewertung jeweils durch die Anzahl der Fondsanteile dividiert und der so gewonnene Kurs wäre für die einzelnen Kassen massgebend. Auf die gleiche Weise müsste die erzielte Rendite auf die einzelnen Anteilscheine verteilt werden.

Gegen eine Anlage in bereits bestehenden Investmenttrusts sprechen vor allem folgende Gründe. Im Gegensatz zu diesen

tonen ist eine direkte Kreditaufnahme bei der Kasse nicht gestattet. Die einzige Möglichkeit besteht darin, dass der Arbeitgeber seine freiwilligen und statutarischen Beiträge an die Kasse schuldig bleibt.

wäre der vorgeschlagene Fonds ausschliesslich für Kassen reserviert, die sich der Wohlfahrt des Personals widmen und demgemäss Steuerbefreiung verlangen können. In der Verwaltung des Fonds wären die interessierten Kreise vertreten. Die Anlage und Verwaltung des anvertrauten Vermögens könnte ganz nach den speziellen Bedürfnissen dieser Institutionen erfolgen. Vermehrt sollten auch Aktien der sogenannten „public utilities“, wie z. B. Elektrizitätswerkaktien u. ä. speziell diesem Fonds zur Verfügung gestellt werden.

Naturgemäss sind auch solche Anlagen den Schwankungen einer Wirtschaft unterworfen und würden in einer allgemeinen Krise momentan auch in Mitleidenschaft gezogen. Solange sie in einem solchen Investmentfonds jedoch langfristig getätigt werden, hat eine momentane Tieferbewertung durch die Börse keinen Einfluss auf die „Sicherheit“ der Anlage. Als kurzfristige Anlage kommt sie aber gar nicht in Betracht. Als Nebenerscheinung könnte einem solchen Fonds, wenn er eine gewisse Bedeutung erlangt, als Stabilisationsfaktor auf dem Kapitalmarkt eine nicht geringe Wirkung zukommen.

5. Schlussbemerkungen zum Problem der Sachwertanlage

Unsere Ausführungen in diesem Kapitel fussten weitgehend auf der inflationären Entwicklung der letzten Jahrzehnte. Da die Aktienkurse, wie wir gezeigt haben, die Tendenz haben, die gleiche Richtung einzuschlagen wie die Lebenshaltungskosten, würde eine deflationäre Entwicklung normalerweise auch eine Anpassung der Aktienkurse nach unten zur Folge haben. Obschon auch in diesem Falle der „Realwert“ der Vermögenslage kaum ändern würde, wäre offensichtlich eine Anlage in nominellen Werten besser gewesen. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, die Gründe zu untersuchen, die auf eine Geldentwertung hinwirken. Ich beschränke mich deshalb auf einige summarische Überlegungen:

- a) Als einer der wesentlichsten Verstärker der Inflation ist zweifellos die Verbandswirtschaft zu werten. Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft als Sachwertbesitzer sind an einer Geldentwertung, die ihre nominellen Schulden zum Schwinden bringt, direkt oder indirekt interessiert. Durch mächtige Organisationen sind sie in der Lage, ihre Preise aufrecht zu halten oder zu verbessern ²⁷.

27) Siehe dazu auch: Walter Zürcher a. a. O. S. 54 ff.

Die Arbeiter verstehen es, ihre Lohnforderungen durch starke Gewerkschaften durchzusetzen. An einer Politik der Vollbeschäftigung, die die Gefahr einer leichten Inflation mit sich bringt, haben sie ein vitales Interesse, da dadurch die Angst vor einer Massenarbeitslosigkeit gebannt ist.

- b) Die Politik des „billigen Geldes“ könnte wieder aufgenommen werden. Selbst aber, wenn in unserem Lande der Wille zur Stabilhaltung des Geldwertes vorhanden ist, würde sich eine inflationäre Entwicklung in Amerika auch auf die Schweiz auswirken.
- c) Es existiert keine Wirtschaftsgruppe, die ein Interesse an der Stabilhaltung des Geldwertes besitzt und zugleich mächtig genug ist, dieses erfolgreich über längere Zeitspannen hinweg geltend zu machen. Diejenigen, die in ihrer Eigenschaft als Konsumenten durch die Geldentwertung mehr Schaden erleiden, als sie in ihrer Eigenschaft als Produzenten im weitesten Sinne des Wortes aus einer allgemeinen Erhöhung des Preis- und Lohnniveaus Nutzen ziehen, sind die physisch und psychisch schwachen Elemente des Volkes, vor allem die Sparer, Rentner, Witwen, Waisen und die Arbeitsunfähigen. Diese Bevölkerungsgruppen, die ein vitales Interesse an der Geldwerterhaltung haben, können ihren Willen nicht durchsetzen. Sie sind nicht organisiert²⁸.

Die Überzeugung, dass à la longue aus Gründen, die ich versucht habe, darzustellen, der Geldwertschwund weiter fortschreiten wird, muss m. E. unbedingt dazu führen, dass ein Teil der Deckungskapitalien der privaten Pensionskassen in Realwerten angelegt wird.

Wenn aber trotz der Tatsache einer jahrzehntelangen Geldentwertung und der Erwartung einer weiteren Entwicklung in dieser Richtung die Aufsichtsorgane und vielfach auch die Pensionskassenverwaltungen den Sachwertanlagen negativ gegenüberstehen, andererseits aber mit Vehemenz nach einer Stabilhaltung des Geldwertes verlangen, so will ich ihnen einen Ausspruch von John Maynard Keynes aus dem Jahre 1927 zu bedenken geben:

„In der Theorie glauben alle an eine gesunde oder stabile Währung, aber jeder einzelne versteht sich in dem Bemühen nach Erweiterung der Gewinnspanne, die im Vergleich zu dem Nutzen anderer besteht, bisweilen zu Massnahmen, die auf eine Entwertung hinwirken“²⁹.

28) Vgl. John Maynard Keynes: Kapitalanlagepolitik der Lebensversicherungsgesellschaften nach englischer Auffassung, in Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft, 27. Bd., Berlin 1927, S. 36/37.

29) Ebenda S. 37.

IV. BEDEUTUNG

9. Kapitel

Die volkswirtschaftliche Bedeutung

Die Bedeutung der privaten Pensionskassen für die schweizerische Volkswirtschaft ist so vielgestaltig und weitschichtig, dass eine scharfe Abgrenzung und Darstellung ihrer Einflüsse auf die einzelnen wirtschaftlichen Sektoren nicht möglich ist. Die Tatsache ihrer relativ jungen Existenz, die sich ganz auf privatem Sektor entwickelt hat, und die spärlichen statistischen Unterlagen erlauben noch keine absolute Beurteilung. Die Betrachtung in diesem Kapitel beschränkt sich denn auf die Untersuchung derjenigen Kriterien, die mir besonders wichtig schienen, wobei aber der theoretischen Analyse nur teilweise statistische Unterlagen angegliedert werden konnten.

1. Auswirkungen auf Arbeitsmarkt und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Die Errichtung einer privaten Pensionskasse als autonome betriebliche Einrichtung ist nur sinnvoll für ein stetes Personal. Der Arbeitgeber verfolgt mit einer solchen Einrichtung nebst der sozialen Sicherung seiner Betriebsangehörigen den Zweck, diese dazu zu bewegen, der Unternehmung während möglichst langer Zeit treu zu bleiben. Je umfassender die Personalfürsorge ausgebaut ist, desto weniger suchen im allgemeinen die Arbeitnehmer den Betrieb und die Stelle zu wechseln¹. Diese Bindung der Arbeiter und Angestellten an die Unternehmung wird noch dadurch verstärkt, dass ein Stellenwechsel meist mit Einbussen an den Ansprüchen an die Fürsorgeeinrichtung verbunden ist. Die Kasse ist nur verpflichtet, dem Versicherten bei Austritt seine eigenen Leistungen zurückzuerstatten. Die Arbeitgeberbeiträge, die durchschnittlich ein mehr-

1) Vgl. G. Rüegg: Vortrag über das Verhältnis zwischen Personalfürsorge und Arbeitsmarkt vom 10. 3. 1955, abgedruckt in Personalfürsorge, Nr. 1/2, 1955, S. 4 ff.

faches der Personalbeiträge ausmachen, gehen ihm somit verlustig. An diesem Punkt setzen denn auch die in den letzten Jahren nicht mehr verstummen wollenden Kritiker an, indem diese durch sogenannte Freizügigkeitsabkommen zwischen verschiedenen Kassen eine Erleichterung des Stellenwechsels verlangen. Es sind aber die allerwenigsten Pensionskassen bereit, die vom Unternehmen geleisteten Deckungskapitalien an eine andere Kasse abzuführen. Auch die Tatsache, dass die versicherten Leistungen normalerweise mit steigendem Dienstalter zunehmen, hat einen stabilisierenden Einfluss auf den Arbeitsmarkt.

Eine relative Unelastizität auf dem Arbeitsmarkt wird m. E. vor allem für die mittleren Jahrgänge stattfinden. Zwar liegt die oberste Altersgrenze für die Aufnahme neuer Aktivmitglieder am häufigsten zwischen einem Alter von 40 und 49², doch wirkt die Notwendigkeit der Bezahlung eines sogenannten „Eintrittsgeldes“ für Neueintretende, die älter als 25 oder 35³ Jahre sind, oder der Verzicht auf volle Leistung im Sinne einer Herabsetzung dieser oberen Eintrittsgrenze.

Die Vorteile dieser bewussten Bindung der Arbeitnehmer an den Betrieb mittels der Pensionskassen äussern sich vor allem in einer gesteigerten Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft. Die Arbeitspsychologie weist nach, dass ein durch aktive Sozialpolitik der Unternehmung betreutes und gesichertes Personal durch grössere Arbeitsfreude und Erhaltung eines Arbeitsmotivs bessere Leistungen vollbringt⁴. Bei einer hochspezialisierten Wirtschaft, wie sie die schweizerische darstellt, kommt einem Stammpersonal eine weittragende Bedeutung zu, entwickelt sich doch ein Geist der Zusammenarbeit, ein Teamwork, erst nach längerer gegenseitiger Anpassung⁵. Der Sinn einer privaten Pensionskasse liegt nicht zuletzt darin, diejenigen Arbeitnehmer, welche infolge von Alter oder Invalidität die notwendige Leistungsfähigkeit, die von der Wirtschaft gefordert wird, nicht mehr besitzen, durch junge und unverbrauchte ersetzen zu können, ohne sie einem unbestimmten Schicksal überlassen zu müssen.

2) Vgl. Schweiz. Pensionskassenstatistik 1941/42 a. a. O., S. 27.

3) Diese Zahlen differieren von Kasse zu Kasse stark, doch dürfte der Durchschnitt zwischen 25 und 35 Jahren liegen.

4) Vgl. Hans Ulrich Baumgartner: Die Sozialpolitik der industriellen Unternehmung, betriebswirtschaftlich betrachtet, Diss. rer. pol. Bern, 1950, S. 28.

5) Vgl. Willy Brupbacher: Das Stammpersonal ein wertvolles Betriebskapital, in Schweiz. Arbeitgeber-Zeitung, 1945, Nr. 46, S. 954.

Es ist offensichtlich, dass diese beschränkte Mobilität der Arbeit auch ihre Schattenseiten hat. Abgesehen von den unzufriedenen Elementen, welche ihre Stelle nur aus Gründen der Pensionskasse nicht wechseln und den Schwierigkeiten, die sich aus diesen Gründen einem älteren Stellensuchenden in den Weg stellen können, dürften sich die negativen Auswirkungen vor allem in der Depression zeigen. Im folgenden soll auf dieses Problem kurz eingegangen werden.

Das Problem in der Depression bildet eine allgemeine Unterbeschäftigung und ein Mangel an wirksamer Nachfrage⁶. Die moderne Beschäftigungspolitik stellt für die Überwindung der Krisen verschiedene Werkzeuge zur Verfügung. Beschäftigungspolitik muss auf die Einkommensbildung durch Produktion abzielen, entweder durch Beeinflussung der Höhe der Einkommensreproduktion durch Verbrauchsausgaben oder durch Einflussnahme auf die Höhe der Investitionsnachfrage⁷.

Die staatlichen Mittel zur Erreichung dieser Ziele sind in einer monetären Politik, in fiskalischen Massnahmen, in einer Politik der Defizit Ausgaben und der Haushaltüberschüsse und in einer aktiven Investitionspolitik grundsätzlich gegeben. In der Regel wird durch eine Kombination der Mittel das Ziel der Vollbeschäftigung zu erreichen versucht. Für unsere Beurteilung soll das Mittel der Investitionspolitik des Staates isoliert betrachtet werden.

Es wird angenommen, dass sich die allgemeine Unterbeschäftigung bei den Unternehmungen, die eine betriebseigene autonome Pensionskasse besitzen, nicht in einer Entlassung ihrer Leute, sondern in vermehrten Pensionierungen⁸ und vor allem in einer allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit auswirken wird. Der Unternehmer versucht auf diese Weise, seine Betriebsangehörigen durch die Krise hindurchzubringen, während die Arbeitnehmer eine Minderbeschäftigung aus Gründen der Pensionskasse zum mindesten vorübergehend in Kauf nehmen werden.

Wenn sich eine staatliche Investitionspolitik darauf verlegt, zur Überwindung der Depression in grossem Stile öffentliche Arbeiten ausführen zu lassen, wie Bau von Schulhäusern, Strassen, Brücken, Elektrizitätswerken etc., so ist sie stark von einer grossen Mobilität der Arbeit abhängig. Je mehr Arbeitnehmer aber einer

6) Vgl. Andreas Paulsen: Neue Wirtschaftslehre, 2. Auflage, Berlin 1952, S. 234, und Gottfried Haberler: Prosperität und Depression, Zürich 1955, S. 248/49.

7) Vgl. Andreas Paulsen, S. 235.

8) Vgl. S. 60.

privaten Pensionskasse angeschlossen sind und je mehr sie deshalb auch in der Depression ein tieferes Einkommen dem Verlust der in Aussicht gestellten Pension vorziehen, desto unwirksamer wird diese Politik werden. Die Unterbeschäftigung und der Mangel an wirksamer Nachfrage sind in dieser Konstellation nicht identisch mit vollständiger Arbeitslosigkeit eines Teils der erwerbsfähigen Bevölkerung, sondern bedingt durch eine Reduktion der Arbeitszeit und damit des Lohnniveaus.

2. Der Einfluss auf Sparbildung und Zins

Die privaten Pensionskassen, soweit sie nicht auf einem Umlageverfahren beruhen, und die Fürsorgeeinrichtungen bilden Sparkapitalien. Bei der Mehrheit der Kassen findet ein mit dem Dienstverhältnis verbundenes Zwangssparen statt, das nur durch Austritt abgebrochen werden kann.

Die reale Sparbildung der Pensionskassen ergibt sich aus der Differenz zwischen Prämien- und Zinseinnahmen, freiwilligen Beiträgen und andern Einkünften einerseits und den Leistungen an die Versicherten andererseits. Institutionell gespart bleibt nur derjenige Teil der Einkünfte, der über die Ausgaben hinaus kapitalisiert wird. Der fortwährende Ausbau dieser Institutionen, das Wachstum der Bevölkerung und die Tatsache, dass sich fast keine Kassen im Beharrungszustand befinden, haben eine regelmässige Sparbildung zur Folge.

a) Das Sparen der Unselbständigerwerbenden

Aus den Untersuchungen von Prof. Christian Gasser⁹ über das Sparen der Haushalte Unselbständigerwerbender geht eine überraschende Verschiebung vom freien zum gebundenen Sparen hervor. Setzt man ihre gesamte Sparbildung gleich 100 %, so teilt sich das Sparvolumen folgendermassen auf¹⁰:

Lebensversicherungsprämien	33 %
Pensionskassenbeiträge	37 %
AHV-Beiträge	25 %
gebundenes Sparen	95 %
freies Sparen	5 %
	100 %

9) Vgl. Christian Gasser und Werner Meyer a. a. O., 1. Teil, S. 120 ff.

10) Gilt für das Jahr 1948.

Diese Aufstellung sagt zwar über den Anteil des gebundenen Sparens an der volkswirtschaftlichen Netto-Sparbildung nichts aus. Die überragende Bedeutung des Zwangssparens, wobei das Pensionskassensparen den Hauptteil für sich beansprucht, wird aber daraus sehr deutlich.

Die Pensionskassenbeiträge sind in der Regel vom Anstellungsverhältnis abhängig und meistens in einem bestimmten Prozentsatz des Lohnes festgelegt. Man könnte deshalb annehmen, dass die Familiengrösse auf die gebundene Sparquote keinen Einfluss habe. Die folgende Tabelle lässt allerdings einen starken Unterschied erkennen:

Die nominellen Ersparnisse sämtlicher Familien Unselbständigerwerbender im Jahre 1949 in Schweizer Franken

Familiengrösse (Ehepaare mit ... Kindern)	Freies Sparen	Durchschnittl. Aufwendungen für Lebens- und Pensions- versicherungen			Total Ersparnisse	Spar- quote %
		LV	PK	Total ¹¹		
0	104	306	315	622	726	7,16
1	257	251	349	601	858	8,48
2	24	264	338	601	625	6,18
3	17	263	279	542	559	5,45
4	— 39	303	175	478	439	4,12
5 und mehr	— 531	323	165	488	43	— 0,38

Quelle: Die Volkswirtschaft, 1951, 2. Heft, S. 56.

Dieser Unterschied lässt sich teilweise dadurch erklären, dass es sich meistens um Arbeiterfamilien handelt, welche einen grösseren Familienbestand aufweisen und dass die Versicherungshäufigkeit bei ihnen geringer ist als bei Angestellten ¹².

b) Das Sparangebot der Pensionskassen

Die zunehmende Kollektivisierung der Sparbildung in der Form von Pensionskassen-, Lebensversicherungs- und AHV-Sparen hat weitgehende Auswirkungen auf das Angebot am Kreditmarkt und auf die wirtschaftliche Eigentumsstruktur. Diese werden verstärkt dadurch, dass für alle drei Formen des Kollektivsparens mehr oder weniger stark begrenzte Anlagevorschriften bestehen.

11) Auf- oder abgerundete Zahlen.

12) Vgl. Christian Gasser und Werner Meyer a. a. O., 1. Teil, S. 40.

Die Anlage der Deckungskapitalien der Pensionskassen verteilen sich grundsätzlich auf dreierlei Sparten, auf Guthaben bei der Unternehmung, auf Wertschriften und auf Grundpfandtitel und Grundbesitz. Die Pensionskassenstatistik weist für 1941/42 folgende Verteilung der Deckungskapitalien auf die verschiedenen Anlagearten auf¹³⁾:

Kapitalanlagen der Pensionsversicherungseinrichtungen 1941/42

Anlagegruppen	öffentliche	gemischt- wirtschaftliche	Private	Total
Grundpfandtitel	16	45	13	18
Wertschriften	38	41	53	43
Grundbesitz	1	1	3	2
Guthaben beim Unternehmen	35	5	27	29
Flüssige Mittel und sonstige Anlagen	10	8	4	8
	100	100	100	100

Neuere Ergebnisse über die Verteilung der Vermögenslage sind leider noch nicht erhältlich. Ein Hinweis kann beim Vergleich des prozentualen Anteils der Mittel, die im Unternehmen als Guthaben angelegt sind, zwischen der obigen Statistik und der Statistik über die Personalwohlfahrtsstiftungen des Kantons Basel-Stadt für 1952 gewonnen werden. Der Vergleich zeigt, dass in beiden Fällen ungefähr ein Viertel des Vermögens beim Arbeitgeber angelegt ist. Diese Quote der zwangsweisen Sparbildung, die in der freien Sphäre den Weg vom Sparer zum Investor über das Bankensystem gefunden hätte, findet direkt den Weg zur Unternehmung. Der Finanzierung der Betriebe mit Pensionskassengeldern kommt gemeinsam mit der Eigenfinanzierung ein immer grösseres Gewicht zu. Ich bin bei meinen Untersuchungen auf eine Kasse gestossen, deren Forderung gegen das Unternehmen mehr als zweimal so gross ist, wie das Aktienkapital der Firma.

Der Anteil an Grundpfandtiteln zeigt, dass auch auf dem Hypothekarmarkt gebundene Sparkapitalien direkt Anlage suchen. Der Grundbesitz war auf Grund dieser Statistik überraschend klein.

Der überwiegende Teil der Deckungskapitalien der privaten Pensionskassen findet Anlage in Wertschriften. Eine Statistik über die genaue Verteilung der Wertschriften existiert leider nicht. Die Vorschriften der Aufsichtsbehörden lassen jedoch eine weitgehende Anlage in mündelsichern Werten wahrscheinlich sein.

13) Vgl. Schweizerische Pensionskassenstatistik 1941/42, S. 58.

Ein wichtiges Merkmal für alle Formen der Anlage der gebundenen Sparquote bildet die Tatsache, dass die Banken als Kreditvermittler dabei praktisch ganz ausfallen. Für diese kann daraus langfristig gesehen eine dauernde oder doch immer wiederkehrende Mittelknappheit zur Befriedigung der wohl noch steigenden Kreditbedürfnisse von Gewerbe, Handel und Industrie resultieren¹⁴. Die Reinvestition der Pensionskassenmittel in der Unternehmung macht zwar für einzelne davon eine Kreditaufnahme für Finanzierungszwecke bei den Banken nicht mehr oder nur in geringerem Ausmass notwendig, die Gesamtheit von Gewerbe, Handwerk und Industrie kann aber nicht auf diese Quelle greifen. Es resultiert daher daraus eine Benachteiligung der schwächeren und kleinen Unternehmungen, welche keine autonome Pensionskasse besitzen.

Das gebundene Sparen ist seiner Natur nach unelastisch. Für die am mündelsicheren Markt auftretende Kreditnachfrage besteht aber keine spezielle Bindung, sondern diese ist grösseren Schwankungen unterworfen. Die Unelastizität und Bindung des Anbieters und die Freiheit des Nachfragers haben deshalb eine tendenzielle Benachteiligung des Anbieters zur Folge.

Eine Entwicklung, die bedeutende neue Möglichkeiten, aber auch Gefahren in sich birgt, zeichnet sich in der Konzentration und „Vergesellschaftung“ der Sparform ab. Bereits heute sind die Deckungskapitalien der Pensionskassen zu einem starken Faktor geworden, die in der Weiterentwicklung zu einer grundlegenden Veränderung der wirtschaftlichen Eigentumsstruktur führen können. Obschon zwar keine solchen Fälle bekannt sind, wurde mir an einigen Orten die Befürchtung bekanntgegeben, dass die anwachsenden Forderungen der Kassen an die Unternehmung zu einer Einflussnahme der Kassenorgane und über diese der Gewerkschaften auf die Geschäftsleitung führen könnten, ja je nach der Situation die Unternehmung zu einem Bestandteil des Kassenvermögens werden könnte.

Ich bin mir durchaus bewusst, dass der von mir vorgeschlagene Investmentfonds diese Tendenz zur Konzentration und Machtzusammenballung noch verstärken würde. Durch die Forderung der Risikoverteilung müsste aber der prozentuale Anteil am Aktienkapital einer Unternehmung ohnehin beschränkt werden.

Trotz den möglichen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Eigentumsstruktur, die eine vermehrte Vergesellschaftung der Sparform haben kann, kann ich mir nicht vorstellen, dass man

14) Vgl. Fritz Richner: Präsidialadresse an der Generalversammlung der Schweiz. Bankgesellschaft vom 1. 3. 1957.

diesen Institutionen die Anlage in Ansprüchen auf Realwerte noch lange vorenthalten kann.

c) Der Einfluss des Sparangebots auf den Zinsfuss

Aus lit. a) und b) geht die überragende Bedeutung des Zwangsparens hervor. Die Untersuchungen von Prof. Gasser für das Jahr 1948 haben bei den Haushalten der Unselbständigerwerbenden einen Anteil von 37 % des Pensionskassensparens an ihrer gesamten Sparquote festgestellt. Der Anteil des Pensionskassensparens an der volkswirtschaftlichen Sparquote ist leider statistisch nicht erfasst. Die Pensionskassenstatistik weist für das Rechnungsjahr 1941/42 einen Rechnungsüberschuss von sämtlichen Pensionskassen von Fr. 133 236 000.— auf. Verglichen mit dem Netto-Sozialprodukt des Jahres 1941 von rund Fr. 10 634 000 000.— hat das Pensionskassensparen in diesem Jahre rund $1\frac{1}{4}$ % ausgemacht. Dass die Auswirkung eines so grossen Sparangebots, das relativ kontinuierlich fliesst, einen Einfluss auf den Marktzinsfuss ausübt, soll in diesem Kapitel dargestellt werden.

ca) Darstellung einer Kredittheorie des Zinses

Das Zinsphänomen stellt eines der schwierigsten theoretischen Probleme der Volkswirtschaft dar¹⁵. Die „reine“ Zinstheorie erklärt den Zinsfuss als Preis für das Kapital, der durch die Grenzproduktivität des Kapitals in einem technischen Sinne und durch gewisse psychologische Faktoren (time preference) bestimmt wird, welche die relative Dringlichkeit der gegenwärtigen und zukünftigen Bedürfnisse beeinflussen¹⁶. Die monetäre Theorie des Zinsfusses bewegt sich in Ausdrücken der Nachfrage nach und des Angebots von leihbaren Fonds (loanable Funds) resp. Krediten oder Kapitalansprüchen. Diesen Theorien hat Keynes eine rein monetäre Theorie gegenübergestellt, worin der Zinssatz vollständig von dem Angebot von und der Nachfrage nach Ersparnissen getrennt ist. Stattdessen wird er mit der Liquiditätsvorliebe und der Geldmenge erklärt¹⁷. Lutz zeigt¹⁸, dass die loanable-Funds-Theorie mit der

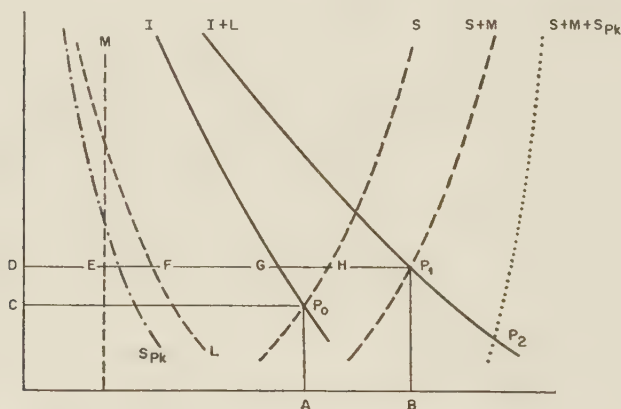
15) Vgl. dazu: Lawrence R. Klein: *The Keynesian Revolution*, London 1950, p. 117 ff.

16) Vgl. Gottfried Haberler a. a. O., S. 189.

17) Vgl. Lawrence R. Klein ebenda, p. 118, und Gottfried Haberler ebenda, S. 190.

18) Vgl. Friedrich A. Lutz: *Zinstheorie*, Zürich 1956, S. 142 ff.

Keynesschen Liquiditätstheorie durchaus in Einklang gebracht werden kann¹⁹. Für unsere Betrachtung habe ich die Darstellung von A. P. Lerner gewählt²⁰.



S stellt die Angebotskurve der Ersparnisse dar. Sie zeigt, wieviel zu jedem Zinsfuß volkswirtschaftlich gespart würde. Die Investitionskurve I zeigt an, wieviel zu jedem Zinsfuß investiert würde. P_0 , der Schnittpunkt beider Kurven markiert den „klassischen“ Gleichgewichtspunkt, wo die Ersparnisse gleich den Investitionen (beide gleich OA) beim Zinsfuß OC sind. Offensichtlich kann aber P_0 nicht der effektive Gleichgewichtspunkt sein, da zu jedem Zinsfuß eine gewisse Geldmenge gehortet und andererseits zusätzlicher Kredit geschaffen wird. Wir nehmen die Hortung als positiv an und stellen die Netto-Hortung durch die L-Kurve als eine Funktion des Zinses dar. Die zusätzliche Geldmenge, die durch das Bankensystem geschaffen wird, kommt in der M-Kurve zum Ausdruck, die hier der Einfachheit halber vom Zins unabhängig und positiv angegeben wird.

Durch Addition der Hortungskurve zu jener der Investition erhalten wir die I + L-Kurve und durch Hinzufügen des zusätzlichen Kredits zur Sparkurve die S + M-Kurve. Beim Schnittpunkt dieser beiden neuen Kurven, bei P_1 , wird der „wirkliche“ Zins be-

19) Vgl. dazu Gottfried Haberler, S. 119 ff., Lawrence R. Klein, S. 100.

20) Dieses Diagramm wird von Haberler, S. 180, Lutz, S. 150, und W. A. Jöhr: Die Konjunkturschwankungen, Bd. II, Zürich 1952, S. 225, verwendet.

stimmt, der von jenem verschieden ist, der sich ergäbe, wenn nur mit Sparen und Investieren gerechnet werden müsste. Bei diesem Zinsfuss müssen das ex ante- (beabsichtigte) Sparen und die ex ante-Investition nicht gleich sein. Der Punkt P_1 bezeichnet in gewissem Sinne eine ex post- (tatsächliche) Position, denn er bestimmt die wirklich gegebene Kreditmenge²¹. In unserer Darstellung übersteigt das ex ante-S das ex ante-I um GH. Diese Differenz ist gleich der gehorteten Geldmenge (DF) abzüglich die Steigerung der Geldmenge (DE), wobei $GH = EF$ ist.

cb) Einbezug des Sparangebotes der Pensionskassen

Wir haben die Gründe dargelegt, weshalb sinkende Zinssätze à la longue auf das Pensionskassensparen einen verstärkenden Einfluss ausüben. Diese Tendenz wird sich allerdings nur im konjunkturellen Aufschwung bemerkbar machen. In der Depression überwiegen andere Faktoren, die im nächsten Abschnitt erklärt werden sollen.

Für die Darstellung der Wirkung dieses „Zwangssparens“ erlaube ich mir eine Vereinfachung des theoretischen Modells. In einer geschlossenen Volkswirtschaft und bei einem gegebenen Volkseinkommen sei die in unserem Diagramm dargestellte S-Kurve die Sparkurve ohne Berücksichtigung des Pensionskassensparens. Die Kurven der Investition, der Liquiditätsvorliebe und der zusätzlichen Geldmenge seien wie im Modell angenommen.

Die Tendenz des Pensionskassen-Sparangebotes, das sich bei sinkendem Zinsfuss vergrößert, wird durch die neue Kurve S_{PK} ausgedrückt. Durch Hinzufügung dieser Kurve zu derjenigen von $S + M$ ergibt sich die $S + M + S_{PK}$ -Kurve. Der neue Schnittpunkt P_2 bestimmt den Zinsfuss.

Man kann noch einen Schritt weitergehen. Wenn angenommen wird, dass die Liquiditätskurve im Modell, die Liquiditätsvorliebe bei vollkommen freiem Sparangebot darstellt, so hätte die Einführung eines Zwangssparangebotes eine Verschiebung der Liquiditätskurve nach links zur Folge, da die Liquiditätsvorliebe z. B. der Pensionskassen praktisch gleich Null ist. Der Schnittpunkt der damit nach links verschobenen $I + L$ -Kurve mit der $S + M + S_{PK}$ -Kurve würde sich bei gleicher Investitionsneigung in einem noch tieferen Zinssatz äussern.

21) Vgl. Gottfried Haberler a. a. O. S. 182.

Bei einem gegebenen Volkseinkommen, gegebener freier Spar- und gegebener Investitionsneigung hat das Pensionskassen-Sparangebot zwei direkte Auswirkungen:

1. Das gesamte Sparangebot wird unelastischer.
2. Es wird zu jedem Zinssatz mehr angeboten und dieses zusätzliche Angebot wirkt auf eine Senkung des Marktzinssatzes hin.

d) Rückwirkungen auf Beschäftigung und Volkseinkommen

In diesem Abschnitt soll eine kurze Analyse der Auswirkungen der tendenziellen Zinssenkung bei sonst gegebenen Funktionen auf das Beschäftigungsniveau und das Volkseinkommen versucht werden. Zu diesem Zwecke gebe ich eine einfache theoretische Darstellung der Determinanten des Volkseinkommens und untersuche ihre Zinselastizität.

Ein erreichter Einkommensstand kann nur gehalten werden, wenn mindestens in der Höhe des Einkommens wirksame Nachfrage nach Gütern ausgeübt wird, die zur Beschäftigung der Faktoren und damit zur erneuten Einkommensbildung führen. Die Erzeugung von Verbrauchsgütern ist abhängig von der Nachfrage nach Verbrauchsgütern. Die Kapitalgüterproduktion hängt ab von den Entscheidungen der Unternehmer und für diese sind Zukunftserwartungen massgebend. Die wirksame Nachfrage der Unternehmer nach Kapitalgütern wird bestimmt durch die in einer fernerer Zukunft erwartete Nachfrage der Verbraucher nach den Verbrauchsgütern oder Diensten, die mit Hilfe dieser Kapitalgüter erstellt werden sollen²². Diese langfristige Erwartung richtet sich am voraussichtlichen Steigen oder Fallen der Nachfrage nach Verbrauchsgütern aus. Durch ihre besonderen Bestimmungsgründe ist die Nachfrage nach Kapitalgütern, d. h. das Ausmass an Investitionen viel grösseren Schwankungen ausgesetzt als die Verbrauchsgüternachfrage. Das gilt besonders, weil der Bestimmungsgrund der Nachfrage nach Verbrauchsgütern, die Einkommenshöhe, von den Schwankungen der Investitionsmenge in Mitleidenschaft gezogen wird²³ (Multiplikatorwirkung). Anders ausgedrückt folgt die Grösse der Nachfrage nach Verbrauchsgütern den Schwankungen der Einkommenshöhe, diese wiederum ist abhängig von den

22) In den folgenden grundlegenden Ausführungen halte ich mich im allgemeinen an die Darstellung von Andreas Paulsen a. a. O.

23) Vgl. Paul A. Samuelson a. a. O. S. 282/83.

Schwankungen der Höhe der Investitionen. Das eigentlich dynamische Moment des Wirtschaftsablaufs stellt also die Höhe der Investitionen dar.

Die unmittelbaren Bestimmungsgründe für die Nachfrage nach Kapitalgütern ergeben sich aus einem Vergleich der erwarteten Erträge dieser Kapitalgüter während ihrer gesamten Lebensdauer mit den Zinssätzen des Marktes. Der erwartete Ertrag der Investierung wird betrachtet als erreichbare „Verzinsung“ des investierten Geldes und mit den Zinssätzen des Marktes²⁴ verglichen. Von den auf Rentabilität ausgerichteten privaten Unternehmungen wird investiert werden bis die „Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals“, d. h. der erwartete Ertrag der letzten investierten Kapitaleinheit, bezogen auf die Erstellungskosten dieser Einheit, dem Marktzinsfuß gleich ist. Fällt die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals, so wird die Nachfrage nach Kapitalgütern fallen, es sei denn, dass der Marktzinsfuß seinerseits ebenfalls fällt, d. h. unter der neuen Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals bleibt.

Der Zins als Kostenfaktor hat in der Regel keinen ins Gewicht fallenden Einfluss auf die Kosten der Investierung bei gegebenen Erwartungen über den Verlauf der Einnahmen und Ausgaben²⁵. „Ein Fallen des Zinssatzes regt nicht die Kapitalgüterproduktion an, weil das ihre Produktionskosten senkt, sondern weil es ihren Nachfragepreis hebt“²⁶. Diejenigen Investitionen, bei denen der Entschluss zu ihrer Durchführung wesentlich von der Höhe des Marktzinssatzes abhängt, sind besonders diejenigen von langer Dauer, bei denen bereits eine kleine Senkung des Zinssatzes eine wesentliche Steigerung der Nettoinvestitionen hervorruft²⁷. Das Kennzeichen dieser Investitionen ist ein geringes Risiko.

Unter beiden Gesichtspunkten hat also unter der Voraussetzung einer Elastizität der Nettoinvestitionen in bezug auf den Zinssatz ein Sinken des Zinssatzes eine Erhöhung der Nettoinvestition zur Folge. Unter dem ersten Gesichtspunkt wird die Investierung so lange fortgeführt werden, bis die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals sich gerade auf dem Niveau des tieferen Zinssatzes mit diesem trifft. Bei langfristigen, risikoarmen Investitionen hat ein Sinken des Marktzinssatzes eine Ausdehnung der Netto-Investition zur Folge. Bei gegebener Spar- und Investitionsneigung bestimmt

24) Vgl. Erich Schneider: Einführung in die Wirtschaftstheorie, Tübingen 1955, II. Teil, S. 205.

25) Vgl. Erich Schneider a. a. O., III. Teil, S. 177.

26) Vgl. John Maynard Keynes: A Treatise on Money, Deutsche Übersetzung 1932, I, S. 211, S. 200 ff.

27) Vgl. Erich Schneider ebenda, S. 177.

die Höhe des Zinssatzes das Volkseinkommen und damit der Beschäftigung²⁸. Unter den gegebenen Voraussetzungen kann die Tendenz des Pensionskassensparangebotes, einen Druck auf den Zinsfuß auszuüben, als positiver Effekt in bezug auf Volkseinkommen und Beschäftigung gewertet werden.

3. Die Bedeutung in den wirtschaftlichen Wechsellagen

Das Sparen der Pensionskassen ergibt sich als Netto-Überschuss der Kasseneinnahmen über die Ausgaben. Es wurde bereits dargestellt, dass aus verschiedenen Gründen ein dauernder Zufluss von Deckungskapitalien stattfindet. Um die Einflüsse auf die wirtschaftlichen Wechsellagen zu untersuchen, sollen die einzelnen Determinanten dargestellt und ihre Wirkung auf Aufschwung und Niedergang analysiert werden. Der Einfachheit halber sind diese Determinanten stark verallgemeinert und für alle Kassen als bestimmend angenommen worden.

Einnahmenseite

- A Prämien der Arbeitnehmer
- B Prämien der Arbeitgeber
- C Freiwillige Zuschüsse des Arbeitgebers
- D Kapitalzinsen

Ausgabenseite

- E Rentenleistungen und Abfindungen
- D Austrittszahlungen

Im Aufschwung nimmt das Sparangebot der Pensionskassen unter der Voraussetzung stark zu, dass die Beschäftigtenzahl erhöht werden kann oder zum mindesten das Volkseinkommen zunimmt. Während die Rentenleistungen gleichbleiben oder relativ abnehmen, weil pensionsreife Arbeitnehmer noch weiter im Betrieb beschäftigt werden, nehmen die Einnahmen durch die erhöhte Zahl der Beschäftigten, die Beiträge bezahlen, oder infolge der Umstellung von Teil- auf Vollbeschäftigung zu. Da sowohl die Prämien der Arbeitgeber als ihre freiwilligen Zuwendungen im Aufschwung erfahrungsgemäss zunehmen und sich der Zinssatz im Aufschwung kaum stark nach unten verändern wird, ist ein überproportionales Steigen des Sparangebots der Pensionskassen die

28) Vgl. Erich Schneider a. a. O., III. Teil, S. 181.

Folge. Der negative Einfluss auf den Marktzinssatz kann, wie wir im letzten Abschnitt gesehen haben, auf die Investitionen einen positiven Effekt haben, wenn diese zinselastisch sind.

In der Depression sinken das Konsumtionsvolumen pro Kopf, das Produktionsvolumen pro Kopf und die Beschäftigungsrate²⁹. Bei den Unternehmungen, die eigene autonome Pensionskassen besitzen, wird sich der Beschäftigungsrückgang auf dreierlei Arten auswirken:

Zwangspensionierungen (sog. administrative Pensionierungen)

Verkürzung der Arbeitszeit

in beschränktem Ausmass in Entlassungen.

Sowohl Zwangspensionierungen als auch Entlassungen wirken sich in einer Erhöhung der Ausgaben der Kassen, also einer Verminderung des Sparangebotes aus. Es findet m. a. W. eine Verschiebung der Kurve der Sparneigung zugunsten der Konsumneigung statt (positiver Effekt).

Offensichtlich wird jedoch ein starker Rückgang der Beschäftigung nicht massgebend durch Zwangspensionierungen ausgeglichen werden können. Der entscheidende Ausgleich wird durch Verkürzung der Arbeitszeit herbeigeführt werden müssen. Wir machen für unsere Betrachtung die wohl zutreffende Voraussetzung, dass in der Depression die Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich erfolgt. Den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen kommt offensichtlich in der Depression ein starker Einfluss zu. Wir wollen die Effekte unter drei Varianten analysieren:

1. Arbeitnehmer- und evtl. Arbeitgeberbeiträge müssen in unveränderter absoluter Höhe an die Pensionskasse abgeliefert werden, ohne Rücksicht auf das tiefere Lohnniveau.
2. Die Beiträge gehen proportional zum Lohn zurück, d. h. der proportionale Anteil bleibt gleich.
3. Die Beiträge gehen progressiv zurück.

(1) Wenn der Arbeitnehmerbeitrag trotz Lohnsenkung auf einer festgesetzten Höhe gehalten wird, so wirkt sich das in einer zusätzlichen (progressiven) Lohnsenkung aus. Die Sparneigung verschiebt sich auf Kosten der Konsumneigung und das Resultat ist ein weiteres Zurückgehen der effektiven Nachfrage (sehr negativer Effekt).

(2) Unter der Annahme, dass der Arbeitnehmerbeitrag sich proportional zum Lohn verändert, kann auf die Überwindung der

29) Vgl. Gottfried Haberler a. a. O. S. 248/49.

Krise weder ein positiver noch ein negativer Effekt resultieren (neutraler Effekt).

(3) Wenn der Beitrag der Arbeitnehmer bei einer durch eine Depression bedingten Lohnsenkung progressiv sinkt, so kann dadurch ein Teil des Lohnausfalles kompensiert werden. Auf dem tieferen Beschäftigungsniveau und geringerem Volkseinkommen wirkt sich eine progressive Reduktion der Beiträge in einer Verschiebung der Konsumneigung auf Kosten der Sparneigung aus (sehr positiver Effekt).

Die Effekte für die Arbeitgeberbeiträge können nicht ohne weiteres gleich angenommen werden, da es fraglich ist, ob die Arbeitgeber bei einer prozentualen oder progressiven Reduktion der Beiträge die Differenz in den Konsumsektor leiten würden.

Auch die andern Einnahmenkomponenten der Pensionskassen, die freiwilligen Zuschüsse des Arbeitgebers und die Kapitalzinsen, werden in der Depression abnehmen. Gesamthaft zeigt sich die Auswirkung der Depression in einem überproportionalen Sinken des Sparangebotes der Pensionskassen (positiver Effekt).

Die Prüfung der einzelnen Determinanten zeigt, dass sich alle Faktoren, mit Ausnahme der Variation 1 bei den Arbeitnehmerbeiträgen, entweder positiv oder neutral den Konjunkturschwankungen gegenüber verhalten. Bei einem konjunkturellen Niedergang verschiebt sich die Pensionskassen-Sparneigung zugunsten der Konsumneigung und umgekehrt. Damit wäre ein automatischer antizyklischer Effekt gegeben.

Wir haben aber gezeigt, dass dieser Effekt nur wirkungsvoll funktionieren kann, wenn die Arbeitnehmerbeiträge in der Depression progressiv fallen, weil dadurch eine Steigerung der Konsumentennachfrage im Gegensatz zur Variante 1 oder 2 möglich wäre. Im kumulativen Expansionsprozess ist dies aber ein unerlässliches Glied, das nicht nur zur Erholung der Konsumgüterindustrien, sondern auch zur Anregung der Investition beitragen würde³⁰. Diese Einsicht hat jedoch noch nicht bei vielen dieser Institutionen Platz ergriffen, so dass dieser äusserst positive Effekt gesamthaft kaum zum Zuge kommt. Versicherungstechnisch liesse sich die Lösung darin finden, dass einer sogenannten Dachstiftung in guten Zeiten vom Arbeitgeber evtl. unter teilweiser Einbeziehung der Arbeitnehmer Mittel zugewendet werden, die in der Depression dazu dienen können, die Beiträge für die Arbeitnehmer und Arbeitgeber an die Pensionskasse zu leisten.

30) Vgl. dazu auch Lawrence R. Klein a. a. O., S. 171.

Im Gegensatz zur Arbeitslosenversicherung, die einen eingebauten Stabilisator *par excellence* verkörpert³¹, können die Effekte, die vorstehend geschildert wurden, keine automatische Stabilisierung zur Folge haben. Der hauptsächlichste Unterschied besteht darin, dass die Pensionskassen durch ihren dauernden Weiterausbau, ihre relative „Jugend“, durch die Erfassung immer weiterer Kreise und der Tatsache der Kapitaldeckung in einem kumulativen Fondsbildungsprozess begriffen sind, der sich mit den analysierten Schwankungen über die wirtschaftlichen Wechsellagen hinwegzieht. Bei der Arbeitslosenversicherung und der Budgetpolitik hingegen wird in Perioden hoher Prosperität und annähernder Vollbeschäftigung ein Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben und in Perioden der Deflation und anormal hoher Arbeitslosigkeit ein Überschuss der Ausgaben über die Einnahmen erzielt³².

Wenn also bei den Pensionskassen nicht von einem automatischen Stabilisator gesprochen werden kann, so ist die dargestellte Wirkung der Determination im Aufschwung und Niedergang doch durch gewisse antizyklische Verhaltensweisen gekennzeichnet. Diese antizyklischen Effekte sind aber überlagert von einer dauernden Kapitalakkumulation durch diese Perioden hindurch.

10. Kapitel

Die soziale Bedeutung

Die „soziale Frage“ entstand in einer Zeit der Industrialisierung und Technisierung und nach der grossen freiheitlichen Gesetzgebung um die Wende des 18. und 19. Jahrhunderts. Schlechte Lebensbedingungen, unzureichende Entlohnung, lange Arbeitszeiten, Schädigung der Gesundheit, Kinderarbeit und Unsicherheit der Existenz vieler Fabrikarbeiter, stellten die soziale Frage dieser Zeit des beginnenden 19. Jahrhunderts dar. Die damalige soziale Frage, die sich am deutlichsten in den stark industrialisierten Ländern mit einer Konzentration von Arbeitskräften zeigte, war mehr als die Krisis auf einem Lebensgebiet; sich vielfach wandelnd sollte sie zur Zentralfrage der Gesellschaft, der innern Politik und der Kultur werden¹.

31) Vgl. Heinz Haller: Finanzpolitik, Zürich 1957, S. 153.

32) Vgl. Erich Schneider a. a. O., III. Teil, S. 272 ff.

1) Vgl. Walter Eucken a. a. O., S. 185.

1. Grundsätzliche Betrachtungen zur Sozialpolitik

Die Stellungnahme zur Sozialpolitik ist letzten Endes weltanschaulich bedingt. Immerhin kann man sie, wie jede andere politische Frage auch, aus dem Zusammenhang der allgemeinen Gesellschafts-, Wirtschafts- und Rechtsordnung eines Landes nicht herauslösen. Notwendigerweise wird die Sozialpolitik in einem Industriestaat anders gehandhabt als in einem Agrarstaat, in einer individualistischen Ordnung anders als in einer kollektivistischen.

Die optimale Lösung der sozialen Frage in einer freiheitlichen Gesellschafts-, Staats- und Wirtschaftsordnung wird weder in staatlichen und vertraglichen, noch in freiwilligen Sozialleistungen der Unternehmungen bestehen, sondern in einer allgemeinen Ausweitung des individuellen Wohlstandes, der es dem einzelnen Wirtschaftssubjekt ermöglichen sollte, selbst für sich und seine Angehörigen Vorsorge für die Wechselfälle des Lebens zu treffen². Die beste Sozialpolitik wäre m. a. W. diejenige, welche sich selbst erübrigt. Den Wechselfällen des Lebens würde man nicht durch nachträgliche Korrekturen ihrer Auswirkungen, sondern vor allem durch Massnahmen zu ihrer Verhinderung entgegenzutreten. Als notwendige Voraussetzungen nennt Hensen³:

1. Einen hohen Grad wirtschaftlicher Aktivität.
2. Arbeits- und damit Verdienstmöglichkeiten für jeden Erwerbsfähigen und -willigen.
3. Langfristige Stabilität der Währung.
4. Einkommensverhältnisse, die überhaupt eine ausreichende Eigenvorsorge ermöglichen.

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, diese Voraussetzungen einer Prüfung zu unterziehen. Es ist aber auch gar keine wissenschaftliche Untersuchung notwendig, um zu erkennen, dass es bis jetzt noch keinem Wirtschaftssystem gelungen ist, diese Voraussetzungen zu garantieren.

Einen hohen Grad wirtschaftlicher Aktivität aufrechtzuerhalten, wird mit den heutigen Mitteln der aktiven Konjunkturpolitik möglich sein. Artikel 55 und 56 der United Nations Charter verpflichten z. B. die Mitgliederstaaten auf die Politik der Vollbeschäftigung⁴.

2) Vgl. C. Mötteli: Die betriebliche Sozialpolitik, in Wirtschaft und Recht, Nr. 1, 1955, S. 73.

3) Vgl. Hartmut Hensen: Die Finanzen der Sozialen Sicherung im Kreislauf der Wirtschaft, Kiel 1955, Kieler Studien 36, S. 126 ff.

Die zweite Voraussetzung ist nur mit Einschränkungen gültig. Die durch und durch technisierte Wirtschaft verlangt äusserst leistungsfähige Arbeiter und Angestellte und demgemäss eine Ausscheidung derjenigen Wirtschaftssubjekte, welche infolge von Alter, Krankheit oder Invalidität den Anforderungen nicht mehr gewachsen sind.

Dass die Voraussetzung der langfristigen Stabilität der Währung fragwürdig ist, haben wir in unserer Arbeit mehrmals betont.

Die vierte Bedingung, dass die Einkommensverhältnisse eine ausreichende Eigenvorsorge ermöglichen sollten, scheint in der Schweiz im allgemeinen gegeben zu sein. Solange jedoch von der Geldwertseite her und verstärkt durch eine Steuerpolitik die Ersparnisse im Laufe der Jahre entwertet werden, kann von einer allgemeinen Eigenvorsorge keine Rede sein. Unter diesen Gesichtspunkten muss denn einer Sozialpolitik, die dem Bedürfnis des einzelnen nach wirtschaftlicher Sicherung gerecht wird, zugeprochen werden.

Im Rahmen der schweizerischen Sozialpolitik nimmt die Sicherung vor den wirtschaftlichen Folgen des Alters, des Todes und der Invalidität eine überragende Stellung ein. Das Bedürfnis des einzelnen Bürgers nach wirtschaftlicher Sicherung war zweifellos latent immer vorhanden, ist jedoch seit dem ersten Weltkrieg recht eigentlich durchgebrochen. Ist diese Erscheinung an sich eine direkte Folge der gesellschaftlichen Desintegration der modernen Zeit, die den einzelnen Menschen aus den kleinen Gemeinschaften, in die er eingebettet war, herausgerissen hat, so hat sich mehr und mehr die Überzeugung durchgesetzt, dass durch zweckentsprechende Vorkehrungen ein Optimum an wirtschaftlicher Sicherheit gewährt werden könne⁵.

Man kann sich grundsätzlich fragen, in wessen Händen mehr Garantie für ein Höchstmass an Sicherung liegt, beim Staat oder im Schoss von arbeitgebenden Betrieben. Zweifellos können die privaten Pensionskassen niemals einen ganzen Volkskörper individuell erfassen, wie das einer staatlichen Versicherung ohne weiteres möglich ist. Es ist deshalb richtig, dass vom Standpunkt der grössten Breitenwirkung aus betrachtet die staatliche Altersversicherung der privaten überlegen ist. Damit ist aber noch gar nichts über die Überlegenheit des einen über das andere System gesagt.

4) Vgl. UN-Veröffentlichung: National and International Measures for Full Employment, Lake Success 1949, S. 5/6.

5) Vgl. Otto Fischer: Die ökonomischen Aspekte der Sozialpolitik, in Wirtschaft und Recht, Nr. 1, 1955, S. 58.

2. Die Bestimmung der Sozialpolitik

Jegliche Sozialpolitik, ob staatliche oder private, muss schlussendlich von der Wirtschaft getragen werden. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des einzelnen Unternehmens bestimmt seine Sozialpolitik genauso, wie der staatlichen Sozialpolitik die Grenzen durch die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft gesetzt sind. Im privaten Sektor sind die Möglichkeiten der Personalfürsorge direkt abhängig und begrenzt von den ökonomischen Möglichkeiten der Unternehmung. Es resultiert daraus eine gegenseitige Abhängigkeit von Arbeitnehmer und -geber. Beide haben ein Interesse daran, die Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit des Betriebes zu festigen und damit die Existenz und die Verbesserung der Personalfürsorgeeinrichtungen zu gewährleisten. Diese Interessen- und Schicksalsgemeinschaft von Unternehmung und Arbeitnehmerschaft trägt viel dazu bei, das gegenseitige Vertrauen zu fördern und ist nicht zuletzt ein Mittel, um den Arbeitsfrieden zu erhalten und soziale Spannungen überbrücken zu können.

Das Verantwortungsbewusstsein des Einzelnen in der Beurteilung der wirtschaftlichen Möglichkeiten der Personalfürsorge resp. der Sicherung kann sich logischerweise am besten im Rahmen der arbeitgebenden Unternehmung bilden. Wenn die Träger der Sozialpolitik nicht mehr ein Unternehmen und seine Betriebsangehörigen sind, sondern ein anonymes Staatswesen, dessen Leistungsfähigkeit nicht genau bestimmt werden kann, und wo der einzelne ausser mit dem Stimmzettel keinen Einfluss ausüben kann, so wird auch die Verantwortung vom Einzelnen auf den Staat abgewälzt.

3. Die Gestaltung der Altersvorsorge

Die Gestaltung von Pensionskassen auf privater Ebene unterscheidet sich notwendigerweise grundlegend von der staatlichen Altersversicherung. Eine staatliche Kasse kann nicht anders als schematisch sein und ist nicht in der Lage, auf die verschieden gelagerten einzelnen Bedürfnisse und Begebenheiten Rücksicht zu nehmen. Sie kann weder die unterschiedlichen Verhältnisse der regionalen Lebensgewohnheiten von Stadt und Land noch der differenzierten Lebenshaltungskosten, vor allem der Mieten, berücksichtigen.

Die Anonymität des staatlichen Versicherungsträgers behaftet dieses Sozialwerk zudem mit einer solchen seelischen Leere und

Lieblosigkeit, dass von den Versicherten kein verantwortungsbewusstes Handeln erwartet werden kann, sondern dass sie im Gegenteil die Ansprüche an das staatliche Sozialwerk ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Tragfähigkeit vergrössern werden, denn, um mit Salin zu reden⁶, wo die Seele beim Geben fehlt, kann man nicht Seele beim Nehmen, kann man nicht schweigenden oder gar ausgesprochenen Dank und noch weniger ein Gefühl des Verpflichtetseins durch diese „Sozialleistung“ erwarten.

Den privaten Pensionskassen, die zum überwiegenden Teil unter Mitwirkung der Arbeitnehmer gestaltet und verwaltet werden, ist es hingegen möglich, eine den Verhältnissen adäquate, individuelle Gestaltung und Behandlung zu gewährleisten. Dazu kommt, dass die privaten Pensionskassen wohl die wichtigste, aber nicht die einzige Art betrieblicher Sozialpolitik darstellt, sondern sich organisch darin einfügt. So bleibt z. B. der Kontakt zwischen den Pensionierten und der vertrauten Arbeitsgemeinschaft in den meisten Fällen weiter bestehen. Von verschiedenen Firmen wird er sogar direkt gepflegt, indem den Pensionierten z. B. firmaeigenes Land zur Gartenarbeit überlassen wird, dass unter Arbeitnehmerchaft und Pensionierten Vorträge, Wettbewerbe und Ausstellungen organisiert werden u. a. m. Andere Unternehmungen wieder sind in der Festsetzung des Höchstalters sehr tolerant. So ist mir eine sehr grosse Fabrik bekannt, die keine „Muss-Pensionierten“ kennt. Diejenigen Arbeitnehmer, die das Höchstalter erreicht haben, können auf Wunsch weiterarbeiten bis sie 68 oder 70 Jahre alt sind. Von dieser Möglichkeit machen im vorliegenden Fall erstaunlicherweise etwa 90 % Gebrauch. Dies geschieht meistens nicht aus finanziellen Gründen, sondern weil es vielen schwer fällt, nach einem arbeitsamen Leben plötzlich die Hände in den Schoß legen zu müssen. Mehr und mehr setzt sich auch der Gedanke einer betriebseigenen Fürsorgerin durch, die sich nicht nur mit den sozialen Problemen der aktiven Arbeitnehmer, sondern auch mit denjenigen der Pensionierten auseinandersetzt.

4. Die Ergänzung von staatlicher und privater Altersvorsorge

Wir haben anerkannt, dass sozialpolitische Massnahmen zur Aufrechterhaltung der gegebenen Wirtschafts- und Sozialordnung notwendig sind, dass diese aber gleichzeitig wegen der ihr inne-

6) Vgl. Edgar Salin: Von der Sozialpolitik zum Recht auf Arbeit a. a. O S. 284.

wohnenden kollektivistischen Ordnungsprinzipien diese Ordnung selbst gefährden können. Da private Pensionskassen sowohl den individuellen Gegebenheiten Rechnung tragen können und ihre Ausgestaltung durch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Betriebes bestimmt wird, sie aber andererseits nicht in der Lage sind, die wünschenswerte Breitenwirkung zu erzielen, wird das Optimum darin liegen, dass sich private und staatliche Altersversicherung in organischer Weise ergänzen. In der Schweiz hat die Einführung der Eidgenössischen Alters- und Hinterbliebenenversicherung dem ganzen Volk eine gewisse Mindestsicherung im Alter garantiert. Ihre sehr späte Einführung hat aber die privaten Kassen bereits derart an Bedeutung gewinnen lassen, dass für eine obligatorische staatliche Altersversicherung, die mehr als Mindestsicherungen gewährt, gar kein Bedürfnis vorhanden ist.

11. Kapitel

Die soziologische Bedeutung

Im geschichtlichen Teil habe ich auf die Probleme der neuen sozialen Schicht der industriellen Arbeitnehmer aufmerksam gemacht. In allen Industrieländern hat eine Sozialpolitik eingesetzt, die diese neuen Probleme meistern sollte. Die Lösung der sozialen Frage ist nicht nur ein finanzielles Problem und deshalb durch finanzielle Mittel allein auch gar nicht zu lösen. Von ausschlaggebender Bedeutung für das Wohlergehen der Gesellschaft und ihrer Substrukturen ist das Verhältnis von Mensch zu Mensch im Staat, in der Familie und im Betrieb. Eine wirkliche Wiedereingliederung des Menschen in eine Gemeinschaft wird keiner staatlichen Sozialpolitik jemals möglich sein und deshalb ist von dieser Seite auch keine Aufhebung der Proletarisierung und keine Lösung der sozialen Frage zu erwarten¹. Im Gegenteil ist der Einzelne dem abstrakt und anonym arbeitenden, bürokratischen und zentralistischen Riesenapparat der staatlichen Sozialpolitik gegenüber nicht ein Glied der Gemeinschaft, sondern wird zu einem Rädchen in einem grossen Mechanismus degradiert.

Die Entwicklung der privaten Pensionskassen in der Schweiz gegen Ende des 19. und vor allem im beginnenden 20. Jahrhundert hat einer staatlichen Alters- und Hinterlassenenversicherung während langer Zeit keinen Raum übrig gelassen. Zwar wurde

1) Vgl. Walter Heinrich: Die soziale Frage, Jena 1934, S. 67.

durch Volksabstimmung vom 6. Dezember 1925 der Errichtung einer Eidgenössischen Alters- und Hinterlassenenversicherung zugestimmt, doch wurde schon der erste Gesetzesentwurf im Jahre 1931 verworfen². Nebst den Standesinitiativen der Kantone Genf, Neuenburg, Bern und Aargau bildete die am 25. Juli 1942 eingereichte Volksinitiative über die Verwendung der Lohn- und Verdienstauegleichskassen für die Alters- und Hinterbliebenenversicherung den neuesten Vorstoss, der dann schliesslich 1948 zur gesetzlichen Einführung der Eidgenössischen AHV führte.

Die Tatsache, dass die schweizerischen Industrien, entweder gemeinsam mit den Arbeitnehmern oder allein, die Vorsorge für Alter, Tod und Invalidität schon frühzeitig selber an die Hand nahmen und stark ausbauten, dass sie deshalb einer staatlichen AHV lange Zeit den Boden unter den Füssen weggenommen hatten, liess die ungesunden Auswirkungen eines Massenproletariats, das Schutz vor seiner unsicheren Existenz beim Staat suchte und von ihm forderte, in der Schweiz nicht aufkommen. Es können im Gegenteil Ansätze zur Bildung von neuen Gemeinschaften im Sinne von „Betriebsgemeinschaften“ festgestellt werden, die nicht zuletzt der betrieblichen Sozialpolitik im allgemeinen und den privaten Pensionskassen im speziellen zu verdanken sind. Wir wollen in diesem Kapitel diese Aspekte näher untersuchen.

1. Die Verwurzelung der Arbeitnehmer

Als eines der bedeutsamsten Ergebnisse der betrieblichen Vorsorge für Alter, Krankheit, Invalidität, Tod u. a. m., die heute zu fast selbstverständlichen Einrichtungen der industriellen Unternehmungen gehören, darf die Wiederverwurzelung der Arbeitnehmer und ihre Eingliederung in eine Gemeinschaft gewertet werden. Wird zwar einerseits aus reinen Produktivitätsgründen von der Firma aus diese Bindung der Arbeitnehmer an den Betrieb bewusst und gewollt gestaltet, so hat andererseits das Bewusstsein des Einzelnen, dass für ihn im Alter und in sonstiger Not gesorgt wird, zur Folge, dass sich sein Verhältnis zur Unternehmung nicht als dasjenige gegenüber einem „Klassenfeind“ gestaltet, sondern dass er mit Unternehmung und Betriebspersonal verwachsen wird.

Dieses Verhältnis und die Wandlung der Einstellung zwischen

2) Vgl. Schweiz. Pensionskassenstatistik 1941/42, S. 1.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer wird durch Golay treffend wiedergegeben³⁾:

„Ouvrier et patron collaborent souvent dans un esprit de réciproque confiance. L'antagonisme qui autrefois caractérisait souvent l'atmosphère tend à disparaître, et à des rapports d'indifférence ou même d'agressivité se sont substituées des relations normales, voire courtoises, dans tous les cas plus franches, au fur et à mesure que la promotion de l'ouvrier a été reconnue et s'est traduite par des contacts d'homme à l'homme.“

2. Aktive Mitträgerschaft der Arbeitnehmer

Von ausserordentlicher Wichtigkeit und Tragweite bei der Grosszahl der privaten Pensionskassen ist die Tatsache, dass die Leistungen der Kassen in den wenigsten Fällen reine Fürsorgeleistungen darstellen, sondern dass die Fonds unter aktiver Mitwirkung der Arbeitnehmer geäufnet worden sind, so dass diese ein moralisches und ein gesetzliches Recht auf Leistung besitzen. Das Mitbestimmungsrecht der Kassenmitglieder, das sich in der Praxis gut bewährt hat und durch den neuen Gesetzesvorschlag eine rechtliche Verankerung finden sollte, hilft in grossem Ausmasse mit, die Selbstverantwortung der Arbeitnehmer zu stärken. Es scheint mir, dass auf diesem Wege ein gewisser Ausgleich gefunden werden kann, der die Trennung von Arbeit und Kapital als Folge der Industrialisierung und die daraus resultierende Fremdbestimmtheit zwischen Mensch und Arbeit oder Arbeitnehmer und Betrieb auflockert.

Die Entwicklung der Selbstverantwortung und der Selbstverwaltung der Sozialpartner im Rahmen der betrieblichen Pensionskassen hat die wichtige Tendenz und Eigenschaft, dass sie sich von unten nach oben aufbaut, die unmittelbar Beteiligten zu verantwortungsvollem Mitwirken heranzieht und somit den Willen zur Selbsthilfe, der für die Existenz einer freiheitlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung von entscheidender Bedeutung ist, stärkt. Denn jede Form von sozialer Sicherheit, die den Willen des Menschen zur eigenen Verantwortung schwächt, die Treue, Fleiss, Initiative, Wagemut, Zuverlässigkeit herabmindert oder in Gefahr bringt, wird auf die Dauer eine solche soziale Sicherheit selbst vernichten, da sie ohne Verantwortungsbewusstsein des

3) Vgl. Jean Golay: Les problèmes sociaux dans l'entreprise en Suisse, in Revue économique et sociale, Lausanne juillet 1957, S. 224.

Einzelnen nicht bestehen kann⁴. Dass dieser Erkenntnis sogar in sozialistischen Kreisen Gehör geschenkt wird, zeigt folgender Ausschnitt⁵:

„Nicht der Grundsatz der sozialen Sicherheit steht in Frage, sondern einzig und allein die Mittel und Methoden zu seiner Verwirklichung und die ausserwirtschaftlichen Werte, die ihm gegebenenfalls geopfert werden sollen. Was nun diese ausserwirtschaftlichen Werte anbetrifft, so wird vielerorts angenommen, dass gerade die soziale und wirtschaftliche Sicherheit den Boden bilde, auf dem alle menschlichen Fähigkeiten zur schönsten Blüte gedeihen würden. Man befreie den Menschen von materiellen Sorgen und man werde staunen, zu welchem Höhenflug sich sein Geist, seine schöpferische Phantasie und Kraft und seine künstlerische Geschicklichkeit erheben werden. — Welchen Einfluss man der sozialen und wirtschaftlichen Umwelt auf die geistige und kulturelle Entwicklung der Einzelpersonlichkeit immer zubilligen will — fest steht jedenfalls, dass der Mensch über die Befriedigung mehr oder weniger animalischer Bedürfnisse nicht sehr weit hinausgelangt, wenn er nicht innert eines Bestimmten die volle Verantwortung für sein Tun und Lassen übernimmt.“

3. Bildung einer Betriebs- und Schicksalsgemeinschaft

„Contrairement à l'assurance, la prévoyance n'est pas une opération financière indépendante, mais elle découle d'une communauté résultant de la collaboration au sein d'une entreprise. Vu cette communauté est largement indépendante de la monnaie, la question monétaire peut aussi ne pas être déterminante pour la prévoyance. Nous avons tous vu, notamment dans les pays voisins, les monnaies s'effrondre et les entreprises se maintenir en général malgré tout. Dans la prévoyance on trouvera toujours les voies et moyens pour aider le personnel âgé et méritant, même si la fortune de la caisse de prévoyance était perdue par suite de dépréciation monétaire ou d'autres circonstances. Le lien entre la prévoyance et les rapports de service ne doit pas être perdu de vue même dans la question des placements de capitaux. D'un côté, on accordera la plus grande importance au renforcement et au maintien d'une entreprise saine; on peut considérer les soins données à l'entreprise comme le placement le plus simple, le plus naturel et le meilleur en valeur réelle“⁶.

4) Vgl. Jakob David: Soziale Grundströmungen, Schriftenreihe des CAB, Heft 2, 1948.

5) Vgl. Vital Gawronski: Die Arbeiterschaft, die Demokratie und die Freiheitsrechte, in Festgabe für Konrad Ilg, Bern 1947.

6) Vgl. Personalfürsorge a. a. O Bd. 1, Nr. 4, 1957, S. 246.

Die Verbundenheit zwischen Arbeitgeber und seinem Betriebspersonal ist stark von seiner sozialen Haltung abhängig. Das Bewusstsein, dass die soziale Sicherheit vom Betrieb nur garantiert werden kann, wenn er leistungsfähig und konkurrenzfähig ist und also direkt vom Einsatz des einzelnen Wirtschaftssubjektes abhängt, hat nach Erfahrungen aus der Praxis zu einem starken Zusammenhalt von Arbeitgeber und -nehmer geführt, der sich speziell in schlechten Zeiten stark ausgeprägt hat. So sind mehrere Beispiele vor allem aus der Krise der 1930er Jahre bekannt, wo die Arbeitnehmer einer Sanierung der Firma mit Hilfe des Pensionskassenkapitals voll zustimmten, um ihr die Weiterexistenz und ihnen den Arbeitsplatz zu erhalten⁷. In allen Fällen konnten sich die Firmen wieder erholen und die Pensionskasse wieder auf ihren früheren Stand und darüber bringen. Andererseits hat sich z. B. in Deutschland gezeigt, dass diejenigen Pensionskassen, deren Deckungskapital durch Krieg und Inflation weitgehend verlustig ging, durch grosse finanzielle Opfer der dahinterstehenden Firmen wieder ins Leben zurückgerufen wurden oder dass diese anderweitig für ihre Pensionierten sorgten⁸.

4. Sicherheit in einer individualistischen Ordnung

Das eigentliche Proletarierschicksal bestand im Hochkapitalismus vor allem in der Unsicherheit. Die Werktätigen des Industrialismus waren ganz auf sich selbst angewiesen. In Zeiten von Konjunkturrückschlägen, im Alter, bei Invalidität und Krankheit war ihre Existenz in keiner Weise gesichert, es sei denn, sie besaßen daneben ein eigenes Heimwesen, das zum mindesten die ärgste Not überbrücken half. Es ist deshalb kaum verwunderlich, dass sozialistische Ideologien, die in einer staatlichen Planwirtschaft Gleichheit und Sicherheit prophezeiten, stark Fuss fassen konnten und heute noch, trotz veränderter Konstellation wirksam sind. Das Problem war wirklich ernst.

Auch von liberaler Seite wurden Vorschläge gemacht, um der Verproletarisierung und Vermassung entgegenzuwirken. So sah z. B. Röpke⁹ in seinem Dritten Weg die Lösung des Problems in einer Dezentralisation der Industrie, der Zurückführung zum eigenen bäuerlichen Heimwesen und Garten etc. Dass diesem Weg

7) Vgl. Hans Gerold Wirz a. a. O., S. 296/97.

8) Vgl. A. Weiss a. a. O., S. 214 ff.

9) Wilhelm Röpke a. a. O., vgl. auch Walter Heinrich a. a. O.

in einer Zeit der fortschreitenden Automatisierung und Konzentration kein Erfolg beschieden sein kann, ist nicht schwer einzusehen. Anders lag es bei den sozialistischen Vorstößen. Diese wollten die Entwicklung nicht rückgängig machen, sondern stellten für eine planwirtschaftliche, staatlich gelenkte Wirtschaft den Anspruch auf, dass diese nebst den Forderungen nach Gleichheit etc. die Sicherheit der einzelnen Wirtschaftsobjekte in einer Weise gewährleisten würde, wie das dem kapitalistischen System niemals möglich sei. Dass diese vermeintliche Sicherheit auf Kosten der individuellen Freiheit ging, schien nicht allzu wichtig. „Freiheit sei dem modernen Menschen ziemlich gleichgültig. Er wolle vor allem Sicherheit. Da aber die Wirtschaftspolitik zentraler Leitung Sicherheit verbürge, gehöre ihr die Zukunft“¹⁰, so argumentierte man. Die Erfahrungen der planwirtschaftlichen Staaten haben nicht wenig dazu beigetragen, solchen Propheten die Augen zu öffnen. Die Unsicherheit hat sich dort auf andere Lebensgebiete verlagert und die soziale Frage des 19. Jahrhunderts durch eine neue ersetzt.

Das soziale Klima in den sogenannten „kapitalistischen“ Staaten, aber vor allem in der Schweiz, hat sich stark verbessert. Seit 1936 hat die Schweiz weder Arbeitslosigkeit noch Streiks noch soziale Konflikte gehabt. Die mehr oder weniger stark anhaltende Vollbeschäftigung, verbunden mit einer gerechten und tragbaren Sozialpolitik hat dazu wohl den Ausschlag gegeben. Dabei kann den privaten Pensionskassen ein starker Anteil zugemessen werden.

10) Vgl. Walter Eucken a. a. O., S. 125.

Allgemeine Literatur- und Quellenangabe

- Aebli, Dietegen: Wohlfahrtseinrichtungen privater Unternehmungen, in Handbuch der Schweiz. Volkswirtschaft, 2. Ausgabe, 1955, S. 620 ff.
- Baumgartner, Hans Ulrich: Die Sozialpolitik der industriellen Unternehmung, betriebswirtschaftlich betrachtet. Diss. rer. pol., Bern 1950.
- Beckerath, Herberth von: Grossindustrie und Gesellschaftsordnung, Zürich und Tübingen 1954.
- Borkowsky, Rudolf: Gesamtwirtschaftliche Überlegungen zum Problem des Rentners und der Altersfürsorge, in Wirtschaft und Recht, Heft 3 1955, S. 207.
- Böhmert, Victor: Arbeiterverhältnisse und Fabrikeinrichtungen in der Schweiz, 2 Bde., Zürich 1873.
- Brupbacher, Willy: Das Stammpersonal ein wertvolles Betriebskapital, in Schweiz. Arbeitgeber-Zeitung, 1945 Nr. 46, S. 954.
- Brüschweiler, Carl: Industrialisierung und Verstädterung in der Schweiz, in: Die Schweiz als Kleinstaat in der Weltwirtschaft, HHS, St. Gallen.
- Bürgi, W. F.: Zu den neuen Bestimmungen im Dienstvertrags- und Stiftungsrecht, in Schweiz. Zeitschrift für Sozialversicherung, 1. Jg., Heft 2, Bern 1957.
- Der Wohlfahrtsfonds privatwirtschaftlicher Unternehmungen im schweizerischen Recht, Zürich und St. Gallen 1950.
- David, Jakob: Soziale Grundströmungen, Schriftenreihe des CAB, Heft 2, 1948.
- Dreissig Jahre Aktiengesellschaft vormals Georg Fischer Schaffhausen.
- Ermatinger, Gerold: Kapital und Ethos, Erlenbach-ZH 1936.
- Ernst, Johann Rudolf: Die Wertbeständigkeit in der Lebensversicherung, Studie beim Verfasser.
- Eucken, Walter: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Bern u. Tübingen 1952.
- Farman C. H.: Old Age, Survivors and Invalidity Programs Throughout the World, Washington 1954.
- Fischer, Otto: Die ökonomischen Aspekte der Sozialpolitik, in Wirtschaft und Recht, Nr. 1, 1955, S. 58.
- Gasser, Christian, und Meyer, Werner: Der schweizerische Kapitalmarkt, 2 Bde., Zürich und St. Gallen 1952.
- Gauss, Carl: Geschichte des Kammergutes der reformierten Landpfarrer des ehemaligen Gesamtkantons Basel.
- Gawronski, Vital: Die Arbeiterschaft, die Demokratie und die Freiheitsrechte, in Festgabe für Konrad Ilg, Bern 1947.
- Golay, Jean: Les problèmes sociaux dans l'entreprise en Suisse, in Revue économique et sociale, Lausanne, juillet 1957, S. 224.
- Gradison, W. D. Jr.: Key Questions in Pension Funds Investment, in Harvard Business Review, Juli/Aug. 1955, vol. 33, No. 4, S. 84 ff.

- Grütter, W.: Pensionskassen, in Hb. der Schweiz. Volkswirtschaft 1955, Bd. II, S. 237 ff.
- Die Deckungsfrage in der privaten und in der öffentlichen Versicherung, in Mitteilungen der Vereinigung schweiz. Versicherungsmathematiker, Bern, 50. Bd., Heft 1, S. 25.
- Guhl, Theo: Das Schweizerische Obligationenrecht, 4. Auflage, Bern 1948.
- Haberler, Gottfried: Prosperität und Depression, Zürich 1955.
- Haller, Heinz: Finanzpolitik, Zürich 1957.
- Hensen, Hartmut: Die Finanzen der sozialen Sicherung im Kreislauf der Wirtschaft, Kiel 1955, Kieler Studien No. 36.
- Heinrich, Walter: Die soziale Frage, Jena 1934.
- Jöhr, W. A.: Die Konjunkturschwankungen, Zürich 1952.
- Keynes, John Maynard: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, München und Leipzig 1936 (deutsche Übersetzung).
- A Treatise on Money, deutsche Übersetzung 1932.
- Kapitalanlagepolitik der Lebensversicherungsgesellschaften nach englischer Auffassung, in Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft, 27. Bd., Berlin 1927, S. 36/37.
- Kaiser, E.: Grundzüge der vierten Revision der AHV und der vorgesehenen Eidg. Invalidenversicherung, in Personalfürsorge, Bd. 1, Nr. 4, 1957, S. 221.
- Klein, Lawrence R.: The Keynesian Revolution, London 1950.
- Lutz, Friedrich A.: Zinstheorie, Zürich 1956.
- Matti, A.: Die Versicherungseinrichtungen, in Neue Zürcher Zeitung Nr. 1925 vom 7. 8. 1954.
- Mötteli, C.: Die betriebliche Sozialpolitik, in Wirtschaft und Recht, Nr. 1, 1955, S. 73.
- Müller, Hans: Die Pensionskassen und Gruppenlebensversicherungen privater Unternehmungen in der Schweiz, Diss. Volkswirtschaft, Zürich 1949.
- Noack, A.: Über eine in den USA eingeführte Altersrente, deren Höhe sich den Preisveränderungen der Sachwerte anpasst, in Schweiz. Versicherungs-Zeitschrift, Bern 1952/53, S. 292 ff.
- Nolfi, Padrot: Betrachtungen zum Beharrungszustand einer Pensionskasse, in Mitteilungen der Vereinigung schweiz. Versicherungsmathematiker, Bern, 51. Bd., Heft 2, S. 181.
- Technische Grundlagen für Pensionsversicherungen VZ 1950 3 % und 2½ %.
- Nonella, Guido: Die Gruppenversicherung als Personal-Fürsorge-Einrichtung, Diss. rer. pol., Bern 1950.
- Paulsen, Andreas: Neue Wirtschaftslehre, 2. Auflage, Berlin 1952.
- Rentner und Sparer ohne Schutzpatron, Artikel in Basler Nachrichten vom 10. 10. 1951, Nr. 429.
- Richner, Fritz: Präsidialadresse an der Generalversammlung der Schweiz. Bankgesellschaft vom 1. 3. 1957.
- Riebesell, Paul: Das Deckungskapital in seiner Abhängigkeit vom Zinsfuss und von der Sterblichkeit, in Mitteilungen der Vereinigung schweiz. Versicherungsmathematiker, Bd. 48, Heft 1, S. 57.

- Robert, Jean Paul: Les placements des caisses de pensions en valeurs dites «réelles», in *Personalfürsorge*, Bd. 1, Nr. 4, 1957, S. 234 ff.
- Röpke, Wilhelm: *Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart*, Zürich 1942.
- Rüegg, G.: Verhältnis zwischen Personalfürsorge und Arbeitsmarkt, in *Personalfürsorge*, Nr. 1/2, 1955, S. 4 ff.
- Salin, Edgar: Von der Sozialpolitik zum Recht auf Arbeit, in *Schweiz. Wirtschaftsfragen*, Festgabe für Fritz Mangold, Basel 1941, S. 256 ff.
- Samuelson, Paul A.: *Economics, An Introductory Analysis*, London 1952, 2nd ed.
- Saxer, W.: Die Deckungsfrage in der privaten und in der öffentlichen Versicherung, Eine Entgegnung, in *Mitteilungen der Vereinigung schweiz. Versicherungsmathematiker*, 50. Bd., Heft 1, S. 35.
- Die zeitliche Verteilung der Kosten der Personalfürsorge, in *Personalfürsorge*, Bd. 1, Nr. 4, 1957, S. 227.
- Schneider, Erich: *Einführung in die Wirtschaftstheorie*, Tübingen 1955, 3 Bde.
- Speich, H.: *Betrachtungen zur Glarnerischen Sozialpolitik*, Diss. rer. pol., Bern 1926.
- Studenski, Paul: Pensions, in *Encyclopaedia of the Social Sciences*, New York 1934, S. 65 ff.
- Temperle, Heinrich: *Über Aufbau und Einrichtung von Pensionsversicherungen*, St. Gallen 1941.
- Weiss, A.: Die betriebliche Altersversorgung in Deutschland, in *Personalfürsorge*, Bd. 1, Nr. 4, 1957, S. 209 ff.
- Wirth, Marcel: Le choix des prestations d'une caisse de retraite, Diss. rer. pol., Lausanne 1955.
- Witz, Hans Gerold: *Die Personal-Wohlfahrtseinrichtungen in der schweiz. Privatwirtschaft — ihre Stellung im Steuerrecht und ihre Beaufsichtigung*, Ausgabe B, Stäfa 1955.
- Zürcher, Walter: *Sachwerte als Kapitalanlagen von Versicherungsunternehmungen*, St. Gallen 1955.

Periodika, statistische Quellen

- Encyclopaedia of the Social Sciences*, New York 1934.
- Handbuch der Schweiz. Volkswirtschaft*, 2 Bde. 1955.
- Handbuch der Staatswissenschaften*, 4. Auflage, Jena 1926.
- Pensionskassenstatistik im Hb. der Schweiz. Volkswirtschaft*, 1955, Bd. 2, S. 401.
- Provisorische Ergebnisse der Schweiz. Pensionskassenstatistik 1955/56*, Bern 1957.
- Sammlung der Eidg. Gesetze*.
- Schweizerische Pensionskassenstatistik 1941/42*, Bern 1947.
- Schweizerisches Obligationenrecht*.
- Statistische Jahrbücher der Schweiz*.
- A Report in Support of Proposed Amendment to Article 5, Section 81, of the New York Insurance Law*, New York 1951.

Betriebliche Altersvorsorge, Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung, Heidelberg.

Harvard Business Review.

Mitteilungen der Vereinigung schweiz. Versicherungsmathematiker.

Personalfürsorge, Mitteilungen des Interkantonalen Verbandes für Personalfürsorge und des Vereins Schweizerischer Fürsorgeeinrichtungen.

Revue économique et sociale.

Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung.

Schweizerische Versicherungszeitschrift.

Schweizerische Zeitschrift für Sozialversicherung.

The Review, London.

UN-Veröffentlichung: National and International Measures for Full Employment, Lake Success 1949.

Wirtschaft und Recht.

Zirkularmitteilungen des Schweizerischen Verbandes für privatwirtschaftliche Personalfürsorge, Zürich.

Curriculum vitae

Als Sohn des Werner Schär, Vize-Direktor, wohnhaft in Riehen, und seiner Ehefrau Margrit, geb. Seckinger, wurde ich, Hans-Peter Schär, am 13. Juni 1931 in Basel geboren. Ich bin Bürger von Basel und Riehen.

Nach vierjährigem Besuch der Primarschule in Riehen trat ich 1942 in das Mathematisch-Naturwissenschaftliche Gymnasium in Basel ein, das ich bis zum Erwerb des Maturitätszeugnisses im Jahre 1950 besuchte. Im Frühjahr 1950 immatrikulierte ich mich an der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel mit der Absicht, Nationalökonomie zu studieren. Gleichzeitig begann ich eine kaufmännische Lehre, die ich im Herbst 1951 mit dem Fähigkeitszeugnis abschloss. An der Universität Basel besuchte ich die Vorlesungen und Seminare der Herren Professoren Dr. Gottfried Bombach, Dr. Theodor Brogle, Dr. Louis V. Furlan, Dr. Max Imboden, Dr. Hans Lewald, Dr. Erwin Ruck, Dr. Edgar Salin, Dr. August Simonius, Dr. Karl Spiro, Dr. Max Staehelin und Dr. Valentin F. Wagner. Im Sommersemester 1955 nahm ich meine Dissertation unter der Leitung von Herrn Professor Dr. E. Salin in Angriff.

Im Wintersemester 1956/57 immatrikulierte ich mich an der Universität Genf, wo ich bis Ende Sommersemester 1957 die Vorlesungen und Seminare der Herren Professoren Dr. Roger Girod und Dr. M. J. L'Huillier und am Institut des Hautes Etudes Internationales diejenigen von Herrn Professor Dr. Wilhelm Röpke besuchte. Ein während dieser Zeit absolvierter Ausbildungsstage in der Schweizerischen Bankgesellschaft in Genf gab mir die Möglichkeit, das Bankwesen zu studieren.

Zu Beginn des Wintersemesters 1957/58 begab ich mich wieder an die Universität meiner Vaterstadt, wo ich am 30. Januar 1958 die mündliche Prüfung ablegte. Nach Abschluss meiner praktischen Bankausbildung in Genf Ende des Jahres 1958 nahm ich eine neue Tätigkeit in der Finanzabteilung der I. R. Geigy A. G. in Basel auf.

Gedruckt in Westdeutschland

